Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis vierzehntägig 1,10 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte wöchentlich 53 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Goldpfennig, bei 8 Seiten 20 Goldpfennig, Sonnabends 25 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg
Amtsblatt der Stadt Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd
und dem zwanglos erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennig Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 49 | Mittwoch den 27. Februar 1924 | 50. Jahrg.

Zwei Reden.

Es sind gestern zwei Reden im Reiche gehalten worden, die gehört werden müssen: der Rechenschaftsbericht des Reichskanzlers und Hitlers Rede vor Gericht.

Der Reichskanzler sprach sachlich und knapp, eine Fülle Material in kurzer Zeit zusammendrängend. Hitler sprach dreieinhalb Stunden rhetorisch, donnenrd und säuselnd, mit Aufwand aller rednerischen Mittel, und gab ein buntes Gemisch von politischer Theorie, Rassenlehre, eigener Biographie, Revolutionsgeschichten und anklagender Darstellung des Novemberputsches.

Ein Gegensatz zwischen beiden Rednern, wie er charakteristischer nicht gefunden werden kann. Der Kanzler redet unter der Last der Verantwortung, aber mit dem Freiheitsgefühl erfüllter Pflicht. Sein Rechenschaftsbericht ist zugleich eine Forderung und Warnung. Nicht zerstören, was im Interesse der wirtschaftlichen Rettung an Notmaßnahmen bestehen bleiben muß! Keine Wahlagitation, sondern Staatspolitik! Wo es sein muß, harte, rücksichtslose Staatspolitik! Nur jetzt kein parlamentarisches Gezänk, keine Parodie der Demokratie; besser aushalten und auch die unvollkommene Lösung der — Auflösung vorgezogen, die unaufhaltsam ist, fällt die Beherrschung der Geldlage fort. Konzentration auf diesen einen Punkt, Selbstbeherrschung in der Übergangszeit.

Mit Festigkeit kündigte Marx an, daß der Reichstag aufgelöst wird, wenn er gegen diese Notmaßnahmen vorgeht.

So sprach er als der Hauptträger der Realpolitik, die in schwerer Zeit unter Opfern zu übernehmen er und die Reichsminister den Mut hatten (wie schwer das ist, wird selten anerkannt; am wenigsten von den Oppositionellen, die zur eigenen Übernahme der Verantwortung den Mut nicht haben; es sei nur daran erinnert, daß die Männer der Wirtschaft sich stets scheuen, den Posten eines Finanz- oder Wirtschaftsministers zu übernehmen!). Die kurze, inhaltsschwere Rede von Marx ist als Rechenschaft und politische Forderung an die Nation ein Zeitdokument — aus den Kreisen, die wissen, worauf es realpolitisch ankommt, die keine Politik der Programme und Utopien und Agitationen treiben, sondern angesichts bitterster Volksnot: Tatsachenpolitik, Verantwortungspolitik, Staatspolitik.

Wie anders klingt die Hitlerrede!

In ihr quirlt und sprudelt ein leidenschaftliches Chaos politischer, geschichtlicher und rassetheoretischer Aphorismen, gut vorgetragen, aber als Ganzes trostlos unklar, verworren wie das ganze nationalsozialistische Programm, in dem machtpolitische Forderungen mit sozialistischen Brocken zu einem heillosen Gewirr gemengt sind.. Und Männer mit solchen verwirrten Ansichten meinten mit einem „Zug gegen Berlin“, gegen die „marxistische Reichsregierung“, in der am 9. November schon kein einziger „Marxist“ mehr saß, das „Reich zu retten“, meinten mit einem innenpolitischen Reinigungskrieg etwas auszurichten gegen eine waffenstarrende Auslandswelt; die meinten, es verantworten zu können, die Brandfackel ins Land zu werfen!

Warten wir den weiteren Verlauf des Prozesses ab, der allerdings wohl gerade bei entscheidenden Wendungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden wird (nicht vollständig, wie eine gestrige Mittagsmeldung besagte)

So stehen diese beiden Reden gegenander: unrhetorisch, sachlich tiefernst die eine, rhetorisch, utopisch, unklar und leidenschaftlich die andere.

Kann es einen Zweifel geben, wo das wirkliche Führertum liegt? Die Frage geht an das Volk, das wählen soll, wählen muß zwischen beiden Richtungen.

B.

In der Pfalz.

Französischer Judassold für die Separatisten.

Speyer, 27. Febr. (T.U.) Das Regierungsgebäude in Speyer wird heute der rechtmäßigen pfälzischen Kreisregierung zurückgegeben. Die Separatisten sind jetzt bis auf 50 Mann abtransportiert worden. Von den Mannschaften erhielt jeder Verheiratete 250 Franken und jeder Unverheiratete 200 Franken bei der Entlassung. Das Geld wurde von den Franzosen zur Verfügung gestellt.

Eine neue Ordonnanz der Rheinlandkommission.

Koblenz, 27. Febr. (T.U.) Durch eine neue Ordonnanz der Rheinlandkommission Nr. 245 werden Vereine verboten, deren Ziele und Tätigkeit sich gegen die öffentliche Ordnung, die Sicherheit und Unterbringung der Besatzungstruppen richten. Mitgliedern solcher Vereine wird eine Geldstrafe bis zu 2000 Goldmark und eine Gefängnisstrafe oder eine dieser beiden Strafen angedroht, wenn es sich um Vereine handelt, die eine geheime Tätigkeit entfalten oder ihre Tätigkeit auf das besetzte Gebiet ausdehnen, obwohl sie außerhalb desselben ihren Sitz haben, soll die Strafe auf das Doppelte erhöht werden. Wer einem Verein angehört, der Anschläge auf das Leben der Mitmenschen organisiert oder die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Goldmark und Gefängnisstrafe bis zu zehn Jahren, im Falle einer Verschwörung zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden.

*

De Metz entzieht sich der Verantwortung.

Speyer, 27. Febr. (T.U.) Die Repressalien, welche die französische Besatzungsmacht gegen die Pfälzer ergriffen hat, die zur Selbsthilfe gegen die Separatisten schritten, wurden vom Vorsitzenden des Kreisausschusses, Bayersdörffer, in der Besprechung der pfälzischen Kreisregierung mit den pfälzischen Pressevertreten eingehend besprochen. General d Metz sucht die Verantwortung für die Repressalien dadurch abzulehnen, daß er den Dualismus zwischen den militärischen Stellen und den zivilen Verwaltungsstellen dafür verantwortlich macht. Er habe jedoch eine Intervention bei der Rheinlandkommission zugesagt. Der stellvertretende Regierungspräsident Stähler trat der Auffassung der französischen Militärs entschieden entgegen, daß es in der Pfalz Geheimorganisationen gebe, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdeten. Bei dieser Gelegenheit stellte der Regierungsdirektor fest, daß die Pfälzer Kreisregierung nicht unter dem Kommando der Geschäftsstelle der Regierung der Pfalz in Heidelberg stehe, sondern direkt mit den bayerischen Regierungsstellen zusammenarbeite. Die Geschäftsstelle in Heidelberg werde in dem Augenblick aufhören, sobald die ausgewiesenen pfälzischen Regierungsmitglieder ihren Dienst in der Pfalz wieder aufgenommen hätten.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Der Reichskanzler appelliert an die Vernunft. — Lieber entbehren als eine neue Inflation!

Berlin, 27. Febr. (Priv.-Telegr.)

Zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung erfolgte die Regierungserklärung:

Reichskanzler Marx:

Am 8. Dezember v. Js. hat der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung die Vollmacht erteilt, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die wachsende Not von Volk und Reich dringend erforderlich waren. Drei Ziele, untrennbar voneinander, waren es, die damals allen denen, denen es ernstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem drohenden Verfall zu retten, als erstrebenswert vor Augen standen: **Beibehaltung des Währungsstandes,** wie er durch die vom Kabinett Stresemann eingeleiteten Reformen geschaffen worden war, ferner **Bilanzierung des 1924 vorzulegenden Etats** und endlich die **Wiederbelebung der Wirtschaft.** Ausgerüstet mit diesem Ermächtigungsgesetz hat dann die Regierung eine große Zahl von Verordnungen erlassen, die sich fast auf alle Aufgabenkreise des Staates erstrecken.

Als eine für unser Wirtschaftsleben besonders bedeutungsvolle Tatsache stelle ich fest:

Die Mark ist seit Mitte November v. Js. bis heute auf derselben Werthöhe geblieben.

Der Haushalt, wie er, wenigstens in rohen Umrissen, den von der Reparationskommission entsandten Sachverständigen vorgelegt werden konnte, balanciert hinsichtlich der inneren Ausgaben des Reiches, freilich unter schweren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über die Steuern und Zölle auch des Rhein- und Ruhrgebietes ist. — Leider konnten die Erfolge, die wir aufzuweisen haben, nur erreicht werden durch ungemein harte, ja man kann sagen

rücksichtslose und tiefeingreifende Maßnahmen.

Ich denke hier in erster Linie an die Personalabbauverordnung. Ich denke ferner an die Festsetzung außerordentlich geringer Goldgehälter für die Beamten, an die Verlängerung der Arbeitszeit, an die Frage der Aufwertung usw.

Die Reichsregierung hat, obwohl menschliches Empfinden häufig dem widerstebte, unentwegt den Weg der Pflicht eingehalten.

Dessen können wir uns versichert halten: Geraten wir noch einmal in eine Inflation, dann ist auch der steilste und steinigste Rückweg zu einer Konsolidierung unserer Verhältnisse verschlossen, dann ist jeder weitere Versuch, unsere Mark zu stabalisieren, vollkommen ausgeschlossen, dann ist unsere Wirtschaft ruiniert und damit das Schicksal unseres Volkes besiegelt.

Freilich wird ohne eine Besserung unserer außenpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Stückwerk bleiben.

Wirtschaftliche Sachverständige der in der Reparationskommission vertetenen Länder sowie der Vereinigten Staaten von Amerika haben eine Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit vorgenommen.

Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage:

es ist von uns bei den zahlreichen bisherigen Versuchen, diese Frage zu lösen, stets als verhängnisvoll empfunden worden, daß dieses Problem überwiegend von der politischen Seite aus angefaßt wurde. Daher begrüßen wir es, daß endlich Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage betraut wurden, und sehen ihrer Entscheidung, wenn auch ohne übertriebenen Optimismus, so doch mit der Zuversicht entgegen, die sich auf die Urteilskraft und das moralische Verantwortungsgefühl von Männern dieser Größenordnung gründet.

In die Volksvertretung setze ich das Vertrauen, daß sie das Vorgehen der Regierung billigen wird, wenn sie ohne Vorurteil die von der Regierung erlassenen Verordnungen unter dem Gesichtspunkte der großen Ziele, die ich darlegen konnte, betrachtet und beurteilt.

Es ist nicht eine Laune der Regierung, sondern ein Ausfluß ernsten und starken Pflichtwillens, wenn die Reichsregierung hiermit durch mich die Erklärung abgibt, daß sie den **Bestand ihres ganzen Reformwerkes gefährdet und gar vernichtet sieht, wenn auch nur eine von diesen seitens der Reichsregierung als unumgänglich bezeichneten Verordnungen durch den Reichstag aufgehoben oder wesentlich verändert würde.** Sie erklärt, daß sie angesichts der Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, bei Annahme eines Aufhebungsantrages sich genötigt sehen würde, die nach ihrer Ansicht pflichtmäßigen Folgerungen zu ziehen und beim Herrn Reichspräsidenten

die Auflösung des Reichstages zu beantragen,

in der Überzeugung, daß es sich in einem solchen Falle für das wirtschaftliche und nationale Leben des Volkes um unentbehrliche Maßnahmen handelt. Dasselbe gilt auch von der Annahme von Initiativanträgen, die eine wesentliche Abschwächung der von der Reichsregierung als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen bedeuten würden. Die Regierung fordert mit aller Entschiedenheit das Hohe Haus auf, solche Anträge, die bereits gestellt worden sind, zurzeit abzulehnen.

Ich sage ausdrücklich „zurzeit“, denn es handelt sich bei allen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen um sog. Notverordnungen. Ihre Geltungsdauer ist so lange bemessen, bis diese Not einigermaßen behoben ist. Alsdann ist die Regierung durchaus gewillt, die Aufhebung oder auch die Verbesserung der lebenswichtigen Notverordnungen vorzunehmen oder zuzulassen.

Zurzeit wird die Regierung jede Veränderung des durch den Erlaß der Verordnungen geschaffenen Zustands als für das Gesamtwohl von Reich und Volk bedenklich und deshalb unmöglich ablehnen, eine Veränderung, die das erreichte Ziel: die Stabilisierung unserer Währung und die Balancierung des Etats in Frage stellt. Die Reichsregierung wird sich mit aller Entschiedenheit einem dahingehenden Beginnen widersetzen und alles, was in ihren Kräften steht, tun, um es zu verhindern.

Die Reichsregierung muß ferner auf das dringendste verlangen, daß von der Beratung der einzelnen auf die Abänderung lebenswichtiger Verordnungen gerichteten Anträge in Reichstagsausschüssen Abstand genommen wird.

Die Reichsregierung erklärt sich jedoch bereit, in eingehenden interfraktionellen Verhandlungen mit den Parteien über die einzelnen Bestimmungen der Vorlage zu beraten.

Es geht nicht um zugkräftige Wahlparolen,

es geht um Leben und Sterben unseres Volkes.

Die Regierung scheut sich nicht, vor Volk und Geschichte die volle Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen in dem Bewußtsein, daß alles, was sie getan hat, dem Wohl von Reich und Volk, dem Bestehen der deutschen Nation, der Rettung vor dem Untergang dienen sollte!“

*

Die Reichstagsdebatte.

Nach dem Reichskanzler, dessen Rede das Haus zwar mit Interesse, aber ohne stark zur Schau kommende Anteilnahme gehört hatte, kam als erster Redner für **die Sozialdemokraten der Abg. Müller-Franken** und man hatte fast den Eindruck, daß seinen Ausführungen mit größerer Spannung entgegengesehen wurde, als der Regierungserklärung. Die Redezeit war auf fünfviertel Stunden verlängert und der sozialdemokratische Sprecher füllte diese Zeitspanne auch vollkommen aus. Auch er befleißigte sich größter Sachlichkeit und **vermied in seinen Darlegungen alles, was auf eine Kampfansage oder auf Ultimatum hinauslaufen könnte.** Er betonte zwar eingangs, daß auch die Aussicht auf eine Reichstagsauflösung seine Partei nicht an sachlicher Einstellung zu der Regierungspolitik behindern werde, und daß diesem Beispiele hoffentlich alle Fraktionen folgen würden. Gleichwohl aber war seine Rede in breiten Teilen eine Billigung und Unterstreichung dessen, was die Auffassung der Regierung ist. Allerdings forderte er in dem zweiten Teil seiner Darlegungen, die von einer politischen Ausschau sich auf das Spezialgebiet der Verordnungen wandten, **für den Reichstag nach dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes das Recht, dessen Verordnungen zu überprüfen und wo es nötig sei, abzuändern.** Besonders bemängelte er, daß die Ermächtigung auf Kosten sozialer und kultureller Belange zu sparen versuchte, in zweiter Linie kritisierte er unter Beibringung ausführlichen Materials die Verordnungen auf dem Gebiet der **Rechtspflege** und zum dritten wandte er sich eindringlich und mit gewisser Schärfe **gegen die weitere Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes.** Eine solche kritische Behandlung, wie sie dem Parlament zustehe, vertrügen nach sozialdemokratischer Auffassung die Verordnungen durchaus, ohne daß damit die Währung gefährdet würde, und nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes sei es Zeit, dem Reichstag für diese Arbeit die Bahn frei zu geben. Nach dem Sozialdemokraten sprach als erster der Ressortminister Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der die Regierung gegen den Vorwurf verteidigte, daß sie kulturelle und soziale Aufgaben vernachlässige, um auf diesem Gebiete Ersparnisse zu erzielen. Er gab einen Überblick über die **Sozialpolitik** seit dem Kriegsende und über das, was die Regierung geschafft hat und weiter beabsichtige. Gegen den Verdacht einseitiger Orientierung dieser Maßnahmen wehrte er sich mit aller Entschiedenheit. (Vertagung der Sitzung auf morgen 2 Uhr.)

Wieder ein Kongreßplan: eine Wirtschaftskonferenz?

London, 27. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nach der „Times“ beschäftigt man sich in amerikanischen Regierungskreisen mit den Bedingungen, unter denen Amerika bereit sein würde, auf einer internationalen Wirtschaftskonferenz vertreten zu sein, die sich mit den Berichten der Sachverständigen und der Lösung der Reparationsfrage zu befassen hätte. Amerika würde eine solche Konferenz nicht selbst einberufen, sondern die Initiative hierzu und für die Aufstellung eines Programms der englischen Regierung überlassen. Aus diplomatischen Mitteilungen hat das Washingtoner Kabinett den Eindruck gewonnen, daß Frankreichs gegenwärtige Haltung die Möglichkeit einer Lösung der Reparationsfrage in Aussicht stelle, so daß die Beratungen einer solchen Konferenz Aussicht auf Erfolg hätten.

Keine Deutschen auf der Insel Ré.

Paris, 27. Febr. (TU.) Der „Petit Parisien“ stellt entgegen allen anders-lautenden Meldungen ausdrücklich fest, daß auf der Insel Ré keine Deutschen sich aufhalten. Von deutscher Seite war behauptet worden, daß Verurteilte aus dem besetzten Gebiet nach dieser Insel transportiert worden seien.

Monsignore Testa bei den politischen Gefangenen.

Pirmasens, 27. Febr. (TU.) Am vergangenen Sonnabend traf der päpstliche Delegat Monsignore Testa hier zu einem kurzen Besuche ein. Er hatte mit Pfarrer Dr. Weiß eine kurze Besprechung, worauf er nach Zweibrücken weiterreiste. Dort besuchte Monsignore Testa u. a. die politischen Gefangenen im Landgerichtsgefängnis und in der Gefangenenanstalt. Am gleichen Tage fuhr der päpstliche Delegat nach Kaiserslautern weiter.

Micum-Verträge mit einer Entspannungsklausel.

Paris, 27. Febr. (TU.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Oeuvre“ meldet, die Rheinlandkomission habe zum ersten Male die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß es demnächst zu einer allgemeinen Entspannung in der Reparationsfrage kommen könne. In den neuerdings mit den Industriellen abgeschlossenen Verträgen werde eine Gültigkeitsdauer des Vertages bis zum 15. April 1925 festgesetzt mit dem Bemerken, daß der Vertrag bis zum 15. Februar 1925 erneuert werden soll, wenn bis dahin nicht ein allgemines Reparationsabkommen mit der deutschen Regierung erfolgt ist.

Um die Militärkontrolle.

Frankreich und die Vorschläge Macdonalds.

Paris, 27. Febr. (T.U.) Die neue englische Note zu der deutschen Abrüstungsfrage bildet das Pariser Tagesgespräch. Das Schriftstück befindet sich zur Zeit in den Händen des Marschalls Foch. Ob Frankreich auf den Vorschlag Ramsay Macdonalds, die Mission Nollet abzuberufen und dafür

ein interalliiertes Garantiekomitee einzusetzen,

eingehen wird, läßt sich zur Zeit auch noch nicht im Entferntesten sagen. Die Entschlüsse der französischen Regierung hängen in erster Linie von dem Gutachten ab, das Marschall Foch voraussichtlich erst in einigen Tagen formulieren wird. Am Quai d'Orsay äußert man sich nach wie vor sehr zurückhaltend. Man bestätigt jedoch, daß der englische Standpunkt **in der Abrüstungsfrage Deutschlands** sich der französischen Auffassung bereits sehr stark angenähert habe. Ein grundsätzliches Einvernehmen über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle sei zwischen beiden Regierungen bereits hergestellt. Es komme nur darauf an, sich über die Modalitäten der Kontrolle zu einigen. Auf jeden Fall ist ersichtlich, daß man in Paris dem zweiten Teil der englischen Note, in der auf die Notwendigkeit einer umfassenden Inventuraufnahme der Militärbestände Deutschlands hingewiesen wird, viel freudiger zustimmt als der Frankreich nahegelegten Abberufung des Generals Nollet.

Die ungeheuren Lasten der Militärkontrolle.

Münster, 27. Febr. (T.U.) Aus einer Zusammenstellung über die Kosten der interalliierten Militärkontrollkommissionen ist folgendes zu entnehmen: Die Deutschland zur Last fallenden Ausgaben für den ersten Monat des Jahres 1924 betragen nach den Berechnungen für Dezember 1923: 1 215 450 Goldmark. Die Summe der Gehälter einschließlich der Ortszulagen eines Monats für sämtliche 3797 Offiziere des Reichsheeres beträgt demgegenüber nur 688 500 Goldmark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0001
DFG

Wie man einen entlassenen Führer behandelt.

Nach v. Kahrs Abschied.

Der bayerische Generalstaatskommissar v. Kahr dankte ab. Da ist es interessant, zu beobachten, wie dieselben „Politiker", die ihm laut zugejubelt haben, solange er am Ruder war, ihm einen Fußtritt nach dem anderen versetzen, seit seine Bestrebungen gescheitert sind. So schrieb vor einigen Tagen der deutschnationale Reichstagsabg. Dr. Strathmann, Professor der Theologie an der Universität Erlangen:

„Mit dem Namen v. Kahr verbanden sich viele Hoffnungen. Diese Hoffnungen sind dahin. Das Vertrauen ist verloren. Die Empörung ist nachgerade allgemein."

Noch interessanter ist die Haltung des „Berliner Lokal-Anzeigers", der seinerzeit mit am lautesten und begeistertsten den „zweiten Bismarck" begrüßte. Jetzt weiß ein Sonderberichterstatter dieses Blattes aus München folgendes zu berichten:

„Der Generalstaatskommissar und sein General. Man muß bekennen, daß die Leute auf den Straßen, die Fahrgäste in der Tram, daß sie alle sich offen darüber freuen. Sehr offen. Hier kann kein Zweifel sein. Und das weiß auch Herr v. Kahr. Man teilte mir mit, daß er vor kurzer Zeit einmal im Staatstheater erschien, und daß daraufhin ein derartig bösartiger Lärm einsetzte, und solange anhielt, bis er die Loge zu räumen gezwungen war . . .

Es gibt einen tragischen Fehler, den dieser Staatsmann beging. Dieser Fehler allein war entscheidend. Die stilistisch holperige, innerlich und äußerlich unechte Elegie, die Kahr in seinem hiesigen Moniteur heute erscheinen läßt, ist ein geradezu peinliches, quälendes Vorbeigerede. Der Generalstaatskommissar hat es nicht zu verhindern verstanden, daß die Münchener Bevölkerung und darüber hinaus das ganze bayerische und deutsche Volk den Eindruck eines klaren Treubruchs bekamen. Treubruch aber verzeiht kein Volk, ganz gleich, wie die Dinge in Wirklichkeit zu begründen sind. Das Volk ist wie die Frau und das Kind. Seine Erwägungen sind primitiv, einfältig, aber durchschlagend. Mit elementarer Gewalt vermag es seine Gesinnungen zu wechseln. Liebe verwandelt sich in Haß, und so konnte aus dem populären Kahr der bestgehaßte Mann werden, der heute nicht frei über die Münchener Straßen gehen darf."

Die deutschvölkische „Deutsche Zeitung" läßt sich heute aus München einen Artikel „von besonderer Seite" schreiben, in dem über Kahr und seine Beteiligung an der Vorbereitung zum Novemberputsch folgendes gesagt wird:

„Sein Amt verlangte Schöpferisches, Selbständiges, ganz Neues von ihm; er mußte also nach neuen, unverbrauchten, selbständigen Gehilfen und Beratern suchen. Das tat er nicht, sondern er verfuhr dabei nach der alten bureaukratischen Schablone und beging Mißgriff über Mißgriff in kleinen und großen Dingen. Das war schon verhängnisvoll und erschütterte das Vertrauen zu dem Manne, von dem man erwartete, daß er aus dem diktaturähnlichen Amte die Volldiktatur machen würde. Es wurde erwartet, daß er als geschworener Gegner des parlamentarischen Unwesens den bayerischen Landtag auflösen und auch das schließlich doch parlamentarische Ministerium beseitigen würde. Je länger diese für die wirkliche Diktatur natürlich unentbehrlichen Maßnahmen ausblieben, um so schwieriger wurde die Lage für ihn, und um so mehr geriet das Vertrauen derjenigen, die wirklich wußten, was auf dem Spiele stand, ins Schwanken. Darüber kam der verhängnisvolle Monat November, der schon in den ersten Tagen den Generalstaatskommissar vor wichtige Entscheidungen stellte, über die jetzt noch nicht gesprochen werden kann. Sie fielen in verneinendem Sinne aus und schufen wahrscheinlich die Voraussetzungen für die Vorgänge vom 8. und 9. November, die andernfalls wohl nicht hätten eintreten können. Hierin liegt wahrscheinlich die wesentlich politische Schuld des Herrn v. Kahr, über die erst später Feststellungen und Urteil möglich sein werden."

Und so weiter! Wir haben nur zitiert. Sie stimmt nachdenklich, diese Haltung zu einem „Führer", den man mit dem lautesten Jubel begrüßte!

Außenpolitische Übersicht.

Rakowskis Kreditverhandlungen in London.

London, 25. Febr. (TU.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" macht Angaben über Schritte, die Rakowski zur Erlangung britischer Kredite letzthin unternommen hat. Rakowski habe, nachdem die Anerkennung der russischen Regierung durch die Arbeiterregierung nach Moskau brieflich mitgeteilt worden war, mit vier oder fünf einflußreichen Bankiers geheime Besprechungen abgehalten. Er erkundigte sich, ob er für Rußland nicht einen Kredit von 30 bis 50 Millionen Pfund erhalten könne. Man antwortete ihm, daß ein solches Ersuchen der russischen Regierung nur berücksichtigt werden könnte, wenn diese die Anerkennung der Vorkriegsschulden und der während des Krieges eingegangenen Schuldenverpflichtungen England gegenüber ausspreche und ferner bereit sei, die britischen Untertanen, deren Besitz von den Bolschewisten beschlagnahmt wurde, zu entschädigen. Einige Tage später zeigte Rakowski den betreffenden Persönlichkeiten ein aus Moskau eingegangenes Telegramm, in dem stand, daß diese Anerkennung von den Sowjets angenommen worden wäre.

Der neue englische Gesandte in Madrid.

Madrid, 25. Februar. (TU.) Der neue englische Gesandte Sir Rurbold hat dem König Alfons gestern sein Beglaubigungsschreiben in feierlicher Audienz überreicht. Außer General Primos de Rivera waren zahlreiche spanische Würdenträger, sowie das spanische Direktorium vollzählig erschienen. König Alfons und der neue Botschafter verwiesen in kurzen Ansprachen auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Spanien.

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in der Newyorker Schluß- und Nachbörse 21¼ Geld, 22 Brief. Dollarparität 4,5 Billionen.

*

Die Arbeiter der Lübecker Seeschiffswerften haben den Hamburger Schiedsspruch, der eine neunstündige Arbeitszeit vorsieht, abgelehnt. Auf verschiedenen Werften verließen die Arbeiter gestern und vorgestern nach acht Stunden Arbeit die Werkstätten. Die Werftleitungen erließen eine Bekanntmachung, wonach alle Arbeiter, die nur acht Stunden arbeiten, als entlassen betrachtet werden.

*

Vom Londoner Streik wird gemeldet: Da die Schauerleute noch immer streiken, wurde die Arbeit in den Docks gestern nur teilweise aufgenommen.

*

Der österreichische Geschäftsträger überreichte dem Volkskommissariat des Äußern in Note, die den Beschluß der österreichischen Regierung, normale diplomatische und konsularische Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen, mitteilt. So schreitet die Anerkennung Rußlands fort. Gestern hat auch der italienische Botschafter Graf Manzoni sein Beglaubigungsschreiben in Moskau überreicht.

*

Die Botschafterkonferenz wird heute um 4 Uhr zusammentreten und sich zweifellos mit der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland beschäftigen.

*

Der Auswärtige Ausschuß des Abgeordnetenhauses billigte die Gesetzesvorlage, zur Hilfe für die in Not befindlichen deutschen Frauen und Kinder zehn Millionen Dollar zu überweisen.

*

Da es der franko-rumänischen Luftschiffahrtsgesellschaft nicht gelungen ist, mit der deutschen Regierung zu einem Übereinkommen zu gelangen, wird die Luftlinie Paris—Prag—Bukarest nicht mehr über Süddeutschland, sondern über die Schweiz und Österreich auf der Linie Straßburg—Basel—Innsbruck geführt werden. Bekanntlich sind im vorigen Jahre etwa 50 französische Flugzeuge bei Notlandungen in Deutschland beschlagnahmt worden.

Schließung einer französischen Schule durch die Türken.

London, 25. Febr. (TU.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel haben die türkischen Behörden die französische Schule in Adrianopel geschlossen.

Das Ende des englischen Dockarbeiterstreiks.

London, 26. Febr. (T.U.) Die Delegiertenkonferenz der Dockarbeiter hat gestern nachmittag in einer einstündigen Beratung die neuen Lohnvereinbarungen angenommen und den Dockarbeitern die Anweisung erteilt, heute vormittag die Arbeit in allen englischen Häfen wieder aufzunehmen.

Eine weitere Niederlage der mexikanischen Rebellen.

Vera-Cruz, 26. Febr. (T.U.) General Lopez hat die Aufständischen bei Paso del Macho geschlagen. Die Aufständischen verloren 150 Mann an Toten und Verwundeten. 3 Aufständische, die den Regierungstruppen in die Hände fielen, wurden standrechtlich erschossen.

Die Regierungskrise in Brüssel.

Brüssel, 27. Febr. (T.U.) Die Abstimmung über den französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag am kommenden Mittwoch wird in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung erwartet. Ministerpräsident Theunis unternimmt letzte Versuche, um die Lage zu retten. Er wird bis zur entscheidenden Kammerdebatte noch wichtige Besprechungen mit den Fraktionen der Parteien abhalten. Im Lager der Sozialisten ist man bereits sehr siegesbewußt. Man behauptet, daß der Sturz des Kabinetts unabwendbar sei. Der Führer der sozialistischen Partei, Vandervelde, hat gestern nochmals eine Rede gehalten, in der er seine Bereitwilligkeit ankündigt, die Nachfolge der jetzigen Regierung anzutreten.

Vertrauensvotum für die griechische Regierung.

Athen, 27. Febr. (T.U.) Nach zweiwöchigen Verhandlungen hat gestern nachmittag die Abstimmung in der Nationalversammlung stattgefunden. Die Regierung erhielt 233 gegen 107 Stimmen der Opposition. Venizelos hatte seine Freunde gestern noch einmal aufgefordert, für die Regierung zu stimmen. Damit ist die Frage des Plebiszits entschieden. Die Regierung wird das Plebiszit durchführen und verspricht die unbehinderte Teilnahme aller Parteien. Es werden drei Fragen gestellt: 1. Beibehaltung der gegenwärtigen Dynastie; 2. Wahl einer neuen Dynastie; 3. Ausrufung einer Republik. Die Regierung wird für die Ausrufung einer Republik eintreten. Das Plebiszit wird erst im Mai dieses Jahres durchgeführt werden.

Das Urteil im Marokkanerprozeß.

Madrid, 27. Febr. (T.U.) Im Marokkoprozeß wurde folgendes Urteil gefällt: General Cavalcanti wurde freigesprochen, die übrigen Angeklagten, ein General und 2 Obersten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Deutschland.

Zur 3. Steuernotverordnung.

Berlin, 26. Febr. (WTB.) Bei der Obligationssteuer der dritten Steuernotverordnung ist eine Befreiung vorgesehen für Schuldverschreibungen, soweit bebaute Grundstücke haften, die der besonderen Besteuerung des bebauten Grundbesitzes nach derselben Verordnung unterliegen. Diese Befreiung gilt nur insoweit, als Grundstücke ausschließlich für Wohnzwecke benutzt sind. Haften gewerblich genutzte Grundstücke für die Schuldverschreibungen, so ist die Steuerpflicht gegeben. Dies wird die in den nächsten Tagen erscheinende Durchführungsverordnung klarstellen.

Verhaftung eines kommunistischen Bürgerschaftsmitglieds.

Hamburg, 27. Febr. (T.U.) Wie das „Hamburger Echo" berichtet, wurde gelegentlich einer geheimen Versammlung in Neumünster das Hamburger kommunistische Bürgerschaftsmitglied Landau verhaftet. Bei seiner Verhaftung soll der Polizei sehr umfangreiches Material in die Hände gefallen sein.

Deutsche demokratische Partei.

An die demokratische Jugend Mitteldeutschlands!

Von der „Demokratischen Jugend" in Magdeburg wird uns geschrieben:

Freunde! Auf nach Magdeburg! Rüstet zum ersten mitteldeutschen Jugendtag! Große Scharen begeisterter junger Republikaner treffen am 1. und 2. März in Magdeburg zusammen, um dort abermals ihr Bekenntnis zum freien, demokratischen, sozialen Volksstaat abzulegen. Die schwarz-rot-goldenen Farben, die uns so heilig heilig geworden sind, werden leuchten, wenn wir bei unserem Bekenntnis aufschauen zu unseren großen Führern Friedrich Naumann und Walther Rathenau!

Das Programm der Tagung:

Sonnabend, nachm. 5 Uhr: Vertretersitzung für alle mitteldeutschen Bünde (im „Alten Fritz", Berlinerstraße 9, wo auch alle übrigen Veranstaltungen stattfinden und jeder ankommende Freund sich melden wird). Sonnabend, abend 8 Uhr: Republikanische Jugendfeier.

Sonntag, 9 Uhr: Jugendtag. Vorträge: Der Kampf um den deutschen Nationalstaat" (Bundesvorsitzender Ernst Lemmer); „Wirtschaft und Jugend — neue Ziele" (Dr. Gerhard Nauck-Dessau); „Die Parteien und wir" (Hermann Saenger-Rudolstadt).

Wir sichern jedem Freund freies Bürgerquartier aber nur, wenn die Anmeldung bis Donnestag, den 28. Februar, abends (spätestens) in unserem Besitz ist. Anfragen sind zu richten an: Erich Lüer, Magdeburg-B., Sudenburgerstraße 7 III.

Merseburg und Umgegend.

27. Februar.

Merseburger Steuerkalender für März.

29. Februar: Vorauszahlung auf Einkommensteuer aus Land- und Forstwirtschaft, einschl. Wein-, Hopfenbau, Obst- und Gemüsebau. — 1 Goldmark je 1000 ℳ des Grundstückswertes für die Vermögenssteuerveranlagung (31. 12. 23) bezw. des letzten Landabgabewertes, bei Pacht abzüglich 10 Proz. der Vierteljahrspacht. Bei unverhältnismäßig höherem Verbrauch ist dieser maßgebend.

29. Februar: Erste Zahlung auf die Vermögenssteuer 1924, sofern das Vermögen 5000 Goldmark übersteigt. — 1¼ bis 8,7 vom Tausend des steuerbaren Vermögens. Ermäßigungen vorgesehen.

5. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die abgelaufene Monatsdekade. — 10 v. H., sich mindernd um 1 v. H. für jedes berechtigte Hausmitglied, vom Lohn, soweit er 50 Goldmark monatlich oder 12 Goldmark wöchentlich übersteigt.

7. März: Anmeldung der Getränkesteuer (Städtische Steuer). Zu zahlen bis spätestens 15. März.

10. März: Vorauszahlung auf die Einkommensteuer aus Gewerbe und Bergbau bei größeren Betrieben. — 2 v. H. der Roheinnahme, abzüglich der dem Steuerabzug vom Lohn unterliegenden Lohn- und Gehaltsaufwendungen. Anderweite Festsetzung möglich. Geringe Beträge (5 bezw. 20 Goldmark) sind nicht abzuführen.

10. März: Vorauszahlung auf die Körperschaftssteuer 1924 — 2 v. H. der Roheinnahmen abzüglich der Lohn- und Gehaltsaufwendungen, soweit sie dem Steuerabzuge unterliegen, oder ½ vom Tausend des für die Vermögenssteuerveranlagung vom 31. Dezember 1923 maßgebenden Vermögens, falls dieser Betrag höher ist. Geringe Beträge (5 bezw. 20 Goldmark) sind nicht abzuführen.

10. März: Umsatzsteuervorauszahlung und -Voranmeldung der größeren Betriebe. — 2½ v. H.

15. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn (vgl. 5. 3.)

15. März: Staatliche Steuer vom Grundvermögen + 110 Prozent Gemeindezuschlag für bebaute und unbebaute Grundstücke für März 1924.

15. März: Kanalbenutzungsgebühren 5 Goldpfennig für je 1000 ℳ. Wert der staatlichen Grundsteuer gleich 25 Proz. Zuschläge zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen für Februar 1924.

25. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn. — Vergl. 15. Februar.

Einkommensteuer-Vorauszahlungen für Einkommen aus Grundbesitz, freiem Beruf, sonstigen Einnahmen und Arbeitseinkommen über 2000 Goldmark im Vierteljahr sind erst am 10. April zu leisten.

Sofern die Zahlungen nicht am Fälligkeitstermin bezw. bis zum Ablauf der Schonfrist, die für alle Zahlungen mit Ausnahme des Steuerabzugs eine Woche beträgt, bewirkt werden, tritt der 5 prozentige Verzugszuschlag für jeden Halbmonat des Verzugs ein.

Bücherecke.

Ulrike von Levetzow.

Persönliche Erinnerungen an Goethes letzte Liebe.

„Mathé, die Frau Baronin kommt," so rief alltäglich um die siebente Morgenstunde meine Tante ins Zimmer, wo mein molliges Bettchen stand und wo mein Onkel schon um diese zeitliche Stunde über seinen Gartenabrechnungen saß und arbeitete. Ja, alltäglich und bei jedem Wetter kam die Herrin des Großgrundbesitzes Triblitz, um ihren Morgenspaziergang durch den wohlgepflegten Garten zu machen. Sie kam vom Schloß durch den Rosengarten, dessen Hunderte von Rosenstöcken sie sehr liebte, um mit meinem Onkel Rücksprache zu nehmen; und dann ging sie, mit einer Gartenschere bewaffnet, vorüber an dem ganz in Grün eingehüllten Gartenhause in den Großziergarten, um selbst die schönsten Blüten zu sammeln. Ich war damals ein kleines Mädchen, als ich sie, schon eine hohe Siebzigerin, von vornehmer, schlanker Gestalt und noch elastischem Gange, kennen lernte. Mit der Mode ging die Greisin nicht, sie blieb in den 40 bis 50er Jahren stecken, und trug fußfreie Krinolinenkleider, ringsum aufgerafft, so daß man das schöne Spitzenröckchen sah, unter dem die winzig kleinen Füßchen, bekleidet mit Saffianschuhen und weißen Seidenstrümpfen, hervorlugten. Ganz merkwürdig waren Ulrikes Kopfbedeckungen, die in Teplitz für sie in einer Hutfabrik angefertigt wurden: große Directoire-Hüte, die unter dem Kinn mit breitem Bande festgeknüpft wurden und auf einem goffrierten weißen Häubchen saßen, aus dem seitwärts zwei gleichfalls weiße Locken hervorlugten. Ihre Persönlichkeit hatte etwas Bezauberndes. Große, blaue Augen sahen gütig aus dem noch frischen, rosig angehauchten Gesichtchen, das nie von Kunst etwas wußte; sie hatte eine feine, leicht gebogene Nase und einen wundervoll geformten Mund voll eigener Zähne, den meist ein liebenswürdiges Lächeln umspielte. Wenn sie sprach, geschah es mit einer überaus wohllautenden Altstimme.

Baronin Ulrike war eine Wohltäterin für sämtliche Einwohner des kleinen Ortes und insbesondere für ihre Angestellten, die sie geradezu vergötterten. Eine große Kinderfreundin, ging sie nie aus, ohne die Taschen voll vorzüglichen Zuckerwerks zu haben, welches sie zu diesem besonderen Zwecke von Teplitz kommen ließ. Ich erinnere mich, daß sie einmal dem Onkel lachend ihre kleine feinbehandschuhte Hand zeigte: sie war voller Fettflecke von den Handküssen der Kinder. Irgendeins von uns war schnell von der Mahlzeit weggelaufen, um der Baronin die Hand zu küssen und dafür Zuckerwerk zu bekommen.

Ulrike war die Gastfreundschaft selbst. Das Schloß war im Sommer voller Gäste, so daß sie sich oft selbst einschränken mußte, doch tat sie dies mit Güte und Humor. Zu den Tafelfreuden pflegte das reiche Gut fast ausschließlich alles zu liefern. Mein Onkel, der vierzig Jahre in ihren Diensten stand, war in dieser Hinsicht ein Meister; es gab nichts von südlichem Obst, was nicht in den Warmhäusern gezogen wurde. Geflügel und Wild lieferte der prachtvolle Hühnerhof und die Fasanerie, die sich an die endlosen, an seltenstem Obst reichen Gärten anschloß. Der Meierhof dann, mit seinen an die hundert zählenden Rindern und anderem Vieh, stellte den Hauptanteil.

Von diesem Musteranwesen konnte sich die geistvolle Naturfreundin das ganze Jahr nicht trennen und behielt alle Zügel in der Hand. Bei fröhlichen Erntefesten gab es dann für alle Angestellten reiche Belohnungen.

Erst nach fünfzig Jahren sah ich den Ort wieder. Ich hatte alles noch im Gedächtnisse: das gelbe Schloß mit den grünen Jalousien und dem Schwanenteich davor, den einzig schönen Rosengarten, den Ulrike mit ihren Lieblingshunden täglich durchschritt, um von da in den Ziergarten und in die Fasanerie mit ihren schönen Teichen zu gelangen, auch oft den Tierfriedhof, der unter schattigen Waldbäumen geheimnisvoll lag und den die leidenschaftliche Tierfreundin selbst angelegt hatte, zu besuchen. Alles, alles das war nicht mehr da! Das Schloß vernachlässigt, die Gärten parzelliert, teilweise verbaut. — — —

Alltag, Alltag überall. Der Zauber war mit dem Tode dieser Märchengestalt verschwunden und ich stand verträumt, mit Tränen in den Augen da.

M. N.

*

Die Familie Fontane.

In seinem autobiographischen Werk „Meine Kinderjahre" geht Theodor Fontane, der Meister des echt berlinischen Romans, auch auf den französischen Ursprung seiner Eltern ein: väterlicher- sowohl als auch mütterlicherseits waren seine Vorfahren in Südfrankreich nicht weit von der Rhonemündung zu Hause, und der väterliche Urahne Pierre Fontane war gegen das Ende des 17. Jahrhunderts aus der Stadt Nimes nach Berlin gekommen. Diesen Angaben ist Prof. Dr. Otto Pniower nachgegangen. Nach den Stammbäumen der französischen Kolonie sind mehrere Vorfahren des Dichters Zinngießer gewesen. Wie Pniower in den „Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins" berichtet, kommt im 18. Jahrhundert der Name Fontane mehrfach in den Dokumenten der Berliner Zinngießer vor; in der Zeit von 1713 bis 1746 waren drei Fontanes bei diesem Gewerbe, also in der Tat bescheidene Leute, mit denen vom Standpunkte des Ahnenstolzes aus nach Fontanes Worten nicht viel Staat zu machen war. Auch die Frauen, die die Träger des Namens Fontane heimführten, waren allermeist Abkömmlinge der Kolonie, also französischer Abkunft, nur bei zweien erscheint ein deutscher Name.

Fontane hat in seinen Briefen manchmal mit einer gewissen Selbstironie davon gesprochen, wie stolz und glücklich er sei, daß „seiner Ahnen Wiege" im Languedoc, ja sogar in der Gascogne gestanden hat, und daß das Romantisch-Phantastische, das ihn von Jugend auf entzückte, seine eigenste südfranzösische Natur bildete. Pniower weist aber darauf hin, daß doch von weiblicher Seite aus sich das französische Blut stark mit dem deutschen mischte, daß zum Beispiel die Mutter seiner Mutter eine geborene Mume, also doch eine Deutsche war. Und so wird man es mit Mommsen halten müssen, der in seinem Ehrendiplom für den Ehrendoktor der Berliner Universität 1894 es so formulierte: Fontanes Persönlichkeit stelle eine glückliche Mischung trefflicher französischer Eigenschaften mit deutschem Geiste dar.

Wie soll man eigentlich, so fragt Pniower weiter, Fontanes Namen aussprechen. Das Wort selbst ist zweifellos romanisch: fontana — Quelle. Wer also Fontana betont, hält sich ans Romanische. Fontane selbst, als man ihn fragte, pflegte ausweichend zu antworten, wenn er gleich der Aussprache Fontane den Vorzug gab. Und des Dichters Sohn erklärte, in der Familie sei der Name stets mit dem Akzent auf der ersten Silbe ausgesprochen worden. Auf die Frage, ob er dann auch mit einem Nasalton der betonten Silbe gesprochen werde, antwortete er mit gutem Humor: an Sonn- und Feiertagen. Auf diese Art der Aussprache führen auch einige Hinweise des Dichters selbst, so als er in seinem Buche „Von Zwanzig bis Dreißig" den Namen in naturtreuer Redewiedergabe „Fontan" druckt.

*

§ **Wo blieb Molières Nachlaß?** Von Molières Komödien sind bekanntlich ebenso wie von den Dichtungen Shakespeares keine Handschriften vorhanden. Wie nun die sogenannten „Baconianer" daraufhin den Kanzler Bacon zum großen Dramatiker machen wollen, der sich des mittelmäßigen Schauspielers Shakespeares nur als Strohmann bedient haben soll, so hat der französische Dichter Pierre Louis nachzuweisen versucht, der Verfasser der meisten Werke Molières sei der große Tragödiendichter Pierre Corneille. Diese Vermutung hat aber weit weniger Anklang gefunden als die Bacon-Hypothese. Ebenso weist der neueste französische Molière-Biograph Michaut die Behauptung des Büchersammlers Jacob zurück, eine geheime jesuitische Gesellschaft, die Molière besonders wegen des Tartuffe verfolgte, habe seine hinterlassenen Papiere vernichtet. Noch weiter versteigt sich der französische Forscher Loquin, der ein Staatsgeheimnis erfindet, das durch das Verschwinden der Papiere Molières verdeckt werden sollte. Demgegenüber findet Michaut keinen anderen Grund als die Nachlässigkeit der Witwe des Dichters.

§ **Die Freundin Klingers im Irrenhaus.** Elsa Arsenijew, die langjährige Freundin Max Klingers und Mutter seiner Kinder, ist in die sächsische Landesirrenanstalt aufgenommen worden. Frau Arsenijew, eine geborene Russin, war lange Jahre mit einem hohen bulgarischen Ministerialbeamten namens Kostorow verheiratet. Als Lyrikerin und durch Veröffentlichung von Büchern über Klingers Kunstwerke bekannt, spielte Frau Arsenijew in Leipziger Schriftstellerkreisen eine bedeutende Rolle. Sie war es auch, die für Klinger aus Griechenland das farbige Marmormaterial zu seinem Beethoven herbeischaffte. Klinger hatte sich in den letzten Jahren vor seinem Tode von ihr getrennt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0002

Ermäßigung der Gütertarife um 10 Prozent.

Die Reichsbahn ermäßigte mit Zustimmung der Reichsregierung die Gütertarife einschließlich des Viehtarifs und des Kohlenausnahmetarifs vom 1. März um weitere 10 Proz. Bestimmte Ausnahmetarife bleiben von der Ermäßigung ausgeschlossen.

*

Das Ende des Merseburger Stadtnotgeldes.

Durch Bekanntmachung vom heutigen Tage ruft der Magistrat die wertbeständigen Notgeldscheine zur Einlösung auf. Da die Frist erst am 27. März abläuft, wird es zweckmäßig sein, wenn vorerst noch die Scheine in den Geschäften angenommen werden.

*

** **Beratung Lungenkranker.** Die Sprechstunde in der Lungenfürsorgestelle, Seffnerstraße 1, findet nicht mehr Donnerstags, sondern Dienstags nachmittags 5½ Uhr statt.

** **Die Grippe.** Der Februar ist im allgemeinen ein Monat, in dem die Erkrankungen der Atmungsorgane in ziemlich erheblichem Umfang auftreten. Auch jetzt ist, wie wir erfahren, die Grippe wieder ein häufiger, nicht gern gesehener Gast in Merseburg; sie äußert sich diesmal in Fieber, allgemeiner Mattigkeit und katarrhalischen Krankheitserscheinungen, sodaß der Betroffene in der Regel der Fälle bettlägrig wird. Erfreulicherweise sind diesmal die ernsten Begleitformen der Grippe bisher nicht oder doch nur ganz vereinzelt festzustellen, und auch sonst bietet der Gesundheitszustand, was die besonders zu befürchtenden Infektionskrankheiten angeht, kein ungünstiges Bild.

** **Helferinnenausbildung vom Roten Kreuz.** Der hiesige Vaterländische Frauenverein hat einen Lehrgang für Helferinnen vom Roten Kreuz eingerichtet. Der Unterricht über erste Hilfe wird vom hiesigen Stadtarzt Ehrhardt erteilt. Der Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Kühnlein spricht über die Entstehung, Verbreitung und Verhütung der übertragbaren Krankheiten. Einige wichtige innere Krankheiten nicht übertragbarer Art wird der hiesige Facharzt für innere Krankheiten Dr. Hetzer behandeln. Der Lehrgang findet an jedem Freitag abend um 8 Uhr statt, und zwar in dem gutgeheizten Saale des Vaterländischen Frauenvereins in der Seffnerstraße. Wenn auch der Unterricht begonnen hat, so können, wie wir erfahren haben, doch noch weitere junge Mädchen sich beteiligen. Es wäre wünschenswert, wenn die Beteiligung an diesem viel Interessantes bietenden Kurse eine recht große würde.

** **Die diesjährige Reifeprüfung.** Ein Kultusministerial-Erlaß vom Jahre 1880 ordnet an, daß an den Anstalten, an denen bei der mündlichen Reifeprüfung der Direktor den Vorsitz führt, die Prüfung erst in den letzten 14 Tagen vor dem ordnungsmäßigen Schulschluß stattfinden soll. Da in diesem Jahre Ostern ungewöhnlich spät fällt, hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Kultusminister diese Bestimmung für das laufende Jahr dahin abgeändert, daß die mündliche Prüfung schon früher stattfinden darf, allerdings nicht vor dem 1. März. Auf diese Weise sollen die Abiturienten in die Lage versetzt werden, sich rechtzeitig vor dem 1. April ihrem späteren Beruf zuzuwenden.

** **Der heutige Wochenmarkt** wies trotz des Schneewetters ganz guten Besuch auf. Angeboten wurden Fisch-, Fleisch- und Wurstwaren, Eier, Käse, Gemüse, reichlich Apfelsinen, Seifen- und Kurzwaren. — Der Ferkelmarkt ist noch immer für den öffentlichen Verkauf gesperrt.

** **Zum Konzert des Pfälzerwaldvereins,** das am Donnerstag abend im Casino stattfindet und dessen Ertrag zum Besten der Pfalzspende verwandt werden soll, ist ein hervorragendes Programm aufgestellt worden. Die Namen der Mitwirkenden bieten die Gewähr für einen genußreichen Abend.

** **Bildungsabend.** Der Kartenverkauf zu den Bildungsabenden im Schloßgartensalon hat in der Fr. Stollbergschen Buchhandlung begonnen. Zur Aufführung gelangt, wie schon mitgeteilt, am Sonnabend abend das alte Spiel: „Die Prinzessin und ihr Narr" und „Gevatter Tod". Am Sonntag nachmittag wird „Gevatter Tod" als Kindervorstellung wiederholt.

** **Funkenburg.** Am Dienstag abend hatte das Hallesche Volkspark-Varietee zu einem Gastspiel nach der Funkenburg eingeladen. Eine stattliche Besucherzahl hatte sich eingefunden, die durch die vorzüglichen Darbietungen der Künstler angenehm unterhalten wurden. Mit einem Musikstück wurde das reichhaltige Programm eröffnet, dem sich Gesangs-, Rezitations- und komische Vorträge anschlossen. Die Aufführung des sozialen Sittendramas „Die Sünde des Priesters" von Adolf Steinmann brachte die künstlerischen Kräfte der Gesellschaft ganz zur Entfaltung und dank der vorzüglichen Wiedergabe war der Aufführung ein voller Erfolg beschieden. Die Handlung hat der Verfasser dem Leben entnommen. Die Neueinrichtung der Bühne kam hierbei zur vollen Geltung. Die Besucher verließen befriedigt von dem Gebotenen die gastlichen Räume.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

enthält in heutiger Ausgabe Bekanntmachungen über die Mietezahlung ab 1. März, die Gewerbesteuerzahlung ab 1. April, Jagdpachtgeld für den südlichen Jagdbezirk, Aufruf des Stadtnotgeldes und den 1. Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung.

*

Weiße Wand.

Kammer-Lichtspiele. Ein großartiger Zirkus- und Sensationsfilm wird zurzeit den Besuchern dargeboten. „Unter Bestien" oder „Menschliche Bestien" heißt das gewaltige Drama, das in 6 ergreifenden und erschütternden Akten am Auge des Zuschauers vorüberzieht. Eine dreizehnjährige Waise kommt zu fremden Menschen in Erziehung, die es durch Drangsalierungen mannigfacher Art schlimmer wie Bestien behandeln. Als das Mädchen erwachsen ist, wird es einer Zirkusgesellschaft übergeben,, die ihre hervorragenden Eigenschaften als Tänzerin entdeckt und unter deren Leitung dasselbe sich zur ersten und gefeiertsten Tänzerin entwickelt. Nach vielen Schicksalsschlägen, die ihr das Leben noch bereitet, wird sie am Schluß die Gattin eines Fürsten, wobei ihr ihre ursprüngliche Herkunft sehr zustatten kommt. Vorzügliche Gesellschaftsbilder sowie erstklassige Tanzaufführungen und spannende Stierkämpfe gestalten den Film zu einem sehenswerten. — Für reichlich Humor und Witz sorgt „Texas-Freds Brautfahrt", ein tolle Wildwest-Cowboy-Komödie in vier Akten. Wer einmal herzlich lachen und sich für einige Zeit die grauen Alltagssorgen vertreiben will, versäume nicht, sich diesen Film anzusehen. Als dritte Nummer wird noch die Bereitung des Apfelweines im Film gezeigt. Das Theater ist gut geheizt.

Union-Theater. Ein überaus packendes Drama „Können Gedanken töten" bietet der jetzige Spielplan. Die Handlung birgt eine Fülle fesselnder Momente und hinterläßt eine erschütternde Wirkung. Das tiefe Seelenleben einer Frau, Ragna (Käte Dorsch) mit der reinen Liebe im Herzen zu dem Fabrikbesitzer Heimdahl (Erich Kaiser Titz), welcher an die Launen seiner hysterischen Gattin gebunden ist und die Ursache ihres schnellen Todes zu spät erfährt, bilden den Inhalt des sehr lehrreichen Films. Die Hauptanziehungskraft bilden die allabendlich auf der Bühne stattfindenden internationalen Ring- und Boxkämpfe. Erste Ringer des In- und Auslandes stellen sich uns vor und messen miteinander ihre Kräfte. Gestern Abend standen sich gegenüber, Buchheim (Weltmeister im Mittelgewicht) und Schmidt (Meisterringer von Mitteldeutschland). Der Kampf endete nach 20 Minuten unentschieden. Ferner Metzner (Meisterringer von Deutschland) gegen Schmidt. Sieger Metzner in vierzehn Minuten durch Armzug am Boden.

Außerdem Hansen-Esch (Meisterringer von Europa) gegen Schulz Meisterringer von Norddeutschland), nach 20 Minuten unentschieden abgebrochen. — Heute abend ringen Buchheim gegen Schulz und Schmidt gegen Stoisek (Meisterringer von Polen). Schiedsrichter ist der bekannte Weltmeister im freien Ringkampf Feodor Schmidt. Freunden dieses Sportes kann empfohlen werden, sich diese Kämpfe anzusehen.

*

Theater-Verein.

Ausbau der Sixti-Ruine zur Stadthalle.

Der Vorstand des Theater-Vereins macht bekannt: **Um das Zustandekommen des Bauvorhabens, das einen schönen Theatersaal mit großer Bühne und allen notwendigen Nebenanlagen vorsieht, zu sichern, wenden wir uns an die Mitglieder des Theater-Vereins mit der Bitte,** je nach dem wirtschaftlichen Können zu den Kosten des Baues beizusteuern. Das kann geschehen durch Geschenke, die in jeder Höhe gemacht werden können, und durch Zeichnung von Anteilen, die von 50 ℳ an zugelassen sind. Eine Verzinsung der Anteile kann zwar nicht zugesichert werden, doch werden die Anteile nach und nach ausgelost, d. h. zurückgezahlt, sodaß das Kapital nicht verloren geht. Die Anteile können in Raten, vielleicht monatlich, eingezahlt werden. Die Art der Ratenzahlung ist in Spalte Bemerkungen der Liste zu vermerken. Die Einzeichnungsliste liegt in den Kartenverkaufsstellen und der Buchhandlung Planert aus. Wir bitten im Interesse unseres Vereins um recht zahlreiche Beteiligung, da von derselben auch der Einfluß abhängt, den der Theater-Verein im Ausschuß für die Verwaltung der Stadthalle ausüben wird. — In unserer Geschäftsstelle liegt gleichfalls eine Liste des Theatervereins für Zeichnungen zum Bau aus, die jederzeit bewirkt werden können.

*

Arbeitsausschuß für die ländliche Jugendpflege.

Mittwoch, den 6. Februar hatte der auf dem Lehrgang zur Förderung der Jugendpflege auf dem Lande in Merseburg am 10. bis 12. Dezember 1923 gebildete Ausschuß für die ländliche Jugendpflege unter Vorsitz des Bezirksjugendpflegers, Oberlehrer Hemprich, in Merseburg seine erste Sitzung.

Zunächst wurde verhandelt über die Herausgabe einer Sondernummer für ländliche Jugendpflege der Merseburger Blätter für Jugendführung und Jugendtat. Diese Nummer soll am 1. März erscheinen, der Inhalt wurde festgesetzt, Bestellungen auf die Merseburger Blätter nehmen die Geschäftsstelle in Merseburg und der Buchhandel an. Für den Buchhandel geschieht die Auslieferung durch Friedrich Stollberg (Inh. Ernst Schnelle).

Eine längere Aussprache fand über die Gewinnung von Versammlungsräumen und Jugendheimen statt. Ein solches Jugendheim muß der Mittelpunkt aller kulturellen Bestrebungen der Dorfgemeinde werden. Wo noch kein Jugendheim vorhanden ist, muß man sich mit Versammlungsräumen in Bauernstuben u. a. behelfen. Gasthaus und Schule eignen sich nicht zu Versammlungsräumen der Jugendlichen. Die Selbsthilfe der Jugendlichen kann hier viel Schönes schaffen; wenn die rechten Führer da sind, läßt sich alles erreichen.

Der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, die auf dem Laude meist noch im Argen liegen, muß der Jugendführer ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es wurden Bücher empfohlen, die die Jugendführer in Arbeitsgemeinschaften zunächst erst einmal selbst durcharbeiten müssen, um über diese Fragen orientiert zu sein.

Der nächste Lehrgang zur Förderung der ländlichen Jugendpflege soll auf einem Dorfe stattfinden und zwar in Storkau vom 1. bis 3. Juni. Den 1. Juni (Sonntag) wird ein Jugend- und Volksfest ohne Ausschank von alkoholischen Getränken stattfinden; daran schließt sich dann ein Lehrgang für die Jugendführer. Es soll versucht werden, in den einzelnen Kreisen in Dörfern solche Lehrgänge zu veranstalten.

*

Besondere Goldmarkprämie für Anmeldungen gewisser Forderungen gegenüber Elsaß-Lothringen beim Reichsausgleichsamt.

Durch ein Urteil des deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshofes ist der Grundsatz aufgestellt worden, daß die am 11. November 1918 bestehenden Verbindlichkeiten zwischen Deutschen und Elsaß-Lothringern, die während des Waffenstillstandes unmittelbar zwischen den Parteien beglichen worden sind, trotzdem durch Vermittlung der Ausgleichsämter neu zu regeln seien. Da auf Grund dieses Urteils zahlreiche Elsaß-Lothringer, die von ihren deutschen Schuldnern während des Waffenstillstandes bereits volle Zahlung erhalten hatten, ihre Forderungen bei dem französischen Ausgleichsamt in Straßburg nochmals voll angemeldet haben, ist nunmehr durch eine Verordnung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 22. Dezember 1923 auch die Anmeldung der entsprechenden deutschen Forderungen beim Reichsausgleichsamt angeordnet worden. Es handelt sich hier um folgende Fälle:

1. Vielfach haben deutsche Gläubiger (vertriebene Elsaß-Lothringer oder andere Deutsche), die am 10. Januar 1920 in Deutschland ansässig waren, auf ihre Markforderungen aus der Zeit vor dem Waffenstillstand von ihnen in Elsaß-Lothringen ansässig gebliebenen Schuldnern nach dem 11. November 1918 außerhalb des Ausgleichsverfahrens Zahlung erhalten. Diese Gläubiger haben ihre Forderungen trotz der Bezahlung beim Reichsausgleichsamt anzumelden. Dabei sind auch Höhe, Währung, Zeitpunkt und Ort der ihnen außerhalb des Ausgleichsverfahrens geleisteten Zahlung und, wenn diese Zahlung durch Banküberweisung erfolgt ist, auch Firma und Sitz der beteiligten Banken anzugeben.

2. Die elsaß-lothringischen Gläubiger von Deutschen haben es sehr häufig auf Grund der französischen, in Elsaß-Lothringen eingeführten Währungsdekrete durchgesetzt, daß ihnen ihre Markforderungen aus der Zeit vor dem Waffenstillstande nach dem 11. November 1918 durch ihre deutschen Schuldner selbst oder aus deren Vermögen in Franken zum Kurse von 1 Mark = 1,20 Fr. bezahlt wurden. Nach dem Grundsatz des genannten Urteils des deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshofes hätten diese Verbindlichkeiten nicht unmittelbar, sondern im Ausgleichsverfahren geregelt werden müssen, wobei nach dem Vertrag von Versailles nur ein Umrechnungskurs von 1 Mark gleich 0,8134 Fr. zugrunde gelegt werden durfte. Den genannten deutschen Schuldnern steht somit ein Anspruch auf Rückzahlung des zuviel gezahlten Betrages, d. h. des Kursunterschiedes zwischen 1,25 und 0,8134 Fr., zu. Dieser Anspruch auf Rückzahlung ist nunmehr beim Reichsausgleichsamt anzumelden. Die Anmeldung hat Höhe, Währung und Zeitpunkt der außerhalb des Reichsverfahrens geleisteten Zahlung zu enthalten sowie die Verbindlichkeit, zu deren Begleichung die Zahlung geleistet worden ist, nach Grund, Betrag, ursprünglicher Währung, Entstehungszeit und Fälligkeit zu bezeichnen.

Mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit dieser Angelegenheit wird das Reichsausgleichsamt den Anmeldern solcher Forderungen nach ihrer Gutschrift, soweit es erst durch die Anmeldung Kenntnis von der Forderung erlangt hat, als besondere Vergütung, anstelle von 5 v. T. des Vorkriegsgoldwertes der Gutschrift, 25 Prozent des Goldmarkwertes, den der von dem elsaß-lothringischen Ausgleichsamt für die Forderung gutgeschriebene Frankenbetrag am Tage des Eingangs der Gutschrift haben wird, auszahlen.

Die Anmeldung, die im dringenden öffentlichen Interesse liegt, hat spätestens bis zum 31. März 1924 zu erfolgen; bei verspäteter Anmeldung besteht keine Aussicht mehr, die Forderungen durchzusetzen. Verletzungen der Anmeldepflicht werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Goldmark bestraft. Die Anmeldung hat bei der jeweils zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts zu erfolgen; Vordrucke für die Anmeldung können von dort unentgeltlich bezogen werden.

---

§ **Ammendorf,** 27. Febr. Zu Oberlandjägern befördert wurden die Landjäger Uthke, Brandt und Paul von hier.

§ **Kötschau,** 27. Febr. Ehrentag des Allgemeinen Turnvereins. Am Sonntag veranstaltete der Verein einen Ehrentag für den Vorsitzenden Ferdinand Meinhardt-Kötschau anläßlich 30jähriger Zugehörigkeit zur Deutschen Turnerschaft. Der Schriftwart, Turnbruder Heuer, machte auf die Bedeutung des Tages aufmerksam. Er begrüßte die Erschienenen des Gaues und die Turnvereine Leipzig-Connewitz, Schladebach, Großlehna, Neurössen usw. Das vom Männer-Gesang-Verein vorgetragene Lied „Dies ist der Tag des Herrn" fand lebhaften Beifall. Der Gauvertreter, Turnbruder Meyer-Halle ergriff sodann das Wort und führte aus, daß der Vorsitzende wie auch der Verein Kötschau auf eine Reihe segensreicher Jahre zurückblicken könnte. Es sei Pflicht, Hand in Hand mitzuarbeiten an dem großen Werke, die deutsche Jugend körperlich, sittlich und vaterländisch zu erziehen. Er überbrachte die besten Wünsche des Gaues und überreichte Herrn Meinhardt die Gau-Ehrenurkunde des nordostthüringischen Gaues Deutschlands. Der von Frl. Trumann gesprochene Prolog fand reiche Anerkennung. Auch die von Musikfreunden des Vereins aufgeführten Musikstücke zeugten von gutem Können. Weiter erfreute der Gesangverein Kötschau die Anwesenden. Die von dem Turnverein Kötschau vorgeführten Freiübungen zeugten von ernster Arbeit und gutem Können. Der Gaukassierer, Herr Bachmann-Weißenfels weihte dann mit kräftigen Worten den neuen Barren ein ud ermahnte die Kötschauer Jugend, auch weiterhin unermüdlich für die Sache des deutschen Turnens zu arbeiten. Amtmann Eisfeld-Kötschau stellte dem Allgemeinen Turnverein Kötschau einen Spielplatz kostenlos zur Verfügung. Herr Meinhardt dankte für alle ihm zuteil gewordenen Ehrungen und im besonderen Herrn Eisfeld für das dem Verein bewiesene Entgegenkommen. Ein Theaterstück wurde flott durchgeführt. Ein gemütliches Tänzchen beschloß den so schön verlaufenen Tag.

Tageskalender.

Mittwoch, 27. Februar.

Bildungsverein Neurössen: 3. Vortrag des Kreismed.-Rats Dr. Kühnlein. — Öffentlicher Vortrag des Biochemischen Vereins. — Sonderabend in der Hoffischerei. — Ball in der Funkenburg. — Elite-Abend des Eichhorn-Duos bei Beth.

Donnerstag, 28. Februar.

Konzert zum Besten der Pfalzspende. — Anfängerkursus des Vereins für Nationalstenographie. — Verein zur Hebung der Geflügelzucht: Öffentlicher Vortrag über „Neuere Vererbungsfragen."

Wetterwarte.

V. W. am 28. 2. (Donnerstag): Teils heiter, teils wolkig, etwas Schnee, strenge Kälte. — 29. 2. (Freitag): Vorwiegend heiter, trocken, strenger Frost.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Was wollen die Guttempler?

Herr Beth fühlte sich berufen, im Auftrage der Gastwirte Merseburgs eine Entgegnung im „Merseburger Korrespondent" vom 20. 2. 24 zu geben. — Wäre Herr Beth selber an dem Vortagsabend zugegen gewesen, so würde er wohl mit gutem Gewissen nicht jene Erklärung geschrieben haben, die von vollständiger Unwissenheit der Alkoholfrage in ihrer riesigen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedeutung zeugt.

Der Kampf der Alkoholgegner richtet sich niemals gegen Gasthaus und Gastwirt, die immer nötig sein werden, nur dagegen, daß das Gasthaus auf Alkoholkonsum eingestellt ist und ein gut Teil Wirte in Abhängigkeit und Schuldenknechtschaft des Brau- und Brennkapitals gebracht werden sollen. — Gasthaus und Gastwirt stehen eigentlich außerhalb der Alkoholfrage, sind nur in Mitleidenschaft gezogen. Da aber die Gastwirte zur Alkoholfrage Stellung nehmen (und zwar auf der falschen Seite), so ist es notwendig, aus dem Vortrag von Herrn Oberlehrer Hemprich einiges zu wiederholen. Es ist Tatsache, daß in den letzten Jahrzehnten ein dauernder Rückgang des Alkoholverbrauchs festzustellen ist. (1887 kam auf den Kopf der Bevölkerung 6,2 Liter, 1887—1897 4,4 Liter, 1907—1912 3,7 Liter, 1912—1913 2,6 Liter). Von einschneidender Bedeutung war auch die Steuergesetzgebung. Die Brauereien haben darum schon seit langer Zeit ihr Augenmerk auf Herstellung von alkoholfreien Ersatzgetränken gerichtet, also sich umgestellt. Und schon jetzt gibt es Kaffeehäuser und alkoholfreie Lokale, die ohne Ausschank von Alkohol sehr gut bestehen können. Und das kulturelle Niveau der Geselligkeitslokale würde nur gehoben werden. Das Alkoholgewerbe wird sich weiter den veränderten Verhältnissen anpassen und es wird sich dabei herausstellen, daß durch die Umstellung auf Herstellung von Produkten, die der Volksgesundheit viel erträglicher sind, mehr Menschen beschäftigt werden, als das vorher der Fall war; (Most Schokoladenwerke, Halle, vormals Brauerei mit 80 Leuten, jetzt ca. 300.) Denn bekanntlich arbeiten im Alkoholgewerbe im Verhältnis zu anderen Betrieben die wenigsten Menschen. Amerika beweist, nicht Brauereinachrichten, sondern amtlichen Nachrichten gemäß, daß bei dem Alkoholverbot keine Arbeitslosigkeit eintritt. So wäre das allmähliche Verschwinden des Alkoholgewerbes (abgesehen von den Fällen, wo Alkohol, besonders Spiritus, in der chemischen Industrie (Essigbereitung) zur Beleuchtung u. a. Verwendung finden muß) nach der wirtschaftlichen Seite hin kein Schaden, vielmehr ein Vorteil. Täglich werden unserer Volksernährung 82 000 Zentner Brotgetreide, 10 000 Zentner Zucker und 15 Millionen Zentner Kartoffeln entzogen. Wer lockt dem Volk das sauer verdiente, knappe Geld aus der Tasche und bringt Hungersnot in die Familien? Wer raubt uns den klaren Verstand und bringt Zank, Streit und Unglück in die Ehen? Wer verführt zum Verbrechen, ohne daß wir es oft merken und bringt uns ins Elend? Wer hat Schuld, daß unzählige unserer Kinder an Schwachsinn und Fallsucht leiden? Wer macht dem Staat ungeheure Ausgaben, die mehrere Millionen Goldmark betragen und unsere Steuerlast noch mehr erhöhen? — Professor Fuchs-Breslau wies auf einem Erziehungskongreß nach, daß die gesamten Steuern und Einnahmen aus der Alkoholbewegung und dem Alkoholvertrieb von den kommunalen Kosten der direkten und indirekten Schädigungen des Alkoholgenusses um das Vierzigfache übertroffen werden. — Wer ist der Feind, der uns ins tiefste Elend stößt, der uns Nahrung, Geld, Verstand, oft selbst das Leben raubt? Der Alkohol! Die Mehrzahl aller Wirte und Kellner usw. liegt nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches um die fünfzig herum schon im Grabe. Und diese Statistik wird bestimmt nicht vom Alkoholgegner aufgestellt. — Es steht uns leider nicht der Raum zur Verfügung, um alle die erschreckend großen Zahlen aufzuführen, die uns deutlich die Tatsachen zeigen, wie wirtschaftlich und gesundheitlich der Alkohol ein Verbrecher an unserem Volke ist. — Auch die Schlacht bei Amiens, die sicher eine entscheidende gewesen wäre, ging nachweisbar durch den Alkoholgenuß der Soldaten mit verloren, denn der unterwegs „eroberte Wein" mußte erst durch die Kehlen gegossen werden . . .

Die Alkoholfrage geht jeden Einzelnen im Volke an. Nur der Herr Einsender muß als Wirt von heute so sprechen, wie er spricht; denn daß die Gastwirte von den ernstlichen, wissenschaftlichen und bitteren volks- und kommunalwirtschaftlichen Tatsachen nichts wissen können, ist uns begreiflich. Aber wir, die wir es wissen, wollen darum dem Volke Unmengen Nahrungsmittel, Zeit, Kraft, Gesundheit und Glück erhalten. — Wenn Herr Beth zum Schluß von „demjenigen, der Maß hält", spricht, so müssen wir ihn fragen: „Waren nicht alle Trinker auch einmal mäßig? Können die Mäßigen, nur gelegentlich Angetrunkenen nicht auch eine öffentliche Gefahr in vielfacher Beziehung werden?" Man denke an Fabrik-Maschinenführer, Eisenbahnbeamte, Schiffsführer, Autolenker, Kutscher usw. Weiß Herr Beth, daß die Mäßigen mit „ihrem Gläschen" 8 Milliarden Goldmark jährlich im Interesse der Brauer und Schnapsbrenner und zu ihrem eigenen Schaden vertrinken? Darum fort mit dem Alkohol, der Alkoholerzeugung und dem Alkoholhandel!

J. A. der Grundloge Burgwart,
Hans Wierig.

*

Für die Errichtung einer Realschule.

In der letzten Zeit wird viel hin und her gesprochen über den Ausbau der St. Sixti-Ruine als Theater und Konzertsaal. Es ist richtig, die Saalverhältnisse in Merseburg sind, soweit Theatervorstellungen und Konzerte in Frage kommen, keine glänzenden und es muß hierin Abhilfe geschaffen werden, soll Merseburg nicht hinter anderen Städten zurückstehen. Aber trotzdem, wenn man besonders die Merseburger Verhältnisse mit der sich immer weiter entwickelnden Industrie in seiner Umgebung betrachtet, sollte nicht vor diesem Vergnügungsproblem ein viel wichtigeres Problem schnellmöglichst zu lösen sein? Wie denken sich denn die verantwortlichen Stadtväter die Weiterbehandlung der Angelegenheit bezüglich der Errichtng einer Realschule in Merseburg? Darüber ist s. Zt. auch mancherlei geschrieben und viel verhandelt worden, die Öffentlichkeit hat aber auch lange nichts mehr über diese Sache erfahren. Die Erziehung unserer Jugend durch moderne, den heutigen Zeitanforderungen entsprechende Lehranstalten dürfte gerade für Merseburg, als sich immer mehr entwickelnde Industriestadt weitaus dringender und wichtiger sein als die Errichtung eines Konzertsaales. Die Allgemeinheit darf wohl annehmen, daß den maßgebenden Stellen der Theater- und Konzertsaal nicht etwa mehr am Herzen liegt als die Realschule. Der bisherige Gymnasialunterricht kann dem größten Teil unserer Jugend in der heutigen Zeit der Technik nicht mehr all das bieten, was sie zum sicheren Fortkommen unbedingt bedarf. Schon im vergangenen Jahre sollte die Realschule ihre Pforten öffnen und es scheint auch in diesem Jahre wieder nichts daraus zu werden. Hat man schon als Erwachsener durch die hiesigen Verhältnisse mit genügend Unzuträglichkeiten zu kämpfen, so sollte man doch an maßgebender Stelle alles daransetzen, um den Eltern wenigstens die Sorge einer der heutigen Zeit entsprechenden Erziehung ihrer Kinder erleichtern zu helfen.

Viele Familienväter.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil. Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in Dr. Bahr's „Zahnpulver Nr. 23" eintauchen, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch außerordenlicht sparsam ist. — Central-Drogerie R. Kupper.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Beamter sucht
möbliertes Zimmer
per bald. Zentrum bevorzugt. Ang. u. 957 an die Exp. d. Bl.

Jung. Ehepaar, kinderl.,
sucht 1—2 einfach möblierte Zimmer
mit Kochgelegenheit. Betten und Bettwäsche wird gestellt. Ang. u. 958 a. d. Exp. d. Bl.

Junges Ehepaar (Leuna-Angestellter) sucht z. 1. März
2 leere Zimmer
Ang. u. 963 a. d. Exp. d. Bl.

Schlafstube mit Kochgelegenheit
für kleine ordentl. Familie wird gesucht. Sichere Miete u. Extravergütung wird gewährt. Ang. u. 965 a. d. Exp.

Junges Ehepaar sucht
1—2 leere Zimmer
gegen hohe Friedensmiete, ev. auch Hausmannsposten (auch auswärts) angenehm. Ang. u. 959 a. d. Exp. d. Bl.

Donnerstag, den 28. Februar bleibt unser Geschäft von mittags 12 Uhr an geschlossen.
Carl Stürzebecher.

TODES-ANZEIGE.

Heute abend 8½ Uhr entschlief sanft und ruhig nach einem reich gesegneten Leben unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater

Franz Brückner

im 88. Lebensjahre.

Meuschau, den 26. Februar 1924.

Familien Franz Sachse, Otto Kraneis, August Brückner, Ww. Kaßler, Karl Brückner. Franz Brückner.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Leipziger Strasse 78a, aus statt.

Klein-Kunst-Bühne
Neues Schützenhaus
Täglich Kabarett.
Erste Künstler unter Mitwirkung der
Jazzband-Kapelle.
Jeden abend 8 Uhr.
Eintritt wochentags 50 ₰

Beamten-Wirtschafts-Verein e. G. m. b. H. i. L. Merseburg.
Durch Beschluß der Gen.-Versammlung vom 12. 11. 1923, wegen Uebergang in eine Aktien-Gesellschaft ist die Genossenschaft in Liquidation getreten.
Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, etwaige Forderungen bis zum 20. März 1924 anzumelden.
Die Liquidatoren
Curt Müller Max Sachse.

Königin-Luise-Bund.
Die Kameradinnen werden zu einer wichtigen
Besprechung
am Freitag, den 29. Febr. abds. 8 Uhr in das „Tivoli" gebeten. Der Vorstand.

Verein zur Hebung d. Geflügelzucht f. Merseburg u. Umgeg.

Oeffentlicher Vortrag
im „Neuen Schützenhaus" in Merseburg
über das gesamte Gebiet der Geflügelzucht unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen und zwar:
Donnerstag, den 28. Februar, 8 Uhr abends, über „Neuere Vererbungsfragen". Referent: Assistent-Tierzuchtinspektor Raatz von der Lehr- und Versuchsanstalt Cröllwitz. Mit Lichtbildern.
Alle Geflügelzüchter u. Freunde uns. Sache laden wir hierzu freundl. ein D. Vorst.

Achtung!
Freitag, 29. Febr. findet in „Siebers Restaurant" abends ½8 Uhr ein großes
Preis-Skaten
statt.
Es ladet freundlichst ein Der Wirt.

Stadt-Theater.
Mittwoch, den 27. Febr abends 7½ — 10¾ Uhr: „Carmen".

Beth's Gesellschaftshaus
Heute:
Elite-Abend
des
Eichhorn-Duo

2000 Goldmark
auf Haus und 7½ Morgen Acker sof. gesucht. Ang. erb. an die Geschäftsst. des Rechtsanwalts Erlecke, Merseburg.

Ein trichterloses Grammophon mit 70 Platten,
fast neu, preiswert zu verk. Zu besehen von 7 Uhr abds. Zu erfragen in der Exped.

Kinderwagen
zu verkaufen
Sixtiberg Nr. 17.

Guterh. Bettstelle
mit fast neuer Matratze zu verk. Leuna Nr 43.

Färse,
½—1 J. alt, z. kauf. gesucht Ang. u. 964 a. d. Exp. d. Bl.

Dobermannhündin
mit gutem Stammbaum, 7 Monate alt, in nur gute Hände abzugeben.
H. Kummer, Hüterstraße.

---

1 gutes Arbeitspferd
(Däne) mitteljährig, verkauft weil überzählig
Groß-Kayna Nr. 77.

Empfehle meinen guten und kräftigen Mittagstisch!
Mittags 60 Pfg. Abends 70 Pfg. Fritz Liebigt. Meuschauer Straße 21a, I l.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine inniggeliebte Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Großmutter und Schwiegermutter,

Frau Anna Nagel
geb. Steinkopf

kurz vor ihrem 56. Lebensjahre Montag, den 25. 2., abends 7½ Uhr sanft entschlafen ist.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Friedrich Nagel, Bäckermeister.
Naumburg, Kösenerstr. 48,
Ammendorf, Halleschestr. 28.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Februar, 4 Uhr nachm. vom St. Ottmarsfriedhof statt.

Hutleder

Fensterleder

empfiehlt **Lederhandlg.**
gegr. 1861 **Gebrüder Becker** Telef. 423
Breite Straße 4.

Billiges Angebot!

Männer-Neuleder-Hosen haltbare, waschechte Sorten .	nur	5⁴⁵
Herren-Stoff-Hosen in vielen gestreiften Mustern	nur	4⁵⁰
Männer-Manchest.-Hosen in braunen u. grünen Farben	nur	14⁵⁰
Männer-Breeches-Hosen in großer Auswahl . . .	nur	5⁷⁵
Feldgraue Stoff-Hosen in grünlich u. grauen Farben	nur	7⁵⁰
Schlosser-Jacken u.-Hosen waschechte Qualitäten . . .	a Stck.	3²⁵
Knaben-Neuleder-Hosen halblang, von 9—14 Jahren	nur	4⁷⁵
Leibchen-Stoff-Hosen in echten Ausführungen . .	nur	1⁸⁵

Ernst Renner
Halle a. S. * Marktplatz 14

In unser Handelsregister Abt. B ist heute unter Nr. 66 die Firma **„Allgemeine Land- und See-Transport-Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Hamburg, Zweigniederlassung Merseburg**, eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Besorgung von Transport- und Speditionsgeschäften aller Art. Das Stammkapital beträgt 700 000 Mark. Geschäftsführer sind der Kaufmann **Hermann Ludwig** in **Hamburg** und der Kaufmann **Alois Fritscher** in **Garmisch**. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Dezember 1922 festgestellt und durch Gesellschaftsbeschluß vom 11. Juni 1923 geändert.
Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.
Merseburg, den 21. Februar 1924.
Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. B ist heute unter Nr. 65 die Firma **„Mitteldeutsches Speichenwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung"** mit dem Sitz in **Merseburg** eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und der Vertrieb von Speichen jeder Art. Das Stammkapital beträgt 5100 Goldmark. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Kaufmann **Friedrich Engel** und der Ingenieur **Wilhelm Engel**, beide in Merseburg.
Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Januar 1924 festgestellt.
Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch diesen allein oder durch Prokuristen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft vertreten, entweder durch zwei Geschäftsführer, oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen oder durch zwei Prokuristen.
Die Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.
Merseburg, den 20. Februar 1924.
Amtsgericht.

Das Feinste, was es gibt!

A. O. André, Halle a. d. S. Wörmlitzer Str. 12
Fernruf 1193
Andrés Halloren-Würstchen.
Andrés Halloren-Bockwürstchen
sind eine Delikatesse allerersten Ranges
Hergestellt aus ganz frischem Schinkenfleisch und deshalb unerreichbar an Wohlgeschmack und Aroma.
Meine Würstchen halten sich auch in offener Dose, mit Salzwasser bedeckt, vorzüglich. Nicht kochen, sondern 4—5 Minuten ziehen lassen.
Verlangen Sie Besuch oder Preisliste.
Schinken u. Würstchen

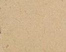
Geschäftseröffnung!
Dem Merseburger Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutig. Tage das Geschäft der Fa.
Wilhelmine Schütze
Weißenfelser Straße 10
Obst-, Gemüse- u. Fischhandlung
wieder aufgenommen habe. Es wird mein größtes Bestreben sein, meine Kundschaft in jeder Weise zufrieden zustellen. Mit der Bitte, mein Unternehmen zu unterstützen, zeichne
hochachtungsvoll **Otto Moritz.**

Brotkundschaft, Wagen und Pferd
zu verkaufen. Ang. unter 956 an die Exp. d. Bl.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Holz-Auktion
Sonnabend, den 1. März, vorm. 11 Uhr sollen auf hiesigem Rittergut
80 Stämme
(52 fm) vorwiegend Pappeln, meistbietend versteigert werden.
Sammelplatz: Elsterbrücke hinter dem Park.
Das Holz liegt gut abfahrbar.
Rittergut Döllnitz.

Kiefern- und Buchen-Brennholz
in Scheiten und kurzgeschnitten gibt ab
H. Schmidt, Baugeschäft.



Willst du dein Schuhzeug dir erhalten,
Damit es dir recht lange dien',
Und mühlos höchsten Glanz entfalten
Am Schuh, dann kauf dir „Perladin".

Vom 27. Februar bis mit 4 März!

7 aussergewöhnlich billige Möbeltage

Besonders vorteilhafte Abschlüsse versetzen mich in die angenehme Lage eleg. Speise-, Herren-, Schlafzimmer-, Küchen-Einrichtungen spottbillig zum Verkauf zu stellen

Nur während dieser 7 Reklame-Tage!

Echt eichene **Speisezimmer**	Echt eichene **Herrenzimmer**	Moderne **Schlafzimmer**	Vornehme **Küchen-einrichtungen**	**Einzelmöbel**
Büfett, Kredenz, Auszugtisch u. Lederstühle	Bibliothek, Schreibtisch, rund. Tisch, Sessel, Stühle,	Spiegelschrank 180 cm, Bettstellen mit Spiral- u. Auflegematratzen, Kommode m. Marmor- und Spiegelaufsatz, Nachtschränke, Stühle u. Halter	natur. lasiert, weiß Emaille, mit und ohne Aufwaschtisch, siebenteilig	Leder- u. Goblin-Klubmöbel, Luxusmöbel, Dielenmöbel
komplett Mark: **725**	komplett Mark: **685**	Mark: **695**	komplett Mark: **95**	Riesen-Auswahl

Während dieser 7 Reklame-Tage gekaufte Möbel erhalten Sie franko Ihrer Bahnstation zugesandt.

Es kommen ca. 100 komplette Einrichtungen — Nur Qualitätsmöbel — zum Verkauf.

Möbelspezialhaus Max Große, Leipzig
Windmühlenstr. 25, nur erste Etage und Hofgebäude
Zweites Geschäft: Gauchaer Strasse 32 (im Hause Battenberg)

Strickgarne
für Wiederverkäufer äußerst preiswert
Pohl,
Sophienstraße 36 **Leipzig** Telef. 11516

Zum 15. Antritt oder 1. März 1924 suche ich ein saub., fleiß., willig. u. ehrlich
Hausmädchen
nicht unter 18 Jahren, bei angemessener Bezahlung. Ang. u. 961 a. d. Exp. d. Bl.

Anständig. ehrl. nicht zu
jg. Hausmädchen
aufs Land sofort gesucht. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Besseres Fräulein,
40 Jahre, in Haushalt und Küche erfahren,
sucht Vertrauensstellg.
ev. auch Witwer mit Kind. Angebote an A. Jaobs, Döllnitz, Saalkreis.

Verheirat. landw. Arbeiter
sucht Stellg. als Geschirrf.
Gute Papiere sind vorhand.
Heinrich Neuchsel,
Köttichen, Gartenstraße 2

Waschfrau nimmt Wäsche an
Sixtiberg 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0004

Der erste Tag des Hitlerprozesses.

München, 26. Febr. (T.U.) Die Öffentlichkeit im Hitler-Prozeß wurde kurz vor 12 Uhr mittags wieder hergestellt. Ein Beschluß über den schnelleren Ausschluß der Öffentlichkeit wurde vom Vorsitzenden nicht verkündet. Der Gerichtshof trat sofort in die Vernehmung Hitlers ein, der zunächst über seinen Lebensgang berichtet. Hierauf trat eine Pause bis ½3 Uhr nachmittags ein.

*

Die amtliche Anklageschrift.

München, 26. Febr. (WTB.) Die Anklageschrift im Prozeß Hitler-Ludendorf umfaßt 40 Seiten. Als Angeklagte sind aufgeführt:

1. Adolf Hitler, Schriftsteller; 2. General a. D. Ludendorff; 3. Oberlandesgerichtsrat Pöhner; 4. Oberamtmann bei den Münchener Polizeidirektion Frick; 5. Tierarzt Dr. Weber; 6. Hauptmann a. D. Röhm; 7. Oberleutnant d. R. und Studierender der Staatswissenschaften Brückner; 8. Leutnant Wagner; 9. Oberstleutnant a. D. Kriebel; 10. Oberleutnant a. D. und Bankbeamter Pernet, sämtlich mit Ausnahme Ludendorffs, in Untersuchungshaft.

In der Anklageschrift wird einleitend eine längere Schilderung der

Vorgänge im Bürgerbräukeller

am Abend des 8. November vorigen Jahres gegeben, die, soweit sie sich im Saale selbst abgespielt haben, allgemein bekannt sind. Ueber die Vorgänge im Nebenzimmer sagt die Anklageschrift u. a.: Im Nebenzimmer befanden sich zunächst v. Kahr, v. Lossow und v. Seisser, Hitler und etwa drei bewaffnete Hitleranhänger. Hitler rief gleich nach dem Betreten des Nebenzimmers: „Niemand verläßt lebend das Zimmer, ohne meine Erlaubnis". Sodann wandte er sich an Herrn v. Kahr mit etwa folgenden Worten: „Die Reichsregierung ist gebildet, die bayerische Regierung ist abgesetzt. Bayern ist das Sprungbrett für die Reichsregierung, in Bayern muß ein Landesverweser sein. Pöhner wird Ministerpräsident mit diktatorischen Vollmachten, Sie werden Landesverweser, Reichsregierung: Hitler, Nationalarmee: Ludendorff, Seisser: Polizeiminister". Mit der Pistole fuchtelnd fuhr Hitler fort: „Ich weiß, daß das den Herren schwer fällt, der Schritt muß aber gemacht werden, man muß den Herren erleichtern, den Absprung zu finden. Jeder hat den Platz einzunehmen, auf den er gestellt wird. Tut er das nicht, so hat er keine Daseinsberechtigung. Sie müssen mit mir kämpfen, mit mir siegen oder mit mir sterben, wenn die Sache schief geht; vier Schuß habe ich in meiner Pistole, drei für meine Mitarbeiter, wenn sie mich verlassen, die nächste Kugel für mich."

Kahr sagte darauf zu Hitler: „Sie können mich festnehmen, können mich totschießen lassen, Sie können mich selber totschießen, sterben oder nicht sterben ist bedeutungslos". Hitler wandte sich sodann an Oberst v. Seisser, der ihm vorwarf, daß er sein Versprechen, keinen Putsch zu machen, nicht gehalten habe. Hitler erwiderte: „Ja, das habe ich getan, aber im Interesse des Vaterlandes. Verzeihen Sie mir!" Auf die Frage des Generals Lossow: „Wie steht Ludendorff zur Sache?" entgegnete Hitler: „Ludendorff ist bereitgestellt und wird gleich geholt werden."

Hitler und seine Begleitung ließen durch ihr Verhalten deutlich erkennen, daß sie entschlossen waren, ihren Willen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Kahr, Lossow und Seisser wurden verhindert, miteinander zu sprechen. Irgend eine zustimmende Erklärung erhielt Hitler in dieser Zeit von keinem der Herren.

Die Anklageschrift befaßt sich weiter mit der zweiten Ansprache Hitlers im Saal des Bürgerbräukellers und mit

dem Eingreifen Ludendorffs.

Da heißt es: Ludendorff war von dem Herrn v. Schaubner-Richter und zwei weiteren Personen im Kraftwagen herbeigeholt und unterwegs über den Sachverhalt unterrichtet worden. Er wurde vor der Türe des Nebenzimmers von Hitler empfangen. Ludendorff trat sofort auf Kahr, Lossow und Seisser zu und erklärte ohne vorher eine Frage an diese Herren zu richten, und von ihnen eine Erklärung abzuwarten: „Meine Herren, ich bin ebenso überrascht wie Sie, aber der Schritt ist getan, es handelt sich um das Vaterland und die große nationale völkische Sache, und ich kann Ihnen nur raten, gehen Sie mit uns, tun Sie das gleiche!"

Mit dem Erscheinen Ludendorffs änderte sich der Charakter der Vorgänge im Nebenzimmer völlig. Die Pistolen waren verschwunden, alles wurde auf gütliches Zureden eingestellt. Zu einer Besprechung der Herren Kahr, Lossow und Seisser unter einander ließ man es aber auch jetzt nicht kommen. Es setzte nun von Hitler, Ludendorff und Dr. Weber ein dringendes Zureden ein, wobei Hitler wiederholt zum Ausdruck brachte, daß es ein Zurück nicht mehr gebe. Schließlich erklärten Lossow und Seisser ihre Zustimmung. Kahr erklärte erst nach längerer Zeit: **Ich bin bereit, die Leitung der Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie zu übernehmen.** Hitler drängte darauf, diese Erklärung auch im Saal abzugeben. Kahr sträubte sich dagegen, gab aber dem fortgesetzten Drängen Hitlers schließlich nach. In der Zwischenzeit waren starke Massen Bewaffneter vor dem Bürgerbräukeller aufmarschiert. Hitler bat Kahr, Lossow und Seisser, die sich wieder in das Nebenzimmer zurückbegeben hatten, um Verzeihung wegen seines Vorgehens mit der Begründung: Die Not des Vaterlandes habe diesen Schritt notwendig gemacht. U. a. sprach Ludendorff mit Lossow und Seisser über die nächsten militärischen Maßnahmen, die er für notwendig hielt: Benachrichtigung der Truppen der Reichswehr, Bildung der Nationalarmee, Auflösung der Vaterländischen Verbände und Eingliederung in die Reichswehr, Grenzschutz gegen General v. Seeckt. Endlich sprach Ludendorff und General Aechter mit Lossow über die **Vorgänge in der Pionierkaserne**, wo ein Bataillon „Oberland" von der Reichswehr festgehalten wurde. Ludendorff und Aechter waren über diese Vorgänge sehr erregt.

Der erste Abschnitt der Anklageschrift schließt hier mit folgenden Feststellungen:

Die Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seisser waren nur scheinbar auf die Forderungen Hitlers und seiner Anhänger eingegangen, um ihre Bewegungsfreiheit wieder zu gewinnen. Sobald sie konnten, verließen sie — etwa um ½11 Uhr abends — den Bürgerbräukeller und trafen ungesäumt die notwendigen Maßnahmen zur Niederschlagung des Putsches.

*

Der **zweite** Hauptabschnitt der Anklageschrift befaßt sich mit den Bemühungen Kahrs, Lossows und Seissers, den Kampfbund von einer Aktion fernzuhalten. Es waren nämlich dem Generalstaatskommissariat Anhaltspunkte bekannt geworden, daß schon in einer am 23. 10. in München abgehaltenen Besprechung der Führer der Nationalsozialisten Sturmabteilungen Bayerns von einer gewaltsamen Errichtung einer Reichsdiktatur Hitler—Ludendorff in Bayern gesprochen wurde und daß von Bayern aus die bewaffnete Offensive gegen Berlin erfolgen solle. Dabei wurde auch mit dem Namen Kahr, Lossow und Seisser **Mißbrauch** getrieben. Außerdem hatte das Generalstaatskommissariat vor dem 6. 11. ein Flugblatt mit der **gefälschten** Unterschrift des Generals v. Lossow gefunden, das einen gefälschten Aufruf Lossows an die Reichswehr enthielt und ebenfalls zum Vormarsch auf Berlin aufforderte.

Der **dritte** Abschnitt der Anklageschrift befaßt sich mit der Aktion selbst und mit den an ihr

beteiligten Verbänden.

Es waren dies: die nationalsozialistische Sturmabteilung unter Führung Hitlers und des Hauptmanns a. D. Göhring, der Bund Oberland unter Führung Dr. Webers und des Generals a. D. Aechter, die Reichskriegsflagge unter Führung des Hauptmanns Röhm und des Hauptmanns a. D. Seidel. In einer geheimen Besprechung am 7. 11. wurde die gewaltsame Aktion beschlossen, und zwar nach dem Plane Hitlers. In der Anklageschrift wird dann bis ins kleinste die genau festgelegte Beteiligung der einzelnen Verbände angeführt. Daraus geht hervor, daß in ganz Bayern Geheimbefehle zur Mobilisation und zum Marsch nach Berlin ausgegeben wurden. Neu ist, was über die Infanterieschule im Zusammenhang mit dem Putsch in der Anklageschrift gesagt wird. Der Kampfbund versuchte seit längerer Zeit, Einfluß auf die Angehörigen der Infanterieschule zu gewinnen, besonders Oberleutnant Roßbach war seit Anfang Oktober 1923 mit Erfolg bemüht, die jüngeren Waffenschüler für die völkische Erhebung im Sinne der Hitlerschen Ideen zu begeistern.

Der Angeklagte **Wagner**, Leutnant bei der Infanterieschule, lernte bei den verschiedenen Zusammenkünften auch den Oberleutnant a. D. **Pernet, den Stiefsohn Ludendorffs**, kennen. Gelegentlich des Besuches mehrerer Herren der Infanterieschule am 4. 11. 23 bei Ludendorff, sprach dieser von der völkischen Erhebung und äußerte die Ansicht, daß die völkische Idee in kürzester Zeit siegen werde. Er sprach auch von den Verdiensten Hitlers, besonders davon, daß es Hitler durch seine Bewegungen gelungen sei,

die weißblaue Gefahr

während der letzten drei Jahre niederzuhalten. Die **weiß-blaue und** bayerische Gefahr bestehe nach seiner Auffassung darin, daß in Bayern das Königtum wieder aufgerichtet werde, was dahin führen würde, daß entweder Bayern sich vom Reiche trennen oder aber die Führung im Reiche an sich reißen und sich über Preußen stellen würde. Auf die Frage der Infanterieschüler, wann er (Ludendorff) an eine völkische Erhebung denke, antwortete der General: Der erste Zeitpunkt sei schon verpaßt, es sei dies der Ausbruch des Konfliktes Seeckt-Lossow gewesen. Jetzt könne es noch Wochen oder Monate dauern, bis die Not die große Masse des Volkes zum völkischen Gedanken treibe. Leutnant Wagner unterrichtete seine Kameraden von den Ideen Ludendorffs und die Infanterieschüler mußten aus den Ausführungen Ludendorffs den Einruck gewinnen, daß **der General vollkommen hinter Hitler und Roßbach stehe** und deren Auffassung in allen Punkten teile.

Am 8. 11. mittags kam der Oberleutnant a. D. Pernet, der Stiefsohn Ludendorffs, in die Infanterieschule und forderte den Leutnant Wagner auf, beim Oberkommando des Kampfbundes in der Schellingstraße über das geplante Umsturzunternehmen die entsprechenden Weisungen entgegenzunehmen. Abends 8,30 gab, ohne daß die Vorgesetzten verständigt worden seien, Leutnant Wagner vor den Offiziersinspektionen und den Fähnrichsinspektionen den Erschienenen bekannt, daß „in diesem Augenblick die völkische Regierung für Deutschland im Bürgerbräukeller ausgerufen wird und in ganz Deutschland die völkische Revolution ausbricht." Hinter der Bewegung stehe Ludendorff, ferner Lossow mit der geschlossenen 7. Division, Pöhner und Seisser mit der bayerischen Polizei. Ludendorff habe befohlen, daß die Infanterieschule sofort als Stoßtrupp bei dem Marsch nach Berlin unter Führung Roßbachs Verwendung finden soll. Am nächsten Tage solle unter Zuziehung von anderen Formationen aus der Infanterieschule ein Regiment „Ludendorff" gestellt werden. — Leutnant Wagner gab auch sogleich die Kompagnieeinteilung bekannt und verkündete, Ludendorff wolle die Infanterieschule sofort im Bürgerbräukeller besichtigen. Fast sämtliche Infanterieschüler traten daraufhin mit Waffen und scharfer Munition im Kasernenhof an, es wurden noch Hakenkreuzfahnen und Hakenkreuzbinden ausgegeben und darauf marschierte die Infanterieschule unter Roßbachs Führung um 9 Uhr abends zum Bürgerbräukeller.

Auch nach der Abfahrt der Herren Kahr, Lossow und Seisser vom Bürgerbräukeller am Abend des 8. 11. suchte man

auf der Hitlerseite das eingeleitete Unternehmen fortzuführen

und zwar auch noch zu einer Zeit, als man schon sicher wußte, daß Kahr, Lossow und Seisser fest entschlossen waren, den Putsch mit den gesetzmäßigen staatlichen Mitteln niederzuschlagen. Zum Beweis hierfür führt die Anklageschrift in weiteren Teilabschnitten aus den mannigfaltigen Ereignissen in der Nacht zum 9. November und am Vormittag des 9. 11. eine Reihe von Tatsachen an. So war der Versuch, die beiden Kasernen (Pionierkaserne und Kaserne I./19. Inf.-Regts.) gleich bei Beginn der Aktion in die Hand zu bekommen, mißlungen. Hitler, der im Laufe des Abends mit r. Weber zu den beiden Kasernen fuhr, mußte sich überzeugen, daß beide fest in der Hand der Reichswehr waren und daß die Reichswehr den Organisationen des Kampfbundes Widerstand entgegensetzte. Vom Oberkommando war zwischen 12 und 1 Uhr nachts der Befehl ausgegeben worden, das Generalstaatskommissariat an der Maximiliansstraße zu besetzen. Als eine Abteilung Oberland von dort unverrichteter Dinge zurückkehrte, kam der Befehl, die Infanterieschule solle auf Anordnung Ludendorffs das Generalstaatskommissariat besetzen und Widerstand mit Waffengewalt brechen. Als die Infanterieschule später zu ihrer Kaserne zurückkehrte, war die wahre Stellung Kahrs, Lossows und Seissers bereits bekannt geworden, es gelang aber dem Oberleutnant Roßbach mit Hilfe des Leutnants Wagner trotzdem einen größeren Teil der Infanterieschüler zusammenzuhalten und wieder zum Bürgerbräukeller zurückzuführen. Wie aus der Anklageschrift

MONDAMIN BACKPULVER
vorzüglich zur Fastnachtsbäckerei

Kamerad.

Roman von Margarete Diersch

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die junge Frau war ein wenig verwundert über die weiche Stimmung, die ihn beherrschte. Auch fand sie es eigentlich überflüssig, daß er diesen Dingen so viel Wichtigkeit beimaß. Aber er war ja immer ein Mensch, der alles so schwer nahm. Sie wollte ihm nicht widersprechen. Sie ergriff eines der umherliegenden Instrumente. Es war nicht wirkliches Interesse, sondern sie handelte unbewußt, instinktmäßig nach ihrer alten Gewohnheit, sich der augenblicklichen Stimmung des anderen anzupassen, wenn es ihr auf eine günstige Wirkung ankam. Und sie wollte ihm zeigen, daß es an ihr durchaus nicht lag, wenn sie sich nicht mehr miteinander vertrugen.

„Was ist denn das hier, Schatz? Brauchst du das auch zu deiner Erfindung? Warum mußt du überhaupt so lange daran arbeiten? ... Entweder es ist was oder ist nichts."

„Das muß ich eben ausprobieren."

„Und das dauert so lange?"

Er lächelte über ihre naiven Fragen. Dann entzündete er den Gaskocher, mischte eine Flüssigkeit, die sich in dem Reagenzglas sogleich milchig färbte, und hielt dieses in die Flamme, um die Mischung zum Kochen zu bringen.

„So, Schatz, — nun paß' einmal auf, wie das gemacht wird. Das Glas gleichmäßig in die Flamme halten ... Sieh — jetzt kocht es schon ... nun blick' einmal schärfer hin. Siehst du, wie es sich voneinander sondert? ... Der trübe Satz sinkt zu Boden — oben darauf ist es jetzt ganz rein und klar."

„Wenn man das so sieht, wie sich die Flüssigkeiten voneinander trennen, ist es ja ganz nett", versetzte sie. „Dann kannst du wohl auch noch andere Farben zusammenstellen?"

Und als er nickte ergriff sie ihn lebhaft am Arm. „Ach Schatz, dann brau mir doch eine recht nette Farbe für mein blaues Voilekleid ... das von Kramer, weißt du — es war so teuer. Aber die Farbe verbleicht in der Sonne so gräßlich ... und außerdem hat Elly Neumann jetzt dasselbe ... sie muß mir immer alles nachäffen, weil sie weiß, ich hab' Geschmack ... Also eine recht hübsche Farbe, hörst du! Zu dunklem Haar muß sie kleiden ... auf so was muß man immer achten! Wann machst du es mir?"

„Ich hab' hier keine Färberei, liebes Kind. Wenn dir das Kleid nicht mehr gefällt, will ich dir gern ein neues kaufen. Ich hab' zu solchem Firlefanz wahrhaftig keine Zeit!"

Die junge Frau warf hastig ein paar Instrumente beiseite, daß eine hohe Spritzflasche umfiel und ihr Inhalt sich über die weiße Tafel ergoß. „Nun ja, du hast für mich eben überhaupt weder Zeit noch Interesse, das kennt man schon! Dann laß mich aber auch künftig mit deinen gräßlichen Experimenten in Ruhe — ich dank' dafür!"

Krachend warf sie die Tür hinter sich zu.

Wolfgang Schönermark beseitigte die trüben Lachen vom Tisch. Mechanisch räumte er die Gläser und Instrumente fort. Eine heiße Bitterkeit wallte in ihm empor und eine so traurige Mutlosigkeit, daß er ein Gefühl empfand, als könne er nie wieder die Kraft und Freude finden, noch einmal mit fröhlichem, unverdrossenem Mut und zäher Ausdauer an sein Werk zu gehen.

In klarer Ernüchterung mußte er wieder einmal erkennen, daß all sein geduldiges Beginnen umsonst war. Nie würde es ihm gelingen, seinem Weibe innerlich näher zu kommen. Sie war ein oberflächliches Geschöpf. Sie wollte keine innere Gemeinschaft, ohne die ihm das Leben öd und freudlos dünkte.

Und da stand wieder schmerzend, übermächtig die Sehnsucht in ihm auf nach einer anderen, die ihm alles, wonach sein Herz verlangte, in überreichem Maße geschenkt hätte.

Er erschauerte vor der Größe des Glückes, das ihm im restlosen Besitzergreifen des geliebten Mädchens zuteil geworden wäre. Und sein Inneres bäumte sich auf gegen die peinigende Gewißheit, daß ihm dies Glück nun für immer versagt sein sollte. Sein Herz rief nach ihr, mit der er sich verbunden fühlte durch tausend innere Bande, die ihm unlöslicher schienen als das lose äußere Band seiner Ehe. Und seine fiebergepeinigten Pulse hämmerten es ihm in die schmerzenden Schläfen: „Es kann nicht sein! Es kann ja nicht sein, daß sie mir auf ewig verloren ist!"

Mit dumpfem Stöhnen wandte er sich ab von den Dingen, die alle ihm ihr geliebtes Bild in die Sinne riefen. Wo war sie jetzt? Noch war sie hier — bald vielleicht nicht mehr ... Was wurde dann? War dann nicht alles zu Ende? ...

Er verließ den Raum. Es erschien ihm auf einmal alles so sinnlos, so gleichgültig. Ob er arbeitete ... oder nicht ... es war ja alles so gleich ... das Leben lief so hin .. so ohne Zweck und Ziel ... Ein Gefühl grenzenloser Leere war in ihm."

Er ergriff seinen Hut. Fast mechanisch. Dann ging er müden Schrittes in den sinkenden Abend hinaus. Ziel- und planlos. Er wußte nicht, was nun werden sollte. Er vermochte gar nicht mehr klar zu denken — hatte keinen Willen mehr — keine Entschlußkraft ..

Das Städchen lag hinter ihm. Hier dufteten die Wiesen in der abendlichen Sommerkühle. Vor ihm dunkelte der Weiher, an dessen Ufern die spielenden Wellen leise plätscherten.

Wolfgang Schönermark war am Rande des Teiches stehengeblieben und lehnte träumend an dem Stamm einer alten Eiche. Sein Blick schweifte über die weite Fläche. Ein leeres Boot trieb einsam umher.

Ein Frösteln wehte ihn an ... Und eine dumpfe, unerklärliche Angst senkte sich wie ein dunkler Schatten lastend und schwer auf seine Seele. Langsam ging er heim. Der Gang hatte ihm keine Erquickung gebracht. In ihm war nur noch das dumpfe Gefühl einer trostlosen Leere.

Als er das Haus betrat, kam ihm Richard Schönermark bleich und verstört entgegen.

„Es ist ein Unglück geschehen — —"

„Um Gottes willen ... das Kind? ..."

„Nein, nein — Fräulein Muthardt — —"

Mit einem erstickten Aufschrei lehnte Wolfgang Schönermark an der Wand. Das jähe Erschrecken ließ seinen Herzschlag stocken. Sein Gesicht war erdfahl.

„Was — was ist? ..." murmelte er angstvoll. In seinen Ohren rauschte das Blut. Vor seinen Augen war Funkentanz. Wie aus weiter Ferne hörte er des Onkels gedämpfte Stimme, die ihm berichtete, daß man Martina Muthardt vor einer halben Stunde ins Haus getragen: bewußtlos ... auf dem Teich war sie gewesen ... das Boot umgeschlagen .. der alte Waldhüter, der am Ende des Städchens wohnte, hatte von seinem Häuschen aus das Boot gesehen ... wie es plötzlich umschlug ... hatte Hilfe herbeigeholt ..

„Wo ist sie, Onkel? — — Lebt sie? — —"

Kaum gehorchte Wolfgang Schönermark die Zunge. Sein Herz schlug rasend in dumpfer Angst.

Komm herein ... sie liegt noch in tiefer Ohnmacht. Aber Lebensgefahr ist nicht mehr ..."

Ein befreiender Seufzer aus tiefstem Herzensgrund drang über die Lippen des Mannes. Mit wankenden Schritten betrat er die Schwelle des in matten Lichtschein gehüllten Gemaches.

Auf dem weißen Lager ruhte Martina Muthardt, fein und bleich. Das gelöste Haar leuchtete in seinem feuchten Glanze wie dunkles Gold. Weich strömte das Licht aus matter Ampel über sie hin. So still ... so friedlich lag sie da, als gäbe es auf Erden kein Weh und Herzeleid.

Da stürzte Wolfgang Schönermark an ihrem Lager in die Knie und vergrub wild aufweinend den Kopf an ihr. Ein lautloses Schluchzen erschütterte seinen Körper wie ein Sturm. Was er einst an ihr gefrevelt in törichter Jugendverblendung, in dieser Stunde büßte er es tausendfach.

Ihre Gestalt regte sich. Langsam schlug sie die verschleierten Augen auf. Sie erblickte ihn an ihrem Lager. Eine Bewegung, wie ein schmerzliches, wehmütiges Lächeln, huschte flüchtig über ihr Antlitz. Ihre Hand tastete nach seinem Haupt, strich darüber hin mit einer sanften zärtlichen Gebärde, wie sie es früher wohl manchmal getan.

In diesen Minuten vergaßen sie, daß sie kein Recht mehr aneinander hatten.

Erschüttert haschte er nach ihrer Hand und legte seine heißen Lippen inbrünstig darauf.

„Du bist gerettet — du lebst! ... Gott im Himmel sei Dank!"

XVIII.

Bruno Geroldshagen saß in Hemdsärmeln, die Beine lang unter den Tisch gestreckt, die kurze Pfeife schief im Mundwinkel, auf dem Sofa und paffte mißmutig vor sich hin. Er war schlechter Laune. Er wußte, daß Dr. Schönermark jetzt wieder an seiner Erfindung arbeitete, die ja auch das Ziel seines eigenen Strebens war, und er bemühte sich auf alle erdenkliche Art, den Geheimnissen Schönermarks etwas abzulauschen, um es für seine eigenen Zwecke auszubeuten. Zu dumm, daß die törichte kleine Frau so gar nichts dabei nützen konnte! .. Sie war hübsch, süß und zärtlich — aber auch nicht mehr. Es mußte ihm doch gelingen, auf die Spuren von Schönermarks Errungenschaften zu kommen! Er hatte aus Gertis Aeußerungen in letzter Zeit entnommen, daß Wolfgang Schönermark dicht vor der Vollendung seines Werkes stand. Das durfte nicht sein! Er mußte dem anderen zuvorkommen. Er selber wollte die Siegespalme ernten, die den Ruhm des jungen Erfinders dieser epochemachenden Entdeckung auf dem Gebiete der Heilwissenschaft krönen würde.

Wütend trommelte er mit den Stiefelabsätzen auf den Fußboden.

Lottchen Möller steckte den hübschen dunklen Kopf zur Tür herein, da ihr dies Trommeln mitunter als Klingelzeichen galt.

Heute hatte es der junge Chemiker aber nicht so gemeint. Es war lediglich ein Ausweg seiner mißgestimmten Laune, den er sich schaffte. Der Anblick des jungen Mädchens stimmt ihn nicht freundlicher. Lotte fing in letzter Zeit an, ihm recht lästig zu werden. Schließlich war er ihr doch nicht mit Haut und Haar verschrieben ...

„Na, was soll's, Lotte?"

„Ich dacht', ich sollt kommen," sagte sie ein wenig eingeschüchtert und gekränkt, trat aber dennoch vollends ins Zimmer und zog die Tür hinter sich zu.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0005

weiter hervorgeht, war das Wehrkreiskommando an der Schönfeldstraße im Laufe der Nacht zum 9. 11. unter dem Kommando Röhms fest in der Hand des Kampfbundes. Die anwesenden Offiziere des Wehrkreiskommandos waren von Röhm in Schutzhaft genommen worden. Später erschien Röhm mit Bewaffneten bei der Stadtkommandantur, wo Lossow und Seisser vermutet wurden, wo sie jedoch keinen Einlaß erhielten. Nachts zwischen 11 und 12 Uhr kam Hauptmann Röhn wiederum in das Wehrkreiskommando, gegen 1 Uhr früh erschienen auch Ludendorff und Oberstleutnant Kriebel. Inzwischen war schon bekannt geworden, daß das Passauer Reichswehrbataillon auf Veranlassung des Generalstaatskommissars den Befehl erhalten hatte, nach München abzurücken, daß das Oberlandbataillon in der Pionierkaserne endgültig entwaffnet worden war, daß General a. D. Aechter von der Reichswehr in der Kaserne festgehalten wurde, ferner daß auch aus der Kaserne vom I./19. Inf.-Regt. alle Angehörigen des Kampfbundes hinausgedrängt waren und die Kaserne in Verteidigungszustand gesetzt wurde und daß General Lossow beim I./19. Inf.-Regt. war und die Befehlsstelle des Wehrkreiskommandos dorthin verlegt hatte. Im Wehrkreiskommando an der Schönfeldstraße, das von den Umstürzlern besetzt war, hatten sich allmählich zusammengefunden Hitler, Ludendorff, Röhm, Pöhner, Kriebel, Dr. Weber und noch einige weitere Führer.

Der nachts 1 Uhr im Wehrkreiskommando an der Schönfeldstraße erschienene Reichswehrleutnant Roßmann teilte Ludendorff, Kriebel und Röhm mit, daß General Lossow in der Infanteriekaserne sei und dort Vorbereitungen getroffen würden, die keinen Zweifel darüber ließen, daß Lossow gegen die Sache sei und gegen den Kampfbund vorgehen werde.

Um 5 Uhr morgens erklärte Oberst Leipold von der Infanterieschule, der von Ludendorff ersucht worden war, zu ihm zu kommen, diesem und Hitler, daß er im Auftrage des Generals Lossow dienstlich davon unterichtetr wurde, daß sich die Herren Kahr, Lossow und Seisser an ihre Zusage nicht gebunden erachten, weil diese Zusage unter Zwang abgegeben war und daß die

7. Division nicht hinter dem Unternehmen stehe.

Durch diese Mitteilung des Obersten Leipold hatten Ludendorff und Hitler mit einer jeden Zweifel ausschließenden Gewißheit das bestätigt erhalten, was sie schon seit mehreren Stunden mehr oder weniger sicher wußten. Trotzdem beschlossen sie, das Unternehmen weiter zu führen. Hitler besonders rief zu durchgreifenden Maßnahmen, er hielt es notwendig, auf das Ganze zu gehen. Da man sich im Wehrkreiskommando nicht mehr sicher fühlte, begaben sich Ludendorff, Hitler und der ganze Stab morgens nach 6 Uhr zum Bürgerbräukeller zurück. Nur Hauptmann Röhm blieb auf Befehl Ludendorffs mit seinen Leuten im Wehrkreiskommando, um das Gebäude gegen die Reichswehr zu halten.

Unter den Hitlertruppen hat sich besonders der Stoßtrupp „Hitler" durch sein gewalttätiges Vorgehen ausgezeichnet. Angehörige von ihnen zerstörten die Räume der Münchener Post, nahmen eine gewaltsame Haussuchung beim Vizepräsidenten des Landtages Auer vor, verhafteten eine Anzahl von Geiseln, schleppten den ersten Bürgermeister und Stadträte als Geiseln zum Bürgerbräukeller, und Hitler und Ludendorf wußten, daß diese Geiseln dort festgehalten wurden, taten aber nichts für ihre Freilassung. Die Anklageschrift schildert schließlich noch die Ereignisse, als der bewaffnete Hitlerzug am Mittag des 9. 11. vom Bürgerbräukeller zur Feldherrnhalle zog, wo dann bedauerlicherweise von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden mußte. In der Zwischenzeit hatte auch die Besatzung der Nationalsozialisten unter Röhms Führung, die sich im Wehrkreiskommando festgesetzt hatte, das Gebäude freigegeben und die Waffen gestreckt.

In den letzten Abschnitten befaßt sich die Anklageschrift mit der besonderen Schuldfrage der einzelnen Angeklagten.

Adolf Hitler wird als die Seele des ganzen Unternehmens bezeichnet, denn er habe den Plan zu dem Unternehmen entworfen, sich bei der Ausführung an die Spitze gestellt, den Sturz der Regierung im Reiche und in Bayern erklärt, immer neue Aemter verteilt und für sich selbst die oberste Leitung der Reichspolitik allein in Anspruch genommen. Er sei bemüht gewesen, das Unternehmen zu festigen und zu erweitern und es auch dann noch fortzuführen, als ihm die völlige Aussichtslosigkeit vollkommen klar sein mußte.

Bei General **Ludendorff** sei die Annahme begründet, daß er über das für den 8. 11. geplante Unternehmen schon vorher genau unterrichtet war, von der gewaltsamen verfassungswidrigen Art des eingeleiteten Unternehmens habe er sicher spätestens am Abend des 8. 11. Kenntnis erhalten, als er mit Kraftwagen abgeholt und zum Bürgerbräukeller gebracht wurde. Er sei auch gleich auf die Seite des Unternehmens getreten, und habe sich als Führer der neu zu bildenden Nationalarmee betätigt, indem er Vorschriften über Grenzschutz, Eingliederung der Verbände in die Reichswehr erließ, den Befehl an Hauptmann a. D. Röhm gab, das Wehrkreiskommando mit seinen Leuten besetzt zu halten, und indem er sich schließlich an die Spitze des Zuges in das Stadtinnere stellte, um durch das Gewicht seines Namens und seiner Persönlichkeit dem Ganzen einen besonderen Nachdruck zu geben und Einfluß auf die Reichswehr und Landespolizei zugunsten des Unternehmens zu gewinnen.

Von dem Rat am Obersten Landesgericht München **Ernst Pöhner** behauptet die Anklage, daß er schon einen Tag vorher von den Plänen Hitlers wußte, ebenso habe sich

der Oberamtmann bei der Polizeidirektion München Wilhelm **Frick** schon vorher bereit erklärt, für den Fall einer völkischen Erhebung den Posten eines Polizeipräsidenten in München anzunehmen, ebenso habe er von den für den Abend des 8. 11. geplanten Ereignissen Kenntnis haben müssen.

Von Dr. Friedrich **Weber** behauptet die Anklage, daß er die Durchführung des Unternehmens vom 8. 11. erst ermöglichte, indem er als politischer Führer des Bundes Oberland das Gewicht dieses Bundes zugunsten des Unternehmens in die Wagschale warf.

Hauptmann a. D. Ernst **Röhm** wußte schon am 7. 11. von dem geplanten Unternehmen und war derjenige, der das Wehrkreiskommando im Auftrag der neuen Machthaber besetzte.

Oberleutnant d. R. Wilhelm **Brückner** veranlaßte die Mobilmachung des Nationalsozialistischen Regiments,

Leutnant Robert **Wagner** die Alarmierung der Infanterieschule zugunsten des Unternehmens.

Oberstleutnant **Kriebel** war der militärische Führer des Kampfbundes, ließ Geschütze auffahren usw. und

Oberleutnant a. D. **Pernet** war als Verbindungsoffizier zwischen den einzelnen Persönlichkeiten und Befehlsstellen vor und während des Unternehmens tätig.

Schließlich stellt die Anklageschrift fest, daß die Beschuldigten, gestützt auf bewaffnete Machtmittel, im bewußten Zusammenwirken es unternommen haben, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewaltsam zu beseitigen, die Verfassung des Deutschen Reiches und Bayerns gewaltsam zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt in Bayern und im Reiche aufzurichten, und daher die sämtlichen Angeklagten

des Hochverrates zu beschuldigen seien.

*

Die Aussage Hitlers.

War die Vormittagssitzung in der Hauptsache der Verlesung der Anklagerede gewidmet, so brachte die Nachmittagssitzung die dreieinhalbstündige

Rede des Angeklagten Hitler.

Er betonte zunächst, daß es eigentümlich sei, daß ein Mann, der jahrelang als Soldat blind gehorchte, mit dem Staat in Konflikt kommen könnte. Ich bin als 16jähriger Mensch gezwungen worden, mein Brot selbst zu verdienen. In Wien lernte ich erstens das soziale Elend, zweitens das Rassenproblem kennen, und zwar die Rasse, die der größte Feind der arischen Rasse ist, drittens lernte ich die Partei kennen, die das Elend der Rassen ausnutzt und mit den Semiten verbunden war, die Marxisten. Ich ging von Wien als Antisemit und Todfeind des Marxismus fort. Ich ging nach München. Dann meldete ich mich, als der Krieg ausbrach, bei der deutschen Armee, da ich überzeugt war, daß das Schicksal bei der deutschen Armee ausgefochten wurde. Ich war ferner überzeugt, daß, wenn die Regierung die marxistische Frage in Kürze nicht lösen würde, alle Blutopfer umsonst sein würden. Ich kam 1916 ins Lazarett. Dort hatte der Gehorsam überhaupt aufgehört, während draußen noch Disziplin herrschte. Als ich in Stettin hörte, daß die Revolution ausgebrochen war, war ich entschlossen, mich der Politik zuzuwenden. Ich ging nach München zum Ersatzbataillon.

Hitlers Ansicht über den „Marxismus".

Dann trat die Deutsche Arbeiterpartei ins Leben, deren siebentes Mitglied ich war. Ich wandte mich dieser kleinen Gruppe zu, weil sie losgelöst war von allen marxistischen Gruppen. Die marxistische Bewegung war, das erkannte ich, die Lebensfrage für unser Volk. Wo die marxistische Bewegung überwiegt, muß die Kultur zugrunde gehen. Der Marxismus entfremdet das Kind, den Jüngling dem Elternhause und der Gesellschaft; er macht ihn zum Todfeind seiner Blutsgenossen und zum Bruder des Landesfeindes. Keine Bewegung hat mit so grundlegender Kenntnis der Psyche gearbeitet. Ihre Stärke ist die Brutalität. Sie hat die einzelnen vor die Alternative gestellt: **Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.** Darum ist die Frage: Entweder der Marxismus wird als Giftstoff aus dem deutschen Volke ausgerottet, oder das Volk geht zugrunde. Das deutsche Volk begriff das nicht, und so mußte die Revolution kommen. Eine Revolution wird nur dann bestraft, wenn sie mißlingt, nicht aber, wenn sie an Stelle des Gewesenen etwas Besseres, Lebensfähiges bringt; was am 9. Neovember geschah, war

nicht Hochverrat, sondern Landesverrat.

Im Jahre 1923 kam dann der bittere Wandel. Im Herbst 1922 hatten wir schon erkannt, daß das Ruhrrevier verloren gehen würde. Als das Ruhrrevier besetzt wurde, kam unsere Bewegung in einen großen Zwiespalt mit der sogenannten bürgerlichen Welt. Die völkische Bewegung hatte erkannt, daß die Frage der Erhaltung des Ruhrreviers keine Frage der passiven Tätigkeit, sondern eine Frage des Wiedererwachens des deutschen Willens sein müßte. Deutschland mußte sich wieder darauf besinnen, daß die

Weltpolitik mit dem Schwert

gemacht wird. Wir haben erkannt, daß der passive Widerstand solange zwecklos sein würde, als nicht hinter ihm eine geschlossene Front stehen würde, und sei es auch nur eine Front des nationalen Willens. Auch wir sind für die nationale Arbeitsfront, aber niemals kann es eine Einheitsfront geben zwischen denjenigen, die in der Stunde der Gefahr auf die Schanzen springen, und denjenigen, die den Kämpfern im letzten Augenblick den Dolch in den Rücken stoßen. Für uns war es selbstverständlich, daß diejenigen, die 1918 das Volk in den Untergang geführt haben, nur solange mitgehen werden, als sie sehen, daß Deutschland nicht siegen werde; daß sie aber im nächsten Augenblick kehrt machen würden, wenn sie die Erkenntnis erlangten, daß der Sieg bevorstehe.

Ich bin damals

zu General v. Lossow gegangen.

Ich trug ihm vor, daß es das Ende der Ruhr bedeuten würde, wenn die Regierung sich nicht entschließen könnte, die innere Frage zu lösen. Ich sagte ihm, daß den jungen Nationalisten, auf denen allein der Widerstand im Ruhrrevier beruhte, der Rücken gestärkt werden müsse. Ich sage es hier frei heraus und hoffe, daß man es auch in Paris hören wird: Es ist der einzige Gedanke der deutschen Jugend, daß der Tag kommt, an dem wir frei werden und an dem wir nicht mehr klagen und ausgebeutet sein werden. Es haben dann Verhandlungen stattgefunden und es kam jene Umstellung unserer Bewegung, die in der Anklage erwähnt ist. Die Entwicklung des Ruhrkonfliktes hat uns dann recht gegeben. Wir wollten doch das Schicksal Deutschlands in zwölfter Stunde wenden. Gegen den an der Ruhr begangenen neuen Verrat eine riesige Bewegung zu entfachen, hatten wir das Recht der deutschen Gegenwart. Wir haben damals Kundgebungen und Protestversammlungen einberufen, die aber zu unserer Überraschung plötzlich verboten wurden.

Hitler gegen Kahr.

Wir wurden in das Generalstaatskommissariat zu einer Sitzung geladen, an der auch die Vertreter der Vaterländischen Verbände teilnahmen. Meine Stellung zu Herrn v. Kahr ist folgende: Ich habe v. Kahr im Jahre 1920 kennen gelernt, als er nach dem Kapp-Putsch Ministerpräsident wurde. Ich hatte von ihm den Eindruck eines biederen ehrbaren königlichen Beamten, aber damit Schluß! In der Frage der Einwohnerwehren haben wir Kahr gleichfalls beschworen, der Auflösung nicht stattzugeben, da sonst der Verlust Oberschlesiens besiegelt sein würde. Kahr hat uns damals versichert, daß er nie einwilligen würde, die Einwohnerwehren aufzulösen. Er hat auch erklärt, wir könnten mit ihm zufrieden sein. Einige Tage später wurden dann die Einwohnerwehren tatsächlich aufgelöst. Ich hatte das Gefühl, daß Kahr nicht die geeignete Person war. Ich kann es nicht als den Vorzug eines Staatsmannes betrachten, daß er ein ehrenhaftes, unbescholtenes Leben geführt hat. Das sind die Voraussetzungen auch für den letzten Straßenfeger. (Heiterkeit.) Andere Eigenschaften scheinen mir etwas wesentlicher für einen Staatsmann. Kahr mag ein guter Verwaltungsbeamter sein, aber ihm fehlt die eiserne Faust. Er konnte Großes leisten, wenn er tüchtige Stützen hatte, z. B. als leistet hat.

Eigentümlich ist, daß das Generalstaatskommissariat zwei Tage vor unseren Versammlungen eingesetzt wurde, während bereits vierzehn Tage vorher erklärt wurde, die ganze vaterländische Bewegung müsse in zwei Fäusten zusammengefaßt werden, in einer militärischen Faust und in einer zivilen Faust, nämlich der des Herrn von Kahr. Den wahren Grund für das Versammlungsverbot wollte man nicht angeben. Ich habe damals bei Oberst Seisser Protest eingelegt: dieser sprach nur von einem Verbot aller Veranstaltungen im Rahmen des Ausnahmezustandes. **Wer hat nun gelogen?** Kahr und Knilling, oder Oberst Seisser? Tatsächlich, so führte Hitler weiter aus, waren damals auch

alle Vorbereitungen zum Kampf gegen Berlin getroffen,

worüber er in einer nichtöffentlichen Sitzung weitere Ausführungen machen möchte. Sie mußten auch in ihm die Überzeugung bestärken, daß der Kampf selbst **unvermeidlich** sei. Damals ging er zu **Lossow**. Nach dessen Gehorsamsverweigerung konnte es nach seiner Meinung keine andere Alternative geben als Sturz oder Kampf bis zum äußersten. Wenn ein General in dieser Stellung seiner vorgesetzten Stelle den Gehorsam verweigert, dann muß er entweder zum äußersten Kampf entschlossen sein, oder er ist ein gewöhnlicher Meuterer und Rebell. Das war auch die Überzeugung Ludendorffs.

Hitler berichtete nun eingehend über mehrere Unterredungen mit Lossow. Dabei erzählte er, Graf Reventlow habe ihn gemahnt, sich nicht hinter Lossow, sondern mehr hinter Seeckt zu stellen. Von Gräfe beschwor ihn, sich lieber neutral zu halten. Er aber habe das Ehrenwort, daß er Lossow gegeben hatte, sich hinter ihn zu stellen, treu und ehrlich gehalten.

Die ganze Zeit haben Kahr, Lossow und Seisser mit uns das gleiche Ziel verfolgt, die Reichsregierung in ihrer heutigen internationalen und parlamentarischen Einstellung zu beseitigen und an ihre Stelle eine nationale, absolut antiparlamentarische Regierung in Form eines Direktoriums zu setzen.

Eine weitere Unterredung fand bei **Ludendorff** statt. So, wie die Dinge lagen, konnten sie nicht weitergehen. Die Herren erklärten immer, sie wären zum Handeln entschlossen. Baron Aufseß, der Adlatus Kahrs, erklärte in einer Rede, Kahr sitze mit der Lunte bereits auf dem Pulverfaß. Auf Grund der Verhandlungen in der Sitzung vom 6. November habe er den Gesamteindruck bekommen, Lossow, Kahr und Seisser könnten nicht wieder zurück, sie würden schlagen ode kapitulieren müssen. Bei einer offiziellen Besprechung hat **Lossow** ganz ruhig erklärt: **Ich bin unter gewissen Voraussetzungen**

zum Staatsstreich bereit,

aber das Signal müssen wir jetzt geben. **Deshalb wurden von Hitler** die Beschlüsse zum Losschlagen gefaßt.

Hitler ging sodann auf **die Vorgänge im Bürgerbräukeller ein und** bestritt mit aller Entschiedenheit, daß er Kahr, den er in seiner Darstellung mit Sarkasmus überschüttete, irgendwie gedroht habe. Kahr habe einen völlig gebrochenen und geknickten Eindruck gemacht, so daß er ihm leid getan habe. Das gleiche Gefühl habe er Lossow und Seisser gegenüber gehabt, daß er sie als Offiziere so herauskorbieren mußte. Die ihm zugeschriebenen Äußerungen gegenüber Kahr seien völlig aus dem Zusammenhang gerissen und teilweise gefälscht. Kahr habe ihm ergriffen ins Auge gesehen, seine beiden Hände gefaßt, und habe vor Rührung nicht mehr weiter sprechen können. Von einer Erpressung kann keine Rede sein. Er habe Kahr vertraut, wie er seinem Bruder nicht besser hätte vertrauen können. Ebenso Lossow und Seisser. Hätte Kahr erklärt, nicht mittun zu wollen, dann hätte er die Konsequenzen rücksichtslos gezogen. Nachdem ihm klar war, daß Kahr, Lossow und Seisser abgefallen waren, gab es nur zwei Möglichkeiten: die Sache aus München hinauszuverlegen oder noch einmal zu versuchen, die öffentliche Meinung zu gewinnen.

Dabei gestand Hitler, daß er die Möglichkeit befürchtete, daß auf den Zug geschossen werde. Ludendorff aber erwiderte: Wir marschieren!

Hitler wiederholt dann über den blutigen Zusammenstoß am Odeonplatz seine frühere Schilderung.

Er bekenne sich zur Tat, lehne aber jede Schuld ab, solange nicht von Kahr, Lossow und Seisser ebenfalls angeklagt sind.

Darauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag vertagt. Es soll mit der Vernehmung des Angeklagten Dr. **Weber** begonnen werden.

Ein deutscher Block in Bayern.

Die demokratische Partei Bayern hielt am Sonnabend und Sonntag in Nürnberg ihren Parteitag ab. Die Tagung war stark besucht und von frischem Kampfesgeist durchdrungen. Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes der Partei Abg. **Erkelenz**, sowie der Reichswirtschaftsminister Hamm erstatteten Berichte über die Reichspolitik. Ersterer wies insbesondere auf die Wichtigkeit der bayerischen Vorgänge für das Reich und für die deutsche Demokratie hin. Der Hauptteil der Verhandlungen war natürlich bayerischen Angelegenheiten gewidmet. Dr. Hammerschmidt, der Vorsitzende der Landtagsfraktion, schlug vor, im Wahlkampf alle deutschen und reichstreuen Kräfte in Bayern zu vereinen. Zu dem Zwecke empfahl er, einen „Deutschen Block" bei der Wahl zu bilden, dem sich zunächst anschließen würden die Deutsche Demokratische Partei, der Deutsche Bauernbund und eine Reihe liberaler Vereine in Schwaben und Südbayern. Nachdem auch Abg. **Erkelenz** namens der Gesamtpartei den Gedanken, alle reichstreuen demokratischen Elemente zu sammeln und gemeinsam in den Kampf zu führen, gebilligt hatte, wurde einstimmig eine Entschließung in diesem Sinne angenommen. Danach soll der „Deutsche Bund in Bayern" alle umfassen, die bereit und entschlossen sind, auf den Grundlagen der Reichs- und Landesverfassung für die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes und Reiches unter ausreichender Berücksichtigung der besonderen Lebensbelange unseres Landes einzutreten." In der Entschließung heißt es außerdem noch: „Der Parteitag erachtet eine kraftvolle, wahrhaft deutsche **Volksgemeinschaft** für eine unerläßliche Vorbedingung, um die nationale Widerstandskraft gegen die schändlichen Bedrückungen des äußeren Feindes in der Pfalz, am Rhein und an der Ruhr zu erhalten und zu verstärken, unseren Brüdern im besetzten Gebiet erfolgreich beizustehen und die Rheinlande für Deutschland zu retten . . . Die Landespartei sieht den deutschen Beruf Bayerns darin, daß es auch bei der Wahrung seiner

Welche Miete ist am 1. März zu zahlen?

Wie aus dem heutigen Amtsblatt der Stadt Merseburg ersichtlich ist, hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt in den Zuschlagssätzen zur Friedensmiete nur eine kleine Erhöhung eintreten lassen.

Die Zuschläge zur Friedensmiete in Gold betragen:

1. **für Verwaltungskosten, Zinssteigerung, Steigerung der Kosten für Erneuerung der Grundstücksbelastung 5 v. H.;**
2. **für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Schönheitsreparaturen 12 v. H.;**
   (Für die Gemeinden, die die Schönheitsreparaturen aus dem allgemeinen Hundertsatz für laufende Instandsetzungsarbeiten herausgenommen haben, ermäßigt sich der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten um 4 v. H. auf 8 v. H. — Zu diesen Gemeinden gehört auch Merseburg.
   Als Schönheitsreparaturen gelten: das Tapezieren, Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und Fenster, das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen.)
3. **für die Betriebskosten 15 v. H.**

Da in der Stadt Merseburg der gemeindliche Zuschlag zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen den Satz von 100 Prozent um 10 Prozent übersteigt, so ist der Hausbesitzer berechtigt, die 10 Prozent auf die Mieter umzulegen. Um die Verrechnung zu vereinfachen, hat der Magistrat festgestellt, daß diese 10 Prozent der Grundvermögenssteuer etwa ½ Prozent der Friedensmiete ausmachen. Statt der Umlegung ist daher die Erhöhung des Betriebskostenzuschlages auf 15½ Prozent empfehlenswert.

Zu den Betriebskosten gehören gemäß der Verordnung vom 14. August 1923 (Gesetzsammlung S. 382):

1. die für das Grundstück zu entrichtenden Grund- und Gebäudesteuern;
2. Entwässerungs- (Kanalisations-) Gebühren und Entgelt für Fäkalienabfuhr;
3. Straßenreinigungsgebühren;
4. Wassergeld;
5. Schornsteinfegergeld;
6. die Kosten für Müll- und Schlackenabfuhr;
7. die Kosten für die Treppen- und Flurbeleuchtung sowie für die Beleuchtung derjenigen Räume, die für die gemeinsame Benutzung der Mieter bestimmt sind;
8. die Kosten für Versicherung gegen Feuer-, Glas-, Wasserleitungs-, Sturm- und Aufruhrschäden sowie auch Haftpflichtversicherung in ortsüblicher Höhe;
9. die Kosten für Bürgersteig- und Straßenunterhaltung;
10. die Kosten für die von einer Behörde zur Beseitigung einer Ansteckungsgefahr getroffenen Maßnahmen (z. B. Rattenvertilgung).

Damit betragen

die Zuschläge in Merseburg im allgemeinen 28½ Prozent,

die von der **Friedensmiete in Gold zu errechnen** sind. Das ergibt folgende Tabelle:

Jahres-Friedensmiete Mk.	Zuschläge im Jahr Gld.-Mk.	Zu zahlen für Monat Februar Gld.-Mk.
1	2	3
1	0,29	0,03
2	0,57	0,05
3	0,86	0,08
4	1,14	0,10
5	1,43	0,12
6	1,71	0,15
7	2,00	0,17
8	2,28	0,19
9	2,57	0,22
10	2,85	0,24
20	5,70	0,48
30	8,55	0,72
40	11,40	0,95
50	14,25	1,19
60	17,10	1,43
70	19,95	1,67
80	22,80	1,90
90	25,65	2,14
100	28,50	2,38
200	57,00	4,75
300	85,50	7,13
400	114,00	9,50
500	142,50	11,88
600	171,00	14,25
700	199,50	16,63
800	228,00	19,00
900	256,50	21,38
1000	285,00	23,75

Hausbesitzer, die im Monat Februar nachweisbar für Wassergeld mehr als 3 Prozent **der Friedensmiete gezahlt haben, können die** Mehrkosten auf die Mieter umlegen.

In Kraft bleiben ferner die Bestimmungen auf Umlegung der Betriebskosten, die nachweisbar die 15 Prozent der Friedensmiete übersteigen, bis zur Höhe von 3 Prozent der Friedensmiete; die Bestimmungen für Häuser mit Warmwasserversorgung und Sammelheizung und die Festsetzung eines Sonderzuschlages für große Instandsetzungsarbeiten bis zu 3 Prozent durch das Mieteinigungsamt.

Die Grundmiete

beträgt unverändert 80 Prozent der Friedensmiete in **Papiermark** und ist demzufolge wertlos. Gm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0006
DFG

eigenen Belange stets die Lage des großen Gesamtvaterlandes berücksichtigt und sich dem Ziele eines künftigen Wiedererstarkten Großdeutschlands einordnet." Nach den Berichten aus dem Lande referierte Abg. Bühler-Zweibrücken über die pfälzischen Angelegenheiten und wandte sich dabei namentlich gegen den sozialdemokratischen Abg. Hoffmann-Kaiserslautern. Eine lange Aussprache entstand über die Frage, welche Stellung die Partei zu den verschiedenen bayerischen Volksbegehren einnehmen soll. Der Referent Abg. Dr. Hammerschmidt schlug vor, die Schaffung eines selbständigen Staatspräsidenten abzulehnen, jedoch einer Regelung nach württembergischen und badischen Muster zuzustimmen. Er lehnte auch eine zweite Kammer ab und bezeichnete höchstens eine Einrichtung nach Art des preußischen Staatsrates als erträglich. In der sehr lebhaften Aussprache wurde geltend gemacht, daß man den Reaktionsbestrebungen keinerlei Konzessionen machen dürfte. Insbesondere müsse jedes Recht zum Schutze der Minderheiten bewahrt werden. Die große Mehrheit des Parteitages sprach sich gegen jede Konzession an die einseitige Vorherrschaft der Bayerischen Volkspartei aus. Die Zeit sei zu Verfassungsänderungen ungeeignet. — Die Tagung ließ einen starken Kampfesmut für den Reichsgedanken erkennen.

Die Untersuchungskommission im Memellande.

Man schreibt uns aus dem Memellande:

Die Untersuchungskommission des Völkerbundes unter Norman Davis hat Memel wieder verlassen und ist über Kowno und Warschau nach Genf zurückgekehrt, wo sie Anfang März ihre Arbeit aufnehmen und bis zum 10. März ihren Bericht dem Völkerbund erstatten wird, der in zwei voneinander getrennte Teile: die Memelländische Autonomie und die Hafen- und Transitfrage zerfällt.

Man darf schon heute ohne besonderen Optimismus betonen, daß die Kommission einen Wendepunkt zum Besseren für das Memelland bedeutet, und daß sein Bericht die unerhörte Gewaltpolitik des kleinlitauischen Hilfskomitees und seiner Kreaturen und Renegaten aufdecken wird. Den litauischen Exaltados ist der Besuch der unparteiisch eingestellten Kommission von Beginn an ein Dorn im Auge gewesen, und man hat sich von jener Seite mit allen Mitteln bemüht, sie von den Deutschen und in deutschem Kulturleben stehenden litauischen Memelländern abzusondern und sie auf ihre kleinlitauischen Informationen zu beschränken. Es ist bezeichnend, daß man beim Empfang auf dem Bahnhof zwar alle litauischen Beamten aufgeboten hatte, die Vertreter der Stadt Memel — Oberbürgermeister Grabow, den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, v. Deßler, und der Handelskammer, Kraus — aber um jeden Preis fernzuhalten bemüht war, und die im Viktoriahotel untergebrachten Gäste durch vorgestellte Wachen hermetisch abzusperren suchte, so daß es dem am Freitag abend von der Kommission zu ihr gebetenen Oberbürgermeister Grabow nur mit der größten Mühe gelang, Einlaß zu erhalten. Die Glieder der Kommission, die zudem über recht seltsame Umgangsformen einiger der litauischen Herren, so u. a. des immer angesäuselten Simonaitis, Betrachtungen anzustellen, Veranlassung fanden, so z. B. wenn ihnen gesagt wurde, man begreife gar nicht, was sie im litauischen Memellande wollten, bekümmere sich doch im Memellande keiner um die inneren Verhältnisse Schwedens und Hollands, geschweige Amerikas!, sind sehr bald im Bilde über die wahre Stimmung gewesen. Sie haben in vorbildlicher Unparteilichkeit sich mit Vertretern der Handelskammer, der Landwirtschaft, des Handwerks, der Gewerkschaften in längeren Konferenzen informieren lassen und Druckschriften entgegengenommen, die die Lage klären, sie haben mit zahlreichen Vertretern der memelländischen Litauer konferiert und immer wieder zu hören Gelegenheit gehabt, daß die überwiegende Mehrheit der Litauer, bis auf ein kleines Häuflein von Fanatikern, Kommunisten und deutschen Renegaten — die übelste Sorte! — in Frieden und Freundschaft mit den deutschen Memelländern leben will, mit denen sie sich auf dem gleichen deutschen Kulturboden und in dem Wunsche nach Autonomie eng verbunden fühlen. Die Kommission hat darüber denn auch keinen Zweifel gelassen, daß diesen gemeinsamen Wünschen volle Rechnung getragen werden müsse. Mit der Lostrennung Memels von Preußen müßten sich die Memelländer abfinden, denn diese beruhe auf dem Versailler Vertrag. Aber die deutsche Kultur müsse hier erhalten und den Vernichtungsplänen der Litauer ein Riegel vorgeschoben werden. Das Autonomiestatut werde solches festlegen und die Basis für eine gedeihliche Arbeit liefern.

Die Litauer in Memel und Kowno sind über die Eindrücke, die die Kommission gewonnen und mitgenommen hat, sehr betrübt, und sehen ihre Felle fortschwimmen. Da suchen sie, ehe die Entscheidung fällt, noch zu zerstören, was sich zerstören läßt: in dieses Kapitel fällt der lächerliche Versuch, eine eigene litauische Handelskammer in Memel zu errichten, den Beamten den Eintritt in den „Autonomieverband" zu unterbinden, Sprachverbote an der Eisenbahn, Ausweisungen hervorragender Deutscher, wie die dieser Tage gewaltsam erfolgte Ausweisung des ersten Syndikus der Landwirtschaftskammer, Dr. Diester, und sich häufende Schikanen gegen den Oberbürgermeister Grabow. Die Kownoer Zentralregierung hat in allen Konfliktsfragen, obwohl Galvanauskas sich sagen mußte, daß Litauen durch die Memellandpolitik allen Kredit bei der Welt verlieren muß, nicht die Energie, vielleicht nicht einmal den Willen gehabt hat, energisch einzugreifen. Man hat die Dinge laufen lassen und hat keinen Dank geerntet. Galvanauskas wird diese Politik zweifellos mit seinem Sturz bezahlen müssen. Die Iden des März wird er nicht überleben. Sobald der Bericht der Untersuchungskommission in Genf vorliegt, sind seine Tage gezählt. Kommt dann auch in Kowno, wenigstens vorübergehend, ein polnischorientiertes Kabinett der erzkatholischen Christlichen Demokraten ans Ruder — in Memel werden diese Herren nicht mehr viel hineinreden dürfen!

Die zweite Aufgabe, die der Kommission obliegt, ist die Lösung der sehr komplizierten Hafenfrage. Es ist wohl anzunehmen, daß an die Spitze der Hafenkommission ein Neutraler treten, in die Kommission aber auch ein Pole aufgenommen werden wird. Es muß erwartet werden, daß die polnischen Pläne auf Zubilligung eines polnischen Siedlungsrechts in Memel nicht erfüllt werden. Hoffentlich glückt es, den Memeler Wünschen Rechnung tragend, auch einen Vertreter Deutschlands in die Kommission zu erhalten. Rußland wird seine Prätentionen in Genf wohl selbst anmelden.

Handels und Börsenteil.

Devisen kaum verändert.

Am Berliner Devisenmarkt war die Situation gestern im großen und ganzen unverändert. Die Repartierungen sind überwiegend dieselben geblieben. Am niedrigsten zugeteilt wurde Paris mit 2 Proz. Die Veränderungen, die in den Kursen eingetreten sind, sind nur bei Brüssel und Paris bemerkenswert; beide Valuten wurden um je 2 Milliarden im amtlichen Mittelkurs herabgesetzt, entsprechend der erneuten schwachen Haltung. — Die Mark kommt aus dem Auslande uneinheitlich, aber vorwiegend etwas fester.

Dollarschatzanweisungen lauten gestrichen Geld; Goldanleihe 1932 und 1935 unverändert 4,2 Billionen.

*

Leipziger Börse vom 26. Februar.

Das Herannahen des nächsten Steuertermins hat bereits wieder die geringe Erholung der letzten Tage an der Börse zum Stillstand gebracht, da die Geldknappheit zu erneuten Glattstellungen zwingt, auch die Lebhaftigkeit des Geschäfts, an dem sich zuletzt auch engere Publikumskreise wieder mehr zu beteiligen schienen, ist wieder auf ein geringes Maß zurückgegangen, das beinahe ausschließlich von der Spekulation bestritten wird.

*

Hallesche Börse vom 27. Februar 1924.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.
Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg, Markt 31.

Bank- u. Versich. Akt.		Eilenb. Katt.-Manuf.	32	**Im Freiverkehr genannte Kurse.**	
Hallescher Bankverein	2,9	Eisenwerk Brünner	2,8	„Apt" (Petrol.-Ind.)	8,75
Hall. Effkt. u. Wechs	0,32	Zimmermann u. Co.	1,4	Bankverein Artern	1,5
Gewerbe- u. Handelsb	0,46	do. Vorzugs-Aktien	2	Bernburg Saalmühlen	1,9
Landcredit-Bank	0,70	Glauziger Zuckerf.	2,0	Caesar u. Loretz	6,5
Zörbiger Bankverein	0,40	Hallesche Maschinenf	27,—	Hll. Röhrenw., j. Akt	1,6
Iduna Feuerversich.	11,0	Hallesche Röhrenw.	1,8	Hanf-Import	2,2
Bergw.-Akt. u. Kuxe.		Heckert-Glas	1,1	Kaliw. Krügershall	13,0
Halle. Pfännerschaft	25	Hildebrand Mühlenw	7,8	Kyffhäuserh., j. Akt.	2,6
Prehl. Braunkohlen	79	Moritz Jahr	1,3	Lindner, junge Akt.	48
Riebeck Montanwerke	70	Gebr. Jentzsch	24	Mansfeld Bergbau	1—
Werschen-Weißenfelser	100	Kaiserbad Schmiedeb.	—	Portland-Cementf.	4,5
Bruckdorf-Nietleben	6000	Wilhelm Kathe	4,0	G. Vester, Spedition	0,9
Industrie-Aktien.		Körbisdorfer Zuckerf.	135	Zimmerm. Co., j. Akt.	—
Ammend. Papierf.	8,4	Kyffhäuserhütte	3,1	Hildebr. Mw., j. Akt.	—
Cröllw. Papierf.	14,0	Gottfried Lindner	9,75	Cröllw. Papf., j. Akt.	12
Cönnerner Malzf.	45	Schraplauer Kalkw.	2,6		
		Wegelin u. Hübner	8,9		
		Zeitzer Maschinenf.	62		
		Zuckerraffinerie Halle	—		

(Alles in Billionen Prozent.)

Berliner Börse vom 26. Februar.

Auf die Tage der leichten Kursaufbesserungen an der Effektenbörse ist heute ein allgemeiner zum Teil erheblicher Rückgang der Kurse erfolgt. Soweit der Montanmarkt in Frage kommt, dessen Gestaltung im übrigen ja auch auf die Haltung der anderen Märkte erfahrungsgemäß nicht ohne Einfluß ist, trug die ungünstige Wendung in der Angelegenheit der Micum-Verträge in erster Linie zu der schwachen Haltung bei. Irgendwelche Anregungen fehlten vollständig und im weiteren Verlauf bröckelten die Kurse immer weiter ab. — Tägliches Geld war unter diesen Umständen seitens des Angebots überhaupt nicht an den Markt zu bringen.

*

Berliner Produktenbörse vom 26. Februar.

Weizen, märk. 164—170, mecklenb. 160—165. Roggen, märk. 134 bis 139, pomm. 130—134, westpr. 130—132. Braugerste 165—181. Futtergerste 142—155. Hafer, märk. 112—118, pomm. 107—114, westpr. 104—108. Weizenmehl 70 Proz. (D.-Z.) 25,50—27,25. Roggenmehl 70 Proz. (D.-Z.) 21,75—23,75. Weizenkleie 8,70—8,80. Roggenkleie 7,20—7,30. Raps (1000 Kilo) 295. Leinsaat (1000 Kilo) 415—435. Erbsen, Viktoria 27—28. Kleine Speiseerbsen 17—18. Futtererbsen 12—13. Peluschken 12—13. Ackerbohnen 13—14. Wicken 13—14. Blaue Lupinen 14,00—14,50. Gelbe Lupinen 15,00—16,50. Serradella 13—14. Rapskuchen 10,60. Leinkuchen 21—22. Trockenschnitzel 8,10—8,20. Zuckerschnitzel 16—22. Torfmelasse 8,50—8,60. Kartoffelflocken 17,00 bis 17,20.

Die Preise verstehen sich in Goldmark der Goldanleihe (1 Dollar = 4,20 Goldmark), bei Getreide für 1000 Kilo; bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln für 100 Kilo. Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

*

Leipziger Produktenbörse vom 26. Februar.

Weizen, inländ. 162—170. Roggen, inländ. 146—152. Gerste, Sommer, inländ. 180—190. Gerste, Winter 155—165. Hafer, inländ. 130—140. Mais, amerik. rundeinqu 210—225. Raps 250—270.

*

Stroh und Heu.

Nichtamtlich. Weizen- und Roggenstroh, drahtgepr. 0,55—0,70. Haferstroh, drahtgepr. 0,40—0,50. Gerstenstroh 0,35—0,50. Langstroh, je nach Frachtlage, Häcksel 0,95—1,10. Wiesenheu, 1. Sorte 1,05—1,35, desgl. 2. Sorte 0,90—1,10. Mehlitzer Heu (lose) 0,75—0,85, Kleeheu (lose) 1,80—2,10, alles per 50 Kilo ab Station.

Provinz und Nachbarländer.

Aus unserer Nachbarstadt Halle.

Kommunalpolitisches. — Gefaßte Diebe. — Schornsteinbrand.

Die Stadtverordneten beschlossen die Heraufsetzung des Wasserpreises von 10 auf 14 Pfennig je Kubikmeter. Der Magistrat hatte 16 Pfennig verlangt. Eine Reihe von Anträgen und Anfragen wurden zurückgestellt. — Am 25. Februar gegen 11,30 Uhr abends befuhren zwei Männer mit ihren Fahrrädern die Mansfelder Straße. Da sie die Räder nicht beleuchtet hatten, wurden sie angehalten und zur Feststellung der Personalien der Polizei-Wache zugeführt. Hier stellte sich heraus, daß die beiden eben von einer Diebesfahrt zurückkehrten. In den mitgeführten Rucksäcken befand sich nasse Wäsche, die aus einer Waschküche aus der Umgegend gestohlen war. — Freitag nachmittag gegen 4.30 Uhr entstand auf dem Grundstück Körnerstraße 34 ein Schornsteinbrand. Durch die schnell herbeigerufene Feuerwehr wurde jede weitere Gefahr nach ½ stündiger Tätigkeit beseitigt.

Schwerer Rodelunfall.

† **Lobenstein.** Ein Rodelunfall trug sich auf einer abschüssigen Straße in Lobenstein zu. Ein junger Mann, der mit zwei jungen Mädels dort rodelte, wurde so heftig gegen einen eisernen Zaun geworfen, daß außer inneren Verletzungen ihm auch die Kinnlade zerschmettert wurde. Er wurde nach Jena in eine Privatklinik geschafft.

Einbruch im Hummelshainer Schloß.

† **Kahla.** In das neue Schloß zu Hummelshain, das vor einigen Jahren in den Besitz der Firma C. G. Vogel in Pößneck übergegangen ist, wurde in der Nacht zum Sonntag ein schwerer Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Nachdem die Täter, anscheinend zwei Personen, sich Eingang in die unteren Räume verschafft hatten, erbrachen sie sämtliche Schränke und Behälter. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind ein Teppich aus dem ehemaligen herzoglichen Schreibzimmer, sowie zwei Revolver, ein Opernglas, eine Anzahl ausländische kursierende Silbermünzen und eine persische Goldmünze gestohlen worden. Die wertvollen Möbel sind fast alle ruiniert worden.

Gerichtsverhandlungen.

Der Kampf der Merseburger Schupo in Zeitz.

Der zweite Zeitzer Landfriedensbruch vor Gericht.

Im Anfang August vorigen Jahres war in dem Bergbaugebiet bei Zeitz der Generalstreik ausgebrochen. Der Regierungspräsident aus Merseburg hatte Schutzpolizei nach Zeitz geschickt, die in derselben Nacht die Streikleitung verhaftet hatte. Darob große Erregung in der Arbeiterschaft. In Versammlungen wurde dagegen protestiert und ein Demonstrationszug nach Zeitz beschlossen. Durch Verhandlungen mit dem Befehlshaber der Schupo sollte versucht werden, die Verhafteten frei zu bekommen. Unter Vorantritt eines Musikkorps, von Radfahrern bgleitet, hatte sich von Teuchern aus dieser Zug in Bewegung gesetzt und in Theißen die Teilnehmer einer gleichen Versammlung sowie Mitläufer angeschlossen. In Zeitz war die Auebrücke von Schutzpolizei gesperrt. Trotzdem der Führer der Truppe erst erklärte, ich habe die Brücke zu halten, darf niemand durchlassen, hatte er, vom friedlichen Zwecke der Demonstration unterrichtet, die Brücke freigegeben.

Ein Teil des Zuges war bereits vorüber, die Schupo hatte in der Tiergartenstraße eine Postenkette gebildet, als Teile der Menge nach dort gedrängt worden und die Beamten belästigt hatten. Es war geschossen worden und hatte Tote und Verwundete gegeben. Diese Vorgänge bildeten die Grundlage zur heutigen Verhandlung, deren Dauer auf eine Woche berechnet ist. Angeklagt sind: Bauarbeiter Herm. Hauer aus Teuchern, Geschirrführer Otto Becker aus Zeitz, Kipper Albin Lange aus Thißen, Schmied Erich Elze aus Kretzschau, Former Willi Seidel aus Aue, Abraumarbeiter O. Zetzsche aus Nonnewitz, dem infolge Schusses in beide Beine der eine Unterschenkel hat abgenommen werden müssen, Grubenschmied Alfred Wenk aus Stößen, Arbeiter Friedrich Harwig aus Trebnitz bei Deuben, Ziegeleiarbeiter Fritz Freyer aus Teuchern, Bergarbeiter Kurt Peoreck aus Köttichau, Begarbeiter Franz Dittmar aus Wildschütz, Schmied Robert Heller aus Teuchern, Ziegeleiarbeiter Hermann Reinhardt aus Teuchern, Maschinist Artur Eisenschmidt aus Streckau, Bergarbeiter Fritz Döring aus Streckau, der polnische Abraumarbeiter Gottfr. Kelm aus Zeitz, Bergarbeiter Albin Kresse aus Teuchern, Baggerführer Ernst Kohlisch aus Theißen, Lokomotivheizer P. Fischer aus Theißen, Bergarbeiter Hermann Beck aus Kostplatz, Abraumarbeiter Hermann Oswald aus Krauschwitz, Bauarbeiter Hugo Wetzel aus Krossuln und Bergarbeiter Friedr. Wachtel aus Zeitz. Die Mehrzahl von ihnen ist noch unbestraft. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Hoffmeister. Verteidiger sind Justizrat Fränkel und Rechtsanwalt Löwenthal aus Berlin, sowie Rechtsanwälte Dr. Holländer und Kröber aus Naumburg. Der Angeklagte Hauer ist derjenige, der seinerzeit in Osterfeld den Bürgermeister Jäckel erschlagen haben sollte. Er war von dieser Anklage zwar freigesprochen, aber wegen zwei anderer schwerer Körperverletzungen zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe wurde aber durch den Amnestieerlaß niedergeschlagen. Er ist auch an der Auebrücke besonders hervorgetreten, indem er die Beamten bedrohte und beschimpfte. Bluthunde, Menschenschlächter und Menschenmörder hatte er sie genannt. Seinetwegen beantragte der Verteidiger Fränkel einen psychiatrischen Facharzt zu laden, welcher der Verhandlung beiwohnen sollte. Das hat das Gericht abgelehnt, dafür aber den Gefängnisarzt Dr. Endlich holen lassen, weil der Anklagevertreter betonte, daß ein früheres Gutachten eines Sachverständigen den § 51 verneine. In seiner Personalvernehmung gab Hauer an, er hätte am Sonntage Hochzeit gehabt und als er Montag zur Arbeit gehen wollte, erfahren, daß gestreikt werde. An der Auebrücke hatte der Zug gestockt, weil die Schupo den Zug nicht durchlassen wollte. Nach einigem Verhandeln der Vordersten sei der Weg freigegeben. Die Beamten seien in die Tiergartenstraße getreten. Er sei zu ihnen gegangen und hätte gesagt, Kameraden, legt die Waffen nieder. Ihr wißt nicht, wie weh der Hunger tut. Darauf hatte ein Wachtmeister erwidert: „Geh weg, sonst steche ich dich in den Wanst." Er hätte doch nur das Blutbad vermeiden wollen. Er sei dann zur Auebrücke gebracht worden und da hätte es geheißen, Sie kaufen wir uns noch persönlich. Der Angeklagte Becker will nur deshalb verhaftet worden sein, weil er Tote und Verwundete hätte fortschaffen wollen. Der Angeklagte Lange, ebenfalls als einer der Rädelsführer angesehen, will nur hinter die Kette der Schupo gedrängt worden sein. Er hätte das grausige Bild des Blutvergießens mit angesehen und deshalb abgeraten, weiter zu schießen. Er sei gefallen und habe dabei Beamte niedergerissen, weshalb angenommen sei, er habe sie angegriffen. Der Angeklagte Elze hat einen Kolbenschlag auf den Kopf erhalten, weshalb angenommen ist, er hätte angegriffen. Die meisten der anderen Angeklagten sind verwundet. Sie sind weniger belastet als die ersten vier. Um 4 Uhr mußte, damit die auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten nach Hause reisen konnten, die Verhandlung abgebrochen werden.

Ich bin die Kundschaft!!!

In einer Verfügung der Reichsbahn heißt es: „Jeder einzelne Bedienstete muß in dem Reisenden einen willkommenen Kunden seiner Verwaltung erblicken." Hierüber dichtet „Karlchen" in der „Berl. Morgenpost":

Ich les' es mit jauchzendem Munde,
Mir schunkelt vor Wonnen der Bauch:
Sonst hieß nur, wer tippelte, „Kunde",
Jetzt heißt so der Fahrgast auch.

Nun fahr' auf der Dampfroßbeschienung
Ich doppelt so gern wie bisher.
Ich rufe: „He, Schaffner, Bedienung!"
Er haucht: „Bitte gleich, bitte sehr!"

Daß jeder sich wohl fühlt und heil ist,
Bemüht er sich eilzuggeschwind:
Wenn überheizt mein Abteil ist,
Gleich kommt er und fächelt mir Wind.

Er bettet, wie'n Kind in die Wiege,
Mich selbst in der Vierten famos,
Und wenn keinen Sitzplatz ich kriege,
So nimmt er mich halt auf den Schoß.

Stets dienernd verrenkt er die Glieder
So tief fast, als sei er beschwipst.
„Beehren Sie uns bald wieder!"
So flüstert er, wenn er knipst.

Nie herrschen mehr Streit und Skandal in
Den Zügen, wie ehmals, o Graus.
„Empfehlen Sie uns der Gemahlin",
So knixt er, steige ich aus.

Und wenn er sich etwa versündigt
Und nennt mich nicht „Exzellenz",
Dann — kriegt er die Kundschaft gekündigt,
Dann geh' ich zur Konkurrenz!!

Soll man Südfrüchte essen?

Was der Arzt dazu sagt.

Berge von Apfelsinen, Mandarinen und Zitronen sind fast in jedem Laden aufgestapelt und der Preis ist erstaunlich billig. Bedenkt man, daß Apfelsinen nur in Ausnahmefällen angefault bezw. verdorben sind, so wird man augenblicklich die Apfelsinen zu den preiswertesten Früchten rechnen müssen.

Diese ebenso preiswerte wie reichliche Zufuhr der herrlichen Südfrüchte, von denen augenblicklich viele tausend Zentner täglich von Hamburg aus nach allen Teilen Deutschlands geschickt werden, müssen wir mit Freuden begrüßen. Lange genug hat der „Normal-Mensch" in Deutschland auf diesen Genuß verzichten müssen, lange genug hat gerade die heranwachsende Jugend an Schokolade und Bonbons herumgeknabbert und herumgelutscht, um in die Eintönigkeit der üblichen Ernährungsweise auf möglichst billige und einfache Weise etwas Abwechselung zu bringen. Um so mehr sollte man jetzt die Gelegenheit wahrnehmen und sich den Genuß der schönen, saftigen, aromatischen Orangenfrüchte so ergiebig wie möglich gönnen. Denn es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, der Genuß von Apfelsinen oder Mandarinen stellt nur einen Leckerbissen, ein Erfrischungsmittel oder eine Luxusnahrung dar. Vielmehr ist dieser Genuß für uns, und besonders für die heranwachsende Jugend, von beträchtlicher, hygienischer Bedeutung, da der Saft dieser Früchte gewisse lebenswichtige Substanzen in verhältnismäßig reichlicher Menge enthält, die für unsere Ernährung und unser Wachstum von hohem Werte sind.

Die früher herrschende Anschauung, daß frisches Obst so gut wie gar keinen Nährwert besitzt, sondern nur einen Genußwert, hat sich als unzutreffend erwiesen, seitdem die chemische und medizinische Wissenschaft erkannt hat, daß der Nährwert eines Lebensmittels keineswegs nur auf seinem Gehalt an Eiweißstoffen, Fetten und Kohlehydraten bezw. auf seinem Kalorienwert beruht, sondern daß auch eine kalorienarme Nahrung sehr wohl einen nicht zu unterschätzenden Nährwert besitzen kann, den man als „Sondernährwert" bezeichnet hat. Einen derartigen

Sondernährwert

besitzt nun in hervorragendem Maße der Saft frischen Obstes, und zwar beruht er auf dem Gehalt der Obstsäfte an gewissen Extrastoffen, zu denen neben den Fruchtsäuren und gewissen Mineralsalzen vor allem die chemisch wie physiologisch merkwürdige Gruppe der Vitamine gehört. Vitamine heißt übersetzt: Stickstoffhaltige Stoffe, die wir zum Leben benötigen. Insofern, als einige dieser Stoffe gar keinen Stickstoff enthalten, ist der Name „Vitamine" nicht recht glücklich gewählt, and man bezeichnet diese Körperklasse daher zweckmäßiger als Ergänzungsstoffe, da dieser Name über die Natur jener Stoffe weiter nichts aussagt, als daß dieselben die üblichen Nährstoffe Eiweiß, Fett, Kohlehydrate und Salze erst zu einer vollständigen bezw. vollwertigen Nahrung ergänzen.

Wenn im Verlauf der letzten Jahre in verschiedenen deutschen Großstädten wiederholt Skorbuterkrankungen vorgekommen sind, so hängt dies in erster Reihe mit der unzureichenden oder allzu einseitigen Ernährungsweise zusammen, da ein großer Teil der Großstadtbevölkerung sich den Genuß von Obst, Gemüse und anderen vitaminreichen Lebensmitteln versagt hatte in der Annahme, daß der Genuß dieser Lebensmittel ja doch nur einem unnötigen und für die normale Ernährung überflüssigen Luxus darstelle, zumal er ja nicht sättige. Diese Anschauung ist also irrig, und durch den hohen Vitamingehalt gewinnt der Genuß des frischen Obstes bezw. der Obstsäfte erhöhte hygienische Bedeutung.

Die pharmazeutische Industrie ist neuerdings vielfach bemüht, auf verhältnismäßig umständliche und dementsprechend kostspielige Weise „Vitaminpräparate" herzustellen, wobei es mitunter noch fraglich erscheint, ob diesen Präparaten die ursprüngliche physiologische Vitaminwirkung auch tatsächlich noch innewohnt. Als die wirksamsten, schmackhaftesten und zugleich wohlfeilsten „Vitaminpräparate" sind wohl in erster Reihe die natürlichen Obstsäfte anzusehen, und aus diesem Grunde ist der Genuß von Apfelsinen besonders zu empfehlen.

*

× **Voltaire irrt.** Ein Engländer besuchte einmal Voltaire und erzählte ihm, daß er sich einige Zeit bei dem Berner Naturforscher und Dichter der „Alpen" Albrecht von Haller aufgehalten habe. Voltaire ruft erfreut aus: „O, Haller ist ein großer Mann, ein großer Dichter, ein großer Naturforscher, ein großer Philosoph, ein Universalgenie!" „Nun", meint der Besucher, „Ihre Ueberzeugung ehrt Sie umso mehr als Haller gegen Sie nicht so gerecht ist!" — „Ach", erwidert Voltaire, „vielleicht irren wir alle beide?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0007

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

§ **Wie Storm die „Chronik von Grieshuus" schrieb.** Zu den Meisternovellen Theodor Storms gehört die ergreifende historische Erzählung „Zur Chronik von Grieshuus". Wie der Dichter auf diesen packenden Stoff kam, zeigt ein schöner Brief an Theodor Fontane, der in dem soeben erschienenen neuesten Autographen-Katalog der Firma Henrici veröffentlicht wird. „Es freut mich herzlich," schreibt Storm, „daß auch ihnen und ihren Lieben das alte Grieshuus einige Teilnahme erweckt hat. Ich war früher nie unsicher, obs gut geworden, jetzt im Alter ist es anders und wenn meine Freunde zufrieden sind, so freut mich das mehr als sonst." Über die Entstehung schreibt er dann: „Dr. Mannhardt, der viel in Italien gelebt, erzählte mir, ein dortiger Marquis habe ihm einmal mitgeteilt, bei seinem Gute wohne ein Einsiedler, aber er müsse ihm alle Jahre auf einige Tage im Gute Quartier geben, weil dann die „schlimmen Tage" seien, wo es nicht gut da draußen sei. Ich fragte Mannhardt: „Woher kommen denn diese Tage?" „Ich glaube," sagte er, „ein Brudermord oder so etwas war der Grund." Das war der Perpendikel-Anstoß. Ich glaube, es ist jetzt gut schleswig-holsteinisch."

§ **Eine neu aufgefundene Kant-Büste.** Eine Büste von Emanuel Kant, das Werk des französischen Bildhauers Bardour, ist vor kurzem aufgefunden worden. Die Büste war jahrzehntelang im Besitz des Professors für mittelalterliche Geschichte der Universität Halle, Geheimrat Dümmler, der keine Ahnung hatte, wen die Büste darstelle und aus wessen Hand sie stamme. So stand die Büste in seinem Garten unter freiem Himmel, Wind und Wetter schonungslos preisgegeben. Sie hat dadurch sehr gelitten. Die Büste ist vom Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin angekauft worden. Über die sehr merkwürdigen Schicksale dieser Büste und ihren künstlerischen Wert wird der Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums in Berlin, Dr. Demmler, Bodes Nachfolger, in dem Kant-Festheft der Kant-Gesellschaft, das anläßlich Kants 200. Geburtstag erscheint, eingehend berichten.

§ **Die Wartburg in Not.** Wie der Verein „Freunde der Wartburg" in Eisenach mitteilt, und von der Wartburg-Stiftung bestätigt wird, sind Nachrichten, die behaupten, daß Geld zur Wiederherstellung der Wartburg vorhanden wäre, nicht zutreffend. Bisher hat der Verein „Freunde der Wartburg" nur die gröbsten Schäden an Dächern, Mauern und Fenstern der Burg beseitigt und im Innern überall da, wo der alte Estrichboden zur Zerstörung der Fresken beigetragen hatte, den Estrich entfernen und Solnhofer Schieferplatten verlegen lassen. Außerdem wurde als erste der Schwindschen Fresken das Bild vom Sängerkrieg von dem zerstörenden Kalkbeschlag durch chemische Mittel ohne Übermalen von dem Bildwiederhersteller Gerhardt, Düsseldorf, befreit. Im März d. J. folgt die Wiederherstellung aller übrigen Schwindschen Fresken und die große Ausbesserung an der Pallaswand. Nur soweit reicht bisher das Geld der Freunde, die außerdem sämtliche Geschäftsunkosten der Wartburg aus ihren Mitteln bezahlt haben, mit Ausnahme der Gehälter an die letzten noch nicht entlassenen fünf Wartburg-Beamten. Bei der Ausdehnung und der großen Anzahl von Gebäuden der Burg werden auch bei bleibender Währung die Mittel der Stiftung nie ausreichen, über ihre Personalausgaben hinaus bauliche und künstlerische Ausbesserungsarbeiten vornehmen zu lassen. Das eben ist das Ziel und wird die ständige Sorge sein des Vereins „Freunde der Wartburg": Die Erhaltung von Wartburg und Wartburgkultur.

Vermischte Nachrichten.

× **Nachttänze in Newyork.** Die Newyorker Polizei hat, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, soeben bei Verfolgung verbotener nächtlicher Vergnügungen einen bedeutenden Fang gemacht. Bei einem großen Streifzug wurden im Majestic Club 290 Verhaftungen vorgenommen. Sieben verhaftete Frauen werden der Teilnahme an Nachttänzen beschuldigt. 185 der Verhafteten mußten eine Nacht im Polizeigefängnis zubringen. Schließlich wurden sämtliche zu 5 Dollars Geldstrafe verurteilt.

* **Die lebendige Kiste.** In dem Juweliergeschäft Goebel in Friedenau-Berlin wurde ein unglaublich frecher Einbruchsdiebstahl ausgeführt: Der Besitzer schloß mittags seinen Laden, um zu Tisch zu gehen. Kaum war er weg, da erschienen mehrere junge Burschen mit einem Handwagen, auf dem sich eine große Kiste befand. Sie luden die Kiste ab und stellten sie vor die Tür des Juwelenladens. In der Kiste war ein Komplize eingeschlossen, der von der Kiste aus ein Loch in die Türfüllung sägte, so in den Laden eindrang und alle Kostbarkeiten, Brillanten, Uhren usw. in außerordentlich hohem Werte ausräumte. Er brachte seinen Raub in die Kiste, setzte die Türfüllung wieder ein, seine Helfer luden die Kiste wieder auf den Handwagen und fuhren fort. Während der verhältnismäßig langen Zeit, da die Kiste auf der Straße vor der Tür stand, und die Burschen auf den Juwelier warteten, sagte eine Nachbarin, sie möchten die Kiste doch einstweilen bei ihr unterstellen. Die Burschen antworteten, daß 250 Mark zu bezahlen seien, die sie kassieren müßten. Als sie fortfuhren, sagten sie, daß sie wiederkommen würden, wenn der Inhaber wieder zurück wäre. Als der Juwelier zurückkehrte, setzte er sich sofort in sein Auto und versuchte nun, jedoch vergebens, den Handwagen noch in den Straßen Berlins zu entdecken.

*

Festnahme von Kreditschwindlern.

Unter Führung des noch minderjährigen Schriftstellers Hans Turwald gründeten im Sommer 1923 die Kaufleute Anton Helble, Erich Otto und Wilhelm Turwald die Geoma G. m. b. H., Gesellschaft für Optik und Mechanik, Gutenbergstraße 132 in Stuttgart, und die Blausiegel G. m. b. H., Spezialfabrik für Klein-Schreibmaschinen, Bismarckstraße 48 in Stuttgart. Beide Firmen boten durch Zeitungsanzeigen im In- und Ausland Schreibmaschinen, die sie gegen Voreinsendung des Kaufpreises zu liefern versprachen, an. Da die Anpreisungen den Anschein eines besonders günstigen Angebots erweckten, gingen Bestellungen in großer Zahl ein. Die Firmen versuchten zunächst die Besteller mit einem primitiven Kinderspielzeug zu befriedigen. Als dies einen Sturm der Entrüstung hervorrief, unterließen sie trotz des Empfangs erheblicher Beträge in damals noch hochwertigen ausländischen Zahlungsmitteln die Lieferung von Schreibmaschinen und boten dafür andere Waren an. Infolge dieses Geschäftsgebahrens gingen dem Polizeipräsidium Dutzende von Strafanzeigen zu. Ungeachtet des von den Strafverfolgungsbehörden eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen Betrugs und unlauteren Wettbewerbs hat nun die Firma Blausiegel neuerdings wieder in etwa 500 Zeitungen eine Klein-Schreibmaschine, die sie weder besitzt noch in der angebotenen Art zu beschaffen vermag, angepriesen und Vorauszahlungen verlangt. Die Besteller wurden mit späterer Lieferung vertröstet, nur besonders aufsässigen sollten Maschinen, die im Zwischenhandel erworben wurden, geliefert werden. Durch die Schwindeleien der beiden Firmen ist in ausgedehntem Maße auch das Zeitungsgewerbe betroffen, da ähnlich wie in früheren Fällen, die Bezahlung der Inserationskosten größtenteils unterblieb. Die Aufnahme der Inserate in ausländischen Zeitungen ist durch Vorspiegelung von Beständen bei einer Stuttgarter Bank erreicht worden. Die Haupttäter Hans Turwald, der vor einiger Zeit auch bei der Gründung eines Verlagsunternehmens unlauterer Machenschaften sich bedient hat, und Anton Helble sind nun festgenommen worden. Dadurch ist die Fortsetzung von Betrügereien, die nicht nur einzelnen Vermögensschaden zugefügt, sondern auch dem deutschen Ansehen im Ausland Abbruch getan haben, ein Riegel vorgeschoben worden.

*

Eine Explosionskatastrophe in Kehl.

In der Brikettfabrik zu Kehl ereignete sich durch Selbstentzündung von Kohlenstaub eine Explosion. Es wurden vier Arbeiter getötet, mehrere verletzt. Das entstandene Feuer konnte bald gelöscht werden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Der Kreisdelegierte sowie der kommandierende General des Brückenkopfes Kehl haben den Hinterbliebenen, den Verletzten, sowie der Sachverwaltung ihre Anteilnahme ausgesprochen. Die Besatzungsbehörde hat wissen lassen, daß sie bei der Beisetzung der Opfer sich vertreten lassen werde. Der angerichtete Materialschaden erstreckt sich insbesondere auf das Dach, das vollständig weggefegt worden ist.

Empfehle preiswert in guter Qualität:
Reform-Schlupf-Hosen
für Damen und Kinder in allen Größen, auch extraweit, d'blau, grau und normalfarbig.
Küblers gestrickte **Reform-Hosen** für Damen und Mädchen
Ferner sämtliche mod. u. praktische **Wollwaren.**
A. Henckel Oelgrube 29 Fernsprecher 645.

Schlechte Zeit!
daher kitte durchgebrannte Kochtöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenstände wasser- und feuerfest mit dem Emaillekitt „Lieber Heinrich".
zu haben in allen Drogerien. — Hauptniederlage bei **Paul Ehlert Nachf.**, Haus- und Küchengeräte.

Die Gartenlaube
das echte deutsche Familienblatt, die Zeitschrift für alle Volkskreise mit Beilage „Die Kindergartenlaube", hat soeben den neuen Jahrgang begonnen. Wöchentlich 1 Heft à 30 Goldpfennig. Auch zur pünktlichen Lieferung sämtlicher Zeitschriften, Modenzeitungen usw. empfiehlt sich
Emil Berndt, Buchhandlg., Merseburg, Schmale Straße 13.

Margarine!
Bedeutendes, leistungsfähiges Werk hat Vertretung mit Konsignationslager zu vergeben. Angebote von tüchtigen rührigen Herren mit Angabe von Referenzen erbeten unter 962 an die Exped. d. Bl.

Grundstück
mit 2 Toreinfahrt., Stallung und Garten, passend für Niederlage, sof. zu verkauf. Bandick, Ob.-Kriegstedt 15.

Generalvertretung
Die Erfindung eines von der Landwirtsch. und Industrie seit Jahr. dringend gesuchten Artikels ist gelungen! Von landw. Behörden warm empfohlen. Als die Fabrikanten errichten wir Alleinverkauf bzw. Zweigniederlassungen im In- u. Auslande. Keine Lizenzgebühr! Zur Uebernahme woll. sich nur kapitalkräftige Herren und Firmen melden. 20 Pfg. Rückporto ist beizulegen. Off. unt. Nr. A. L. 853 an Ala in Augsburg D. 188.

Deutsche demokratische Partei
Kreisverein Merseburg
Kreisparteitag
Donnerstag, den 28. Februar, nachm. 3 Uhr, in Merseburg, Restaurant „Hohenzollern", Teichstraße.
Tagesordnung:
1. Berichte.
2. Organisation.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.
Vortrag: **Die kommenden Wahlen.**
Zum Parteitag sind die Vertreter der Ortsvereine und die Vertrauensleute auf dem Lande hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Der „Merseburger Korrespondent" ist die in Stadt und Kreis Merseburg meistgelesene Tageszeitung. Darum haben kleine Anzeigen in demselben nachweisbar den besten Erfolg.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 8 | Mittwoch, den 27. Februar | 1924

Aufruf des Stadtnotgeldes.

Sämtliches auf Papiermark und Goldmark lautende Notgeld der Stadt Merseburg wird hiermit zur Einlösung aufgerufen. Die Einlösung erfolgt bis zum 27. März 1924 bei unserer Stadtsparkasse.

Merseburg, den 27. Februar 1924.

X. 1224/23. Der Magistrat.

Betrifft: Gewerbesteuerzahlung ab 1. April 1924.

Die städtischen Körperschaften müssen noch im März über die Höhe der Gewerbesteuerzuschläge für die Zeit nach dem 1. April 1924 beschließen.

Die Gewerbesteuer wird nach den neuen gesetzlichen Vorschriften nach 1 vom Hundert des Ertrages und nach 1 vom Tausend des Gewerbekapitals erhoben. Zu diesen Grundbeträgen erheben die Gemeinden Zuschläge. Um für die Beschlußfassung der städtischen Körperschaften Unterlagen für die Höhe der voraussichtlichen Grundbeträge zu haben, werden sämtliche Gewerbetreibenden aufgefordert, dem Stadtsteueramt binnen einer Woche anzugeben:

a) Roheinnahme im Januar 1924,
b) gezahlte Löhne und Gehälter im Januar 1924,
c) Höhe des Gewerbekapitals am 31. Dezember 1923 in Goldmark.

Das Gewerbekapital umfaßt sämtliche dem Gewerbebetrieb dauernd gewidmeten Werte (z. B. Grundstücke, Grundstücksteile, Inventar, Warenvorräte, Maschinen, Betriebsmittel; bei gemieteten Grundstücken den Mietwert).

Die rechtzeitige Angabe liegt im Interesse jedes einzelnen Gewerbetreibenden. Betriebe, die keine Angaben machen oder deren Angaben verspätet eingehen, können bei der Zusammenstellung der Steuergrundbeträge nicht berücksichtigt werden. Die Höhe der Zuschläge kann sich nach Maßgabe des städtischen Bedarfes nur nach den eingegangenen Unterlagen richten. Ergibt die spätere Veranlagung höhere Grundbeträge als angegeben und würden nach diesen Grundbeträgen geringere Zuschläge erforderlich gewesen sein, so hat den Nachteil von der erhöhten Steuer die Gesamtheit der Steuerpflichtigen und jeder einzelne von ihnen. Es wird daher dringend um genaue und rechtzeitige Angaben gebeten.

Merseburg, den 27. Februar 1924. V. 6736/23.

Der Magistrat.

11] **I. Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung.**

Die städtischen Körperschaften haben am 19./25. Februar 1924 — V. 6627/22 — den 1. Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung vom 18. September 1923, nach welchem die Pauschsteuersätze wesentlich erhöht sind, beschlossen. Der Nachtrag hängt vom 27. Februar bis 12. März 1924 im Rathaus am Markt aus.

Merseburg, den 27. Februar 1924.

V. 6735/23. Der Magistrat.

Jagdpachtgeld für den südlichen Jagdbezirk.

Der Verteilungsplan über die für die Zeit vom 1. 6. 1923 bis 31. 5. 1924 auszuzahlenden Jagdpachtgelder liegt vom 28. Februar bis 13. März 1924 in der Kämmereikasse zur Einsicht und Auszahlung aus.

Einsprüche gegen die Verteilung gemäß § 25, Absatz 3, der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 sind innerhalb 2 Wochen vom 14. März d. J. ab gerechnet beim Jagdvorsteher zu erheben.

Merseburg, den 25. Februar 1924.

II. 2[illegible]/23. Der Jagdvorsteher.

10] **Mietzahlung ab 1. März 1924.**

Auszug aus dem Erlaß des preußischen Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 19. 2. 1924 — II 6 Nr. 731 —.

Die Zuschläge zur Friedensmiete in Gold betragen:

1. für Verwaltungskosten, Zinssteigerung, Steigerung der Kosten für Erneuerung der Grundstücksbelastung 5 v. H.;
2. für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Schönheitsreparaturen 12 v. H.;
3. für die Betriebskosten 15 v. H.

Bei der Festsetzung eines Sonderzuschlages für große Instandsetzungsarbeiten gemäß Ziffer XXVII der Ausführungsbestimmungen vom 4. August 1923 darf das Mieteinigungsamt 3 v. H. der Jahresfriedensmiete im Einzelfalle nicht überschreiten.

Als Schönheitsreparaturen gelten: das Tapezieren, Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und Fenster, das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen.

Für diejenigen Gemeinden, die gemäß Ziff. XIX der Ausführungsbestimmungen vom 4. August 1923 die Schönheitsreparaturen aus dem allgemeinen Hundertsatz für laufende Instandsetzungsarbeiten herausgenommen haben, ermäßigt sich der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten um 4 von H. auf 8 von H.

Zu den Betriebskosten gehören die unter B 10 Nr. 1 bis mit 10 der Ausführungsbestimmungen vom 4. August 1923 genannten Kosten. Hierbei wird unterstellt, daß in dem Betriebskostenzuschlag von 15% für Wassergeld 3% der Friedensmiete enthalten sind. Weist der Vermieter den Mietern bezw. der Mietervertretung nach, daß er mit diesem Hundertsatz nicht ausgekommen ist, so kann er den 3% der Friedensmiete übersteigenden Betrag für Wassergeld auf die Miete umlegen. In denjenigen Gemeinden, in denen der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer (Grund- und Gebäudesteuer) mehr als 100% beträgt, sind die Vermieter berechtigt, auch den 100% übersteigenden Betrag auf die Mieter umzulegen. Gemeinden, in denen an Stelle eines Zuschlages zur staatlichen Grundvermögenssteuer eine selbständige Grundsteuer erhoben wird, haben den Satz dieser Grundsteuer bekannt zugeben, der einem Zuschlag von 100% zur staatlichen Grundvermögenssteuer entspricht. Soweit die selbständige Grundsteuer diesen Satz übersteigt, ist ihre Umlage gestattet.

Reichen im übrigen die 15% der Friedensmiete zur Deckung der von den Vermietern geforderten Betriebskosten nicht aus, so kann der ungedeckte Mehrbetrag bis zur Höhe von 3% der Friedensmiete umgelegt werden. Hat ferner der Vermieter im Monat Februar nachweisbar für Wassergeld mehr als 3% der Friedensmiete gezahlt, und ist er im übrigen mit einem Betriebskostenzuschlag von 18% nicht ausgekommen, so kann er die Mehrkosten für Wassergeld auf die Mieter umlegen. Das Gleiche gilt für den Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, soweit er im Monat Februar 100% überstiegen hat.

Die Umlage hat nach dem Verhältnis der Grundmiete zu erfolgen.

Kommen in einem Zahlungsabschnitte umlagefähige Betriebskosten nicht zur Umlage, so sind die hierdurch gesparten Beträge bei der nächsten Mietzahlung in Anrechnung zu bringen. Hat der Vermieter umlagefähige Betriebskosten für einen längeren Zeitraum im voraus zu entrichten, so muß er diese gleichmäßig für den Zeitraum, für den die Zahlung erfolgte, auf die einzelnen Mietzahlungstermine verteilen.

Gez. Hirtsiefer.

Veröffentlicht!

Die umzulegenden 10% der Grundvermögenssteuer ergeben nach amtlichen Unterlagen hier etwa ½% der Friedensmiete. Statt Umlegung wir daher Erhöhung des Betriebskostenzuschlages auf 15½% empfohlen.

Merseburg, den 27. Februar 1924.

M. A. 624/23. Der Magistrat.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

In meinem Geschäft werden **Lampen bezogen** in allen Stoffarten (selbige können durch Handmalerei verziert werden). **Paul Geheb.**

Radikal-Mittel zur Vertilgung von **Ratten u. Mäusen** Apotheke Lauchstädt.

Ich bin stets Abnehmer von **Schafwolle** in allen Quantitäten von Händlern und Landwirten. Beste Strickgarne zum Tausch stets vorrätig! **Pohl,** Sophienstraße 36 **Leipzig** Telef. 11516. Angeb. immer erwünscht.

Leere Weiss- und Rotwein-Flaschen kaufen jeden Posten **Thiele & Franke.**

Freibank. Donnerstag und Freitag: **Fleisch-Verkauf!**

Erstkl. Piano zu vermieten!! Preis Monat 10 Mark. Zu erfragen in der Exp. d. Z.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0008
DFG

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis vierzehntägig 1,10 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte wöchentlich 53 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Goldpfennig, bei 8 Seiten 20 Goldpfennig, Sonnabends 25 Goldpfennig.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 3.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt Merseburg

mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem zwanglos erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennig Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 49 — Mittwoch den 27. Februar 1924 — 50. Jahrg.

Zwei Reden.

Es sind gestern zwei Reden im Reiche gehalten worden, die gehört werden müssen: der Rechenschaftsbericht des Reichskanzlers und Hitlers Rede vor Gericht.

Der Reichskanzler sprach sachlich und knapp, eine Fülle Material in kurzer Zeit zusammendrängend. Hitler sprach dreieinhalb Stunden rhetorisch, donnernd und säuselnd, mit Aufwand aller rednerischen Mittel, und gab ein buntes Gemisch von politischer Theorie, Rassenlehre, eigener Biographie, Revolutionsgeschichten und anklagender Darstellung des Novemberputsches.

Ein Gegensatz zwischen beiden Rednern, wie er charakteristischer nicht gefunden werden kann. Der Kanzler redet unter der Last der Verantwortung, aber mit dem Freiheitsgefühl erfüllter Pflicht. Sein Rechenschaftsbericht ist zugleich eine Forderung und Warnung. Nicht zerstören, was im Interesse der wirtschaftlichen Rettung an Notmaßnahmen bestehen bleiben muß! Keine Wahlagitation, sondern Staatspolitik! Wo es sein muß, harte, rücksichtslose Staatspolitik! Nur jetzt kein parlamentarisches Gezänk, keine Parodie der Demokratie; besser aushalten und auch die unvollkommene Lösung der — Auflösung vorgezogen, die unaufhaltsam ist, fällt die Beherrschung der Geldlage fort. Konzentration auf diesen einen Punkt, Selbstbeherrschung in der Übergangszeit.

Mit Festigkeit kündigte Marx an, daß der Reichstag aufgelöst wird, wenn er gegen diese Notmaßnahmen vorgeht.

So sprach er als der Hauptträger der Realpolitik, die in schwerer Zeit unter Opfern zu übernehmen er und die Reichsminister den Mut hatten (wie schwer das ist, wird selten anerkannt; am wenigsten von den Oppositionellen, die zur eigenen Übernahme der Verantwortung den Mut nicht haben; es sei nur daran erinnert, daß die Männer der Wirtschaft sich stets scheuen, den Posten eines Finanz- oder Wirtschaftsministers zu übernehmen!). Die kurze, inhaltschwere Rede von Marx ist als Rechenschaft und politische Forderung an die Nation ein Zeitdokument — aus den Kreisen, die wissen, worauf es realpolitisch ankommt, die keine Politik der Programme und Utopien und Agitationen treiben, sondern angesichts bitterster Volksnot: Tatsachenpolitik, Verantwortungspolitik, Staatspolitik.

Wie anders klingt die Hitlerrede!

In ihr quirlt und sprudelt ein leidenschaftliches Chaos politischer, geschichtlicher und rassetheoretischer Aphorismen, gut vorgetragen, aber als Ganzes trostlos unklar, verworren wie das ganze nationalsozialistische Programm, in dem machtpolitische Forderungen mit sozialistischen Brocken zu einem heillosen Gewirr gemengt sind.. Und Männer mit solchen verwirrten Ansichten meinten mit einem „Zug gegen Berlin", gegen die „marxistische Reichsregierung", in der am 9. November schon kein einziger „Marxist" mehr saß, das „Reich zu retten", meinten mit einem innenpolitischen Reinigungskrieg etwas auszurichten gegen eine waffenstarrende Auslandswelt; die meinten, es verantworten zu können, die Brandfackel ins Land zu werfen!

Warten wir den weiteren Verlauf des Prozesses ab, der allerdings wohl gerade bei entscheidenden Wendungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden wird (nicht vollständig, wie eine gestrige Mittagsmeldung besagte)

So stehen diese beiden Reden gegenander: unrhetorisch, sachlich tiefernst die eine, rhetorisch, utopisch, unklar und leidenschaftlich die andere.

Kann es einen Zweifel geben, wo das wirkliche Führertum liegt? Die Frage geht an das Volk, das wählen soll, wählen muß zwischen beiden Richtungen. B.

In der Pfalz.

Französischer Judassold für die Separatisten.

Speyer, 27. Febr. (T.U.) Das Regierungsgebäude in Speyer wird heute der rechtmäßigen pfälzischen Kreisregierung zurückgegeben. Die Separatisten sind jetzt bis auf 50 Mann abtransportiert worden. Von den Mannschaften erhielt jeder Verheiratete 250 Franken und jeder Unverheiratete 200 Franken bei der Entlassung. Das Geld wurde von den Franzosen zur Verfügung gestellt.

Eine neue Ordonnanz der Rheinlandkommission.

Koblenz, 27. Febr. (T.U.) Durch eine neue Ordonnanz der Rheinlandkommission Nr. 245 werden Vereine verboten, deren Ziele und Tätigkeit sich gegen die öffentliche Ordnung, die Sicherheit und Unterbringung der Besatzungstruppen richten. Mitgliedern solcher Vereine wird eine Geldstrafe bis zu 2000 Goldmark und eine Gefängnisstrafe oder eine dieser beiden Strafen angedroht, wenn es sich um Vereine handelt, die eine geheime Tätigkeit entfalten oder ihre Tätigkeit auf das besetzte Gebiet ausdehnen, obwohl sie außerhalb desselben ihren Sitz haben, soll die Strafe auf das Doppelte erhöht werden. Wer einem Verein angehört, der Anschläge auf das Leben der Mitmenschen organisiert oder die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Goldmark und Gefängnisstrafe bis zu zehn Jahren, im Falle einer Verschwörung zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden.

*

De Metz entzieht sich der Verantwortung.

Speyer, 27. Febr. (T.U.) Die Repressalien, welche die französische Besatzungsmacht gegen die Pfälzer ergriffen hat, die zur Selbsthilfe gegen die Separatisten schritten, wurden vom Vorsitzenden des Kreisausschusses, Bayersdörffer, in der Besprechung der pfälzischen Kreisregierung mit den pfälzischen Pressevertretern eingehend besprochen. General d Metz sucht die Verantwortung für die Repressalien dadurch abzulehnen, daß er den Dualismus zwischen den militärischen Stellen und den zivilen Verwaltungsstellen dafür verantwortlich macht. Er habe jedoch eine Intervention bei der Rheinlandkommission zugesagt. Der stellvertretende Regierungspräsident Stähler trat der Auffassung der französischen Militärs entschieden entgegen, daß es in der Pfalz Geheimorganisationen gebe, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdeten. Bei dieser Gelegenheit stellte der Regierungsdirektor fest, daß die Pfälzer Kreisregierung nicht unter dem Kommando der Geschäftsstelle der Regierung der Pfalz in Heidelberg stehe, sondern direkt mit den bayerischen Regierungsstellen zusammenarbeite. Die Geschäftsstelle in Heidelberg werde in dem Augenblick aufhören, sobald die ausgewiesenen pfälzischen Regierungsmitglieder ihren Dienst in der Pfalz wieder aufgenommen hätten.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Der Reichskanzler appelliert an die Vernunft. — Lieber entbehren als eine neue Inflation!

Berlin, 27. Febr. (Priv.-Telegr.)

Zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung erfolgte die Regierungserklärung:

Reichskanzler Marx:

Am 8. Dezember v. Js. hat der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung die Vollmacht erteilt, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die wachsende Not von Volk und Reich dringend erforderlich waren. Drei Ziele, untrennbar voneinander, waren es, die damals allen denen, denen es ernstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem drohenden Verfall zu retten, als erstrebenswert vor Augen standen: **Beibehaltung des Währungsstandes,** wie er durch die vom Kabinett Stresemann eingeleiteten Reformen geschaffen worden war, ferner **Bilanzierung des 1924 vorzulegenden Etats** und endlich **die Wiederbelebung der Wirtschaft.** Ausgerüstet mit diesem Ermächtigungsgesetz hat dann die Regierung eine große Zahl von Verordnungen erlassen, die sich fast auf alle Aufgabenkreise des Staates erstrecken.

Als eine für unser Wirtschaftsleben besonders bedeutungsvolle Tatsache stelle ich fest:

Die Mark ist seit Mitte November v. Js. bis heute auf derselben Werthöhe geblieben.

Der Haushalt, wie er, wenigstens in rohen Umrissen, den von der Reparationskommission entsandten Sachverständigen vorgelegt werden konnte, balanciert hinsichtlich der inneren Ausgaben des Reiches, freilich unter schweren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über die Steuern und Zölle auch des Rhein- und Ruhrgebietes ist. — Leider konnten die Erfolge, die wir aufzuweisen haben, nur erreicht werden durch ungemein harte, ja man kann sagen

rücksichtslose und tiefeingreifende Maßnahmen.

Ich denke hier in erster Linie an die Personalabbauverordnung. Ich denke ferner an die Festsetzung außerordentlich geringer Goldgehälter für die Beamten, an die Verlängerung der Arbeitszeit, an die Frage der Aufwertung usw.

Die Reichsregierung hat, obwohl menschliches Empfinden häufig dem widerstebte, unentwegt den Weg der Pflicht eingehalten.

Dessen können wir uns versichert halten: Geraten wir noch einmal in eine Inflation, dann ist auch der steilste und steinigste Rückweg zu einer Konsolidierung unserer Verhältnisse verschlossen, dann ist jeder weitere Versuch, unsere Mark zu stabalisieren, vollkommen ausgeschlossen, dann ist unsere Wirtschaft ruiniert und damit das Schicksal unseres Volkes besiegelt.

Freilich wird ohne eine Besserung unserer außenpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Stückwerk bleiben.

Wirtschaftliche Sachverständige der in der Reparationskommission vertetenen Länder sowie der Vereinigten Staaten von Amerika haben eine Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit vorgenommen.

Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage:

es ist von uns bei den zahlreichen bisherigen Versuchen, diese Frage zu lösen, stets als verhängnisvoll empfunden worden, daß dieses Problem überwiegend von der politischen Seite aus angefaßt wurde. Daher begrüßen wir es, daß endlich Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage betraut wurden, und sehen ihrer Entscheidung, wenn auch ohne übertriebenen Optimismus, so doch mit der Zuversicht entgegen, die sich auf die Urteilskraft und das moralische Verantwortungsgefühl von Männern dieser Größenordnung gründet.

In die Volksvertretung setze ich das Vertrauen, daß sie das Vorgehen der Regierung billigen wird, wenn sie ohne Vorurteil die von der Regierung erlassenen Verordnungen unter dem Gesichtspunkte der großen Ziele, die ich darlegen konnte, betrachtet und beurteilt.

Es ist nicht eine Laune der Regierung, sondern ein Ausfluß ernsten und starken Pflichtwillens, wenn die Reichsregierung hiermit durch mich die Erklärung abgibt, daß sie den **Bestand ihres ganzen Reformwerkes gefährdet und gar vernichtet sieht, wenn auch nur eine von diesen seitens der Reichsregierung als unumgänglich bezeichneten Verordnungen durch den Reichstag aufgehoben oder wesentlich verändert würde.** Sie erklärt, daß sie angesichts der Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, bei Annahme eines Aufhebungsantrages sich genötigt sehen würde, die nach ihrer Ansicht pflichtmäßigen Folgerungen zu ziehen und beim Herrn Reichspräsidenten

die Auflösung des Reichstages zu beantragen,

in der Überzeugung, daß es sich in einem solchen Falle für das wirtschaftliche und nationale Leben des Volkes um unentbehrliche Maßnahmen handelt. Dasselbe gilt auch von der Annahme von Initiativanträgen, die eine wesentliche Abschwächung der von der Reichsregierung als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen bedeuten würden. Die Regierung fordert mit aller Entschiedenheit das Hohe Haus auf, solche Anträge, die bereits gestellt worden sind, zurzeit abzulehnen.

Ich sage ausdrücklich „zurzeit", denn es handelt sich bei allen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen um sog. Notverordnungen. Ihre Geltungsdauer ist so lange bemessen, bis diese Not einigermaßen behoben ist. Alsdann ist die Regierung durchaus gewillt, die Aufhebung oder auch die Verbesserung der lebenswichtigen Notverordnungen vorzunehmen oder zuzulassen.

Zurzeit wird die Regierung jede Veränderung des durch den Erlaß der Verordnungen geschaffenen Zustands als für das Gesamtwohl von Reich und Volk bedenklich und deshalb unmöglich ablehnen, eine Veränderung, die das erreichte Ziel: die Stabilisierung unserer Währung und die Balancierung des Etats in Frage stellt. Die Reichsregierung wird sich mit aller Entschiedenheit einem dahingehenden Beginnen widersetzen und alles, was in ihren Kräften steht, tun, um es zu verhindern.

Die Reichsregierung muß ferner auf das dringendste verlangen, daß von der Beratung der einzelnen auf die Abänderung lebenswichtiger Verordnungen gerichteten Anträge in Reichstagsausschüssen Abstand genommen wird.

Die Reichsregierung erklärt sich jedoch bereit, in eingehenden interfraktionellen Verhandlungen mit den Parteien über die einzelnen Bestimmungen der Vorlage zu beraten.

Es geht nicht um zugkräftige Wahlparolen,

es geht um Leben und Sterben unseres Volkes.

Die Regierung scheut sich nicht, vor Volk und Geschichte die volle Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen in dem Bewußtsein, daß alles, was sie getan hat, dem Wohl von Reich und Volk, dem Bestehen der deutschen Nation, der Rettung vor dem Untergang dienen sollte!"

*

Die Reichstagsdebatte.

Nach dem Reichskanzler, dessen Rede das Haus zwar mit Interesse, aber ohne stark zur Schau kommende Anteilnahme gehört hatte, kam als erster Redner **für die Sozialdemokraten der Abg. Müller-Franken** und man hatte fast den Eindruck, daß seinen Ausführungen mit größerer Spannung entgegengesehen wurde, als der Regierungserklärung. Die Redezeit war auf fünfviertel Stunden verlängert und der sozialdemokratische Sprecher füllte diese Zeitspanne auch vollkommen aus. Auch er befleißigte sich größter Sachlichkeit und **vermied in seinen Darlegungen alles, was auf eine Kampfansage oder auf Ultimatum hinauslaufen könnte.** Er betonte zwar eingangs, daß auch die Aussicht auf eine Reichstagsauflösung seine Partei nicht an sachlicher Einstellung zu der Regierungspolitik behindern werde, und daß diesem Beispiele hoffentlich alle Fraktionen folgen würden. Gleichwohl aber war seine Rede in breiten Teilen eine Billigung und Unterstreichung dessen, was die Auffassung der Regierung ist. Allerdings forderte er in dem zweiten Teil seiner Darlegungen, die von einer politischen Ausschau sich auf das Spezialgebiet der Verordnungen wandten, **für den Reichstag nach dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes das Recht, dessen Verordnungen zu überprüfen und wo es nötig sei, abzuändern.** Besonders bemängelte er, daß die Ermächtigung auf Kosten sozialer und kultureller Belange zu sparen versuchte, in zweiter Linie kritisierte er unter Beibringung ausführlichen Materials die Verordnungen auf dem Gebiet der **Rechtspflege** und zum dritten wandte er sich eindringlich und mit gewisser Schärfe **gegen die weitere Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes.** Eine solche kritische Behandlung, wie sie dem Parlament zustehe, vertrügen nach sozialdemokratischer Auffassung die Verordnungen durchaus, ohne daß damit die Währung gefährdet würde, und nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes sei es Zeit, dem Reichstag für diese Arbeit die Bahn frei zu geben. Nach dem Sozialdemokraten sprach als erster der Ressortminister Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der die Regierung gegen den Vorwurf veteidigte, daß sie kulturelle und soziale Aufgaben vernachlässige, um auf diesem Gebiete Ersparnisse zu erzielen. Er gab einen Überblick über die **Sozialpolitik** seit dem Kriegsende und über das, was die Regierung geschafft hat und wei[illegible]iger Orientierung dieser [illegible]heit. (Vertagung der Si[illegible]

Wieder ein Kongreßplan: ein[illegible]renz?

London, 27. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nach der „Times" beschäftigt man sich in amerikanischen Regierungskreisen mit den Bedingungen, unter denen Amerika bereit sein würde, auf einer internationalen Wirtschaftskonferenz vertreten zu sein, die sich mit den Berichten der Sachverständigen und der Lösung der Reparationsfrage zu befassen hätte. Amerika würde eine solche Konferenz nicht selbst einberufen, sondern die Initiative hierzu und für die Aufstellung eines Programms der englischen Regierung überlassen. Aus diplomatischen Mitteilungen hat das Waishingtoner Kabinett den Eindruck gewonnen, daß Frankreichs gegenwärtige Haltung die Möglichkeit einer Lösung der Reparationsfrage in Aussicht stelle, so daß die Beratungen einer solchen Konferenz Aussicht auf Erfolg hätten.

Keine Deutschen auf der Insel Ré.

Paris, 27. Febr. (TU.) Der „Petit Parisien" stellt entgegen allen anders-lautenden Meldungen ausdrücklich fest, daß auf der Insel Ré keine Deutschen sich aufhalten. Von deutscher Seite war behauptet worden, daß Verurteilte aus dem besetzten Gebiet nach dieser Insel transportiert worden seien.

Monsignore Testa bei den politischen Gefangenen.

Pirmasens, 27. Febr. (TU.) Am vergangenen Sonnabend traf der päpstliche Delegat Monsionore Testa hier zu einem kurzen Besuche ein. Er hatte mit Pfarrer Dr. Weiß eine kurze Besprechung, worauf er nach Zweibrücken weiterreiste. Dort besuchte Monsignore Testa u. a. die politischen Gefangenen im Landgerichtsgefängnis und in der Gefangenenanstalt. Am gleichen Tage fuhr der päpstliche Delegat nach Kaiserslautern weiter.

Micum-Verträge mit einer Entspannungsklausel.

Paris, 27. Febr. (TU.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Oeuvre" meldet, die Rheinlandkomission habe zum ersten Male die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß es demnächst zu einer allgemeinen Entspannung in der Reparationsfrage kommen könne. In den neuerdings mit den Industriellen abgeschlossenen Verträgen werde eine Gül-

tigkeitsb[illegible] festgesetzt mit dem Bemerk[illegible] erneuert werden soll, we[illegible]nsabkommen mit der deu[illegible]

[illegible]le.

[illegible]nalds.

Pa[illegible] Note zu der deutschen A[illegible]ch. Das Schriftstück be[illegible]schalls Foch. Ob Frankre[illegible]ie Mission Nollet abzuber[illegible]

[illegible]setzen,

eingehe[illegible]tferntesten sagen. Die En[illegible] in erster Linie von de[illegible]sichtlich erst in einigen [illegible]ay äußert man sich na[illegible] jedoch, daß der englisch[illegible]schlands sich der französi[illegible]habe. Ein grundsätzliche[illegible] Militärkontrolle sei zwi[illegible] Es komme nur darauf [illegible]zu einigen. Auf jeden F[illegible]weiten Teil der englisch[illegible]umfassenden Inventur[illegible]ingewiesen wird, viel fre[illegible]gten Abberufung des Generals Nollet.

Die ungeheuren Lasten der Militärkontrolle.

Münster, 27. Febr. (T.U.) Aus einer Zusammenstellung über die Kosten der interalliierten Militärkontrollkommissionen ist folgendes zu entnehmen: Die Deutschland zur Last fallenden Ausgaben für den ersten Monat des Jahres 1924 betragen nach den Berechnungen für Dezember 1923: 1 215 450 Goldmark. Die Summe der Gehälter einschließlich der Ortszulagen eines Monats für sämtliche 3797 Offiziere des Reichsheeres beträgt demgegenüber nur 688 500 Goldmark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240227-15/fragment/page=0009